

Einzelplan 09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucher- schutz und Gleichstellung

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	5
Kapitel 09 01 Ministerium	6
Kapitel 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	21
Kapitel 09 03 Justizvollzugsanstalten	39
Kapitel 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	56
Kapitel 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	62
Kapitel 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	68
Kapitel 09 08 Staatsanwaltschaften	73
Kapitel 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	80
Kapitel 09 11 Europaangelegenheiten	86
Einnahmen und Ausgaben	96
Einnahmen MG/TG	98
Ausgaben MG/TG	99
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	101

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Das Ministerium gliedert sich in 5 Abteilungen:

1. Allgemeine Angelegenheiten, Gleichstellung
2. Justizvollzug, Ambulante Soziale Dienste der Justiz, Freie Straffälligenhilfe
3. Rechts- und justizpolitische Angelegenheiten, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Gnadenwesen
4. Verbraucherschutz
5. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

6.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung gehören:

1. Justiz

die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit
(1 Oberlandesgericht als Landesoberbehörde,
4 Landgerichte,
22 Amtsgerichte),

die Staatsanwaltschaften
(1 Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht
als Landesoberbehörde,
4 Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten),

die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit
(1 Oberverwaltungsgericht als Landesoberbehörde,
1 Verwaltungsgericht),

die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit
(1 Landessozialgericht als Landesoberbehörde,
4 Sozialgerichte),

das Finanzgericht als Landesoberbehörde

die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit
(1 Landesarbeitsgericht als Landesoberbehörde,
5 Arbeitsgerichte)

5 Justizvollzugsanstalten,
1 Jugendanstalt,
1 Jugendarrestanstalt

2. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

2.1 Europaangelegenheiten

Zu den europapolitischen Aktivitäten zählen insbesondere:

- Vertretung der Interessen des Landes gegenüber den Dienststellen und Institutionen der EU durch das Hanse-Office Brüssel
- Europapolitische Grundsatzangelegenheiten
- Frühwarnsystem
- Integrierte europäische Meerespolitik
- Europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- IMAG zur Verwendung der europäischen Mittel

2.2 Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

Zu den Ostsee- und Nordsee bezogenen Aktivitäten zählen insbesondere:

- grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit
- Koordinierung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit des Landes
- Koordination der Ostseezusammenarbeit der Landesregierung
- Ko-Koordination der Kulturpriorität in der EU-Ostseestrategie
- Pflege der Partnerschaften des Landes mit Eastern Norway County Network (Norwegen), den Regionen Syddanmark und Sjælland (Dänemark), Pomorskie/Pommern (Polen), Kaliningrad Oblast (Russland) und den drei ostrobothnischen Regionalverbänden (Finnland) sowie der freundschaftlichen Beziehungen mit den drei Baltischen Staaten
- Zuständigkeit für die Schleswig-Holstein Büros in Kaliningrad, Vilnius, Riga und Tallinn sowie für die gemeinsam mit Hamburg betriebenen Hanse-Office Danzig und Hanse-Office St. Petersburg
- Mitarbeit in der Baltic Sea States Subregional Co-operation - Konferenz der Ostsee-Subregionen
- Koordinierung der Nordseekooperation der Landesregierung
- STRING-Kooperation in der südwestlichen Ostsee

3. Gleichstellung

Zu den Angelegenheiten der Gleichstellung zählen insbesondere:

1. Gleichstellung der Geschlechter
 - Gleichstellungsgesetz
 - Prostituiertenschutzgesetz (Abschnitt 2 Anmeldung der Prostituierten)
 - Gleichstellung und Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe zu den Ressorts
 - Gremienbesetzungen
 - Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten, Frauenvereinen und Verbänden
2. Schutz von Frauen vor Gewalt
 - Förderungen von Frauenfacheinrichtungen
 - Vertrauliche Spurensicherung
 - Schutz von Frauen vor Gewalt als Querschnittsaufgabe zu den Ressorts

4. Verbraucherschutz

Zu den Angelegenheiten des Verbraucherschutzes zählen insbesondere:

- Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten des Verbraucherschutzes
- Koordinierung von übergreifenden EU-, Bundes-, Länder und Landesangelegenheiten zum Verbraucherschutz
- Koordinierung und Vorbereitung der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV)
- Grundsatzangelegenheiten des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes, insbesondere in den Bereichen Reisen, Telekommunikation und Medien, Gesundheitsdienstleistungen, Finanzdienstleistungen und -produkte, E- und M-Commerce, Wettbewerb
- Förderung der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein
- Gesundheitlicher Verbraucherschutz im Bereich von Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft, Bedarfsgegenständen und Vermarktungsnormen
- Gesundheitlicher Verbraucherschutz im Bereich von Lebensmitteln tierischer Herkunft
- Fachaufsicht über das Landeslabor Schleswig-Holstein und die Veterinärämter in Angelegenheiten des gesundheitlichen Verbraucherschutzes
- EU-Schnellwarnsystem, Nationaler Rückstandskontrollplan, bundesweiter Überwachungsplan
- Koordinierungsstelle Export von lebenden Tieren, tierischen Erzeugnissen und Produkten, Lebensmitteln, und zur amtlichen Zertifizierung
- Interdisziplinäres Kontrollteam
- Qualitätsmanagement im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes
- Technischer Verbraucherschutz, insbesondere Marktüberwachungsaufgaben im Rahmen des Produktsicherheitsgesetzes für Verbraucherprodukte

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Keine

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Keine

D. Leerstellen (ohne kostenwirksame Leerstellen)

Kapitel	Stand 01.02.2018
0901	5
0902	110
0903	11
0904	6
0905	14
0906	0
0908	28
0909	3
Gesamt	177

Diese Leerstellen sind in den Kapiteln und in dem Gesamtabchluss nicht enthalten.

E. Personalkostenbudget

Personalkostenbudget Epl. 09 (OG 42)

Soll 2019: 268.332,7 T€

Vollzeitäquivalente:

Stand 31.03.2018: 5.291,21

Nachrichtlich

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger

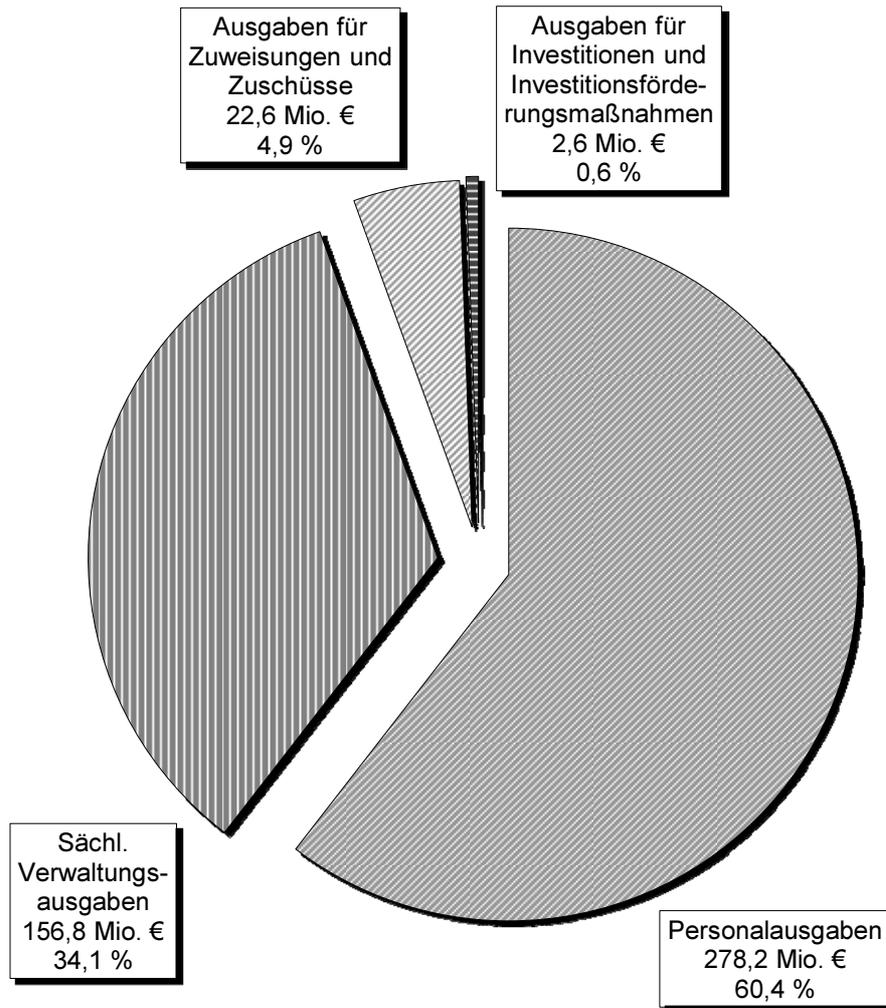
a)	Anzahl	Stand 01.01.2017	2.670
	Anzahl	Stand 01.01.2018	2.745
b)	Ist	2017 - in T€	87.524,9
	Soll	2018 - in T€	91.245,9
	Soll	2019 - in T€	93.683,5

2. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2017)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	5.159
Pflichtquote (5 %)	258
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	383

	2018	2019
	- in T€ -	
Budget I	410.533,4	434.978,6
Budget II	24.118,8	25.212,8

Einzelplan 09 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2019



09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Das Kapitel 09 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz
- 02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz
- 03 Förderung der Gleichstellung

Ausgaben

- 01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz
- 02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz
- 03 Förderung der Gleichstellung

Mehreinnahmen bei Tit. 359 03 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0901 verwendet werden.

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	8,0		8,0
			11,7		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Gebühren für die Entscheidung über Anträge auf Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen.

119 07	011	Einnahmen aus Beiträgen Dritter für Tagungen	0,0		0,0
--------	-----	---	------------	--	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Vorgesehen für Beiträge Dritter betreffend die Ausrichtung von Tagungen.

Die tatsächlichen Einnahmen dürfen für zusätzliche Mehrausgaben bei Tit. 529 02 sowie bei Tit. 541 01 verwendet werden.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	1,0		1,0
			1,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.

232 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des INTERREG B Ostseeprogrammes 2014 - 2020 zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde (Audit Authority) sowie der Second-Level-Prüfungen (SLC) auf deutscher Seite	127,1		127,1
			127,1		

Erläuterungen:

Für das INTERREG B Ostseeprogramm (Förderperiode 2014 - 2020) ist die Prüfbehörde im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am INTERREG B Ostseeprogramm beteiligten Bundesländern sowie die Erstattung aus Mitteln der Technischen Hilfe des Ostseeprogramms wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

(vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

232 02	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des INTERREG B Nordseeprogrammes zur Finanzierung der Kosten für die Prüfstelle zur Durchführung der Second-Level-Prüfungen (SLC) auf deutscher Seite	59,2		59,2
			59,3		

Erläuterungen:

Für das INTERREG B Nordseeprogramm ist die Prüfstelle im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelt.

Die Übernahme der Kosten für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am INTERREG B Nordseeprogramm beteiligten Länder wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

(vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

233 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des deutsch-dänischen INTERREG A Programmes 2014 - 2020 zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde (Audit Authority) sowie der Second-Level-Prüfung (SLC) auf deutscher Seite	69,0		69,0
			69,0		

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 233 01

Erläuterungen:

Für das deutsch-dänische INTERREG A Programm (Förderperiode 2014 - 2020) ist die Prüfbehörde im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am deutsch-dänischen INTERREG A Programm beteiligten Kreise und kreisfreien Städte (Programmpartner) wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

(Vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 919 01.

359 03	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 02.

01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz

111 02 (MG 01)	314	Gebühreneinnahmen für Ausnahmegenehmigungen nach der EU VO 834/2007	0,0 2,5	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 535 01 (MG 01) zur Verfügung.

Veranschlagt sind insbesondere:

- Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen aufgrund der EU VO (EG) Nr. 834/2007 sowie der zu ihrer Durchführung erlassenen Rechtsakte der Europäischen Union
- Bußgelder aufgrund des Gesetzes zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Union auf dem Gebiet des Ökologischen Landbaus (Öko-Landbaugesetz - ÖLG) vom 07. Dezember 2008

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

111 03 (MG 01)	314	Gebühren und tarifliche Entgelte	0,0	0,0
--------------------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Gebühren in Angelegenheiten der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung und des Weinrechts.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 06 (MG 01)	523	Einnahmen aus der Weinabgabe	0,7 0,7	1,7
--------------------------	-----	-------------------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 534 05 (MG 01) zur Verfügung.

Mehr wegen in 2017/2018 neu hinzugekommener und abgabepflichtiger Weinbergsflächen.

Summe der Maßnahmegruppe 01	0,7	1,7
	3,2	

02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz

119 03 (MG 02)	314	Ablieferungen aus Nebentätigkeiten	0,0	0,0
--------------------------	-----	---	------------	------------

Umsetzung nach 09 01 - 119 05 MG 02.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
119 05 (MG 02)	314	Einnahmen für Untersuchungen und Prüfungen von Geräten	0,0 1,5	0,0
Umsetzung von 09 01 - 119 03 MG 02.				
Erläuterungen:				
Aufgrund der Einführung einer neuen IT-Fachanwendung zur Aufstellung des Haushalts 2019 wurde die Zweckbestimmung bei Tit. 119 03 (MG 02) gem. Gruppierungsplan automatisch in "Ablieferungen aus Nebentätigkeiten" geändert. In Folge dessen war hier ein neuer Titel mit der bisherigen Zweckbestimmung "Einnahmen für Untersuchungen und Prüfungen von Geräten" einzurichten. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend hierher übertragen.				
271 12 (MG 02)	314	Erstattungen der EU für Dienstleistungen	0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
Summe der Maßnahmegruppe 02			0,0 1,5	0,0
 03 Förderung der Gleichstellung				
119 02 (MG 03)	236	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 9,3	2,0
Erläuterungen:				
Die tatsächlichen Einnahmen dürfen für Mehrausgaben der Maßnahmegruppe 03 verwendet werden.				
119 04 (MG 03)	291	Einnahmen aus Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Informationstagungen	0,5	0,5
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. 535 02 (MG 03) verwendet werden.				
Summe der Maßnahmegruppe 03			0,5 9,3	2,5
Summe der Einnahmen			265,5 282,9	268,5

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Ausgaben

421 01 011 Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers **140,0** **140,0**
151,1

422 01 011 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten **6.514,2** **7.410,0**
5.169,5

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Tit. 356 05 und 359 01 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Die Personalkosten der Prüfbehörden für das INTERREG B Ostseeprogramm und das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie für die Prüfstelle für das INTERREG B Nordseeprogramm (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) sind durch die beteiligten Länder (INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramm) bzw. Kreise und kreisfreien Städte (deutsch-dänisches INTERREG A Programm) zu erstatten (vgl. Tit. 232 01, 232 02 und 233 01).

Weniger wegen der „Aufgabenübertragung Mutterschutz an die Staatliche Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord (StAUK). Darüber hinaus mehr durch Veranschlagung der vollen Jahresauswirkung der im HH 2018 i.R. der Stellenmittelfristplanung zusätzlich veranschlagten Planstellen. Weiterhin insbesondere mehr zur Fortführung des Aufbaus einer zentralen Verkehrspflegestelle für das Projekt eJustizSH im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz sowie zur Ausfinanzierung der aufgrund des IT-Justizgesetzes zusätzlich ausgebrachten Planstellen für die Gemeinsame IT-Stelle Justiz. Ferner berücksichtigt sind auch die Mehrbedarfe für die im Wege der Umwandlung geschaffenen Planstellen zur Wahrnehmung der im MJEVG zusammengeführten Marktüberwachungsausgaben im Bereich des technischen Verbraucherschutzes, für die neue Planstelle für die Geschäftsführung der IMAG EU-Fonds sowie zur Umsetzung des Beförderungspaketes.

427 01 011 Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte **74,0** **74,0**
235,9

Erläuterungen:

Die Veranschlagung berücksichtigt Personalausgaben für erforderliche Krankheitsvertretungen.

427 04 011 Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten **0,0** **0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01 011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **5.557,0** **5.160,5**
5.943,4

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Tit. 356 05 und 359 01 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Die Personalkosten der Prüfbehörden für das INTERREG B Ostseeprogramm und das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie für die Prüfstelle für das INTERREG B Nordseeprogramm (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) sind durch die beteiligten Länder (INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramm) bzw. Kreise und kreisfreien Städte (deutsch-dänisches INTERREG A Programm) zu erstatten (vgl. Tit. 232 01, 232 02 und 233 01).

Mehr für Ausbildungsentgelte im Zusammenhang mit der Einführung eines dualen Studienganges zur Gewinnung von Nachwuchskräften für den IT-Bereich der Justiz, darüber hinaus weniger wegen Umwandlung von 5 Stellen aus dem Tarifbereich in Planstellen (vgl. Stellenübersicht zu Tit. 428 01).

429 01 011 Ausgaben für Besoldungs- und Tariferhöhungen **35.260,6** **35.260,6**

Erläuterungen:

Erforderliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen werden aus dem Einzelplan 11 in die Ressorteinzelpläne umgesetzt. Sie werden seit dem Haushaltsjahr 2014 in gesonderten Titeln in den Ressorteinzelplänen ausgewiesen. Weitere Mittel werden ggf. bedarfsgerecht im Haushaltsvollzug umgesetzt.

453 01 011 Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen **50,0** **50,0**
46,4

511 01 011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **155,4** **164,4**
189,6

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Büromaterial	79,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	40,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	5,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	6,5
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	10,0
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	8,9
7.	Unterhaltung von Geräten	5,0
8.	Sonstiges	10,0
Summe		164,4

Das Ist 2017 beinhaltet u. a. den zusätzlichen Beschaffungsbedarf im Zusammenhang mit den erfolgten Umzügen infolge der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung.

514 01	011	Dienst- und Schutzkleidung	1,0	1,0
			1,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Anschaffung und Reinigung von Schutzkleidung für Beschäftigte im Boten- und Registratordienst.

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	23,3	23,3
			25,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.

525 02	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	81,5	90,0
			80,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Allgemeine Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	50,0
2.	Kurse und Schulungen im Bereich des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsförderung	15,0
3.	Führungskräftefortbildungen	8,0
4.	Inhouse-Seminare inkl. Sprachunterricht	10,0
5.	Studiengebühren	7,0
Summe		90,0

Mehr insbesondere für Studiengebühren im Zusammenhang mit einem dualen Studiengang an der Fachhochschule Kiel für die Gewinnung von Nachwuchskräften im IT-Bereich (vgl. Stellenübersicht zu Tit. 428 01).

526 02	195	Kosten einer Kontaktstelle für die Wirtschaft zur Klärung von Einzelfragen des Denkmalschutzes	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Weggefallen

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
			0,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung von Beschäftigten, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

527 01	011	Dienstreisen	160,0	185,0
			138,9	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2019
	T€
1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	133,0
2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	52,0
Summe	185,0

Mehr wegen Anpassung an den erhöhten Bedarf in Folge der im MJEVG zusammengeführten Marktüberwachungsaufgaben im Bereich des technischen Verbraucherschutzes.

529 01 011 Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich **0,0** **0,0**

Künftig wegfallend in 2020.

Umsetzung nach 09 01 - 529 02.

Erläuterungen:

Aufgrund der Einführung einer neuen IT-Fachanwendung zur Aufstellung des Haushalts 2019 wurde die Zweckbestimmung des Titels gem. Gruppierungsplan automatisch in "Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich" geändert.

In Folge dessen war ein neuer Titel mit der bisherigen Zweckbestimmung "Zur Ausrichtung der Justizministerkonferenz 2019" einzurichten (vgl. Tit. 529 02). Die Vorjahreswerte wurden entsprechend auf den neuen Titel übertragen.

529 02 011 Zur Ausrichtung der Justizministerkonferenz 2019 **5,0** **170,0**

Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 07 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 541 01 verwendet werden.

Umsetzung von 09 01 - 529 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Ausrichtung und Durchführung der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (JuMiKo), da Schleswig-Holstein in 2019 den Vorsitz innehat.

Insbesondere veranschlagt für Tagungs- und Unterkunftskosten, Rahmenprogramm und Materialien.

Aufgrund der Einführung einer neuen IT-Fachanwendung zur Aufstellung des Haushalts 2019 wurde die Zweckbestimmung bei Tit. 529 01 gem. Gruppierungsplan automatisch in "Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich" geändert.

In Folge dessen war hier ein neuer Titel mit der bisherigen Zweckbestimmung "Zur Ausrichtung der Justizministerkonferenz 2019" einzurichten. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend hierher übertragen.

529 10 011 Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben **7,6** **7,6**
4,5

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen.

Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 02 013 Öffentlichkeitsarbeit **19,6** **19,6**
17,4

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

	2019
	T€
1. Öffentlichkeitsarbeit	15,7
2. Internetpräsentation des MJEVG	1,9
3. Veranstaltungen	2,0
Summe	19,6

533 02 011 Aufwendungen für Pförtnerdienste **45,0** **34,5**
15,7

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 533 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pförtnerdienst zu bestimmten Zeiten im Hauptgebäude des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG).

Weniger wegen weggefallenem Bedarf in der Liegenschaft Jensendamm, da Fortführung des Vertrags durch das MBWK.

533 99	011	Leistungsentgelte an die GMSH	5,0 2,3	5,0
--------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet je nach Liegenschaft alle 2 Jahre statt.

534 01	011	Betriebliches Gesundheitsmanagement	25,0 6,9	25,0
--------	-----	--	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Im Rahmen der entsprechenden 59'er Vereinbarung der Landesregierung wird das Betriebliche Gesundheitsmanagement im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung durchgeführt. In Ergänzung der arbeitsmedizinischen Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird ein Schwerpunkt auf die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen sowie deren Evaluierung u.a. im Hinblick auf psychische Belastungen am Arbeitsplatz gelegt werden.

536 01	011	Umzugskosten	10,0 2,6	10,0
--------	-----	---------------------	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für interne Umzüge. Das Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung nutzt insgesamt vier unterschiedliche Liegenschaften.

541 01	011	Zur Ausrichtung von Tagungen	15,0 2,5	15,0
--------	-----	-------------------------------------	--------------------	-------------

Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 07 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 529 02 verwendet werden.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	12,0 3,7	12,0
--------	-----	---	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2019
			T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		10,0
3.	Auslagen für Vorstellungstreffen		0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben		2,0
Summe			12,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

547 01	011	Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Opfer und ihre Angehörigen	0,0	15,0
--------	-----	--	------------	-------------

Erläuterungen:

Der Abschlussbericht des Beauftragten der Bundesregierung für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz hat in seinem am 13.12.2017 vorgestellten Abschlussbericht vorgeschlagen, zentrale Opferschutzstrukturen zu schaffen. Veranschlagt sind die erforderlichen Sachausgaben im Zusammenhang mit der Konzeptionierung und Implementierung der künftigen zentralen Hilfestruktur für Opfer von Straftaten und deren Angehörige.

812 02	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	65,0 29,1	75,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 812 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2019
	T€
1. Ersatzbeschaffungen	28,0
2. Ergänzungsbeschaffungen	47,0
Summe	75,0

Die erhöhte Veranschlagung für 2019 berücksichtigt die zusätzlichen Beschaffungsbedarfe insbesondere für die in Folge der Übernahme von neuen Aufgaben erforderlichen Erstausrüstungen von Büroarbeitsplätzen. Hier zu nennen sind die Zusammenführung der Marktüberwachungsaufgaben im Bereich des technischen Verbraucherschutzes im MJEVG sowie die Übernahme der Geschäftsführung für die IMAG EU-Fonds.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			41,8	
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr.42 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 01	851	Zuführung zu einer Rücklage Personal	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 02	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
972 02	881	Globale Minderausgaben	0,0	0,0
972 06	881	Globale Minderausgabe 2016	0,0	0,0
981 04	891	Verrechnung zu Gunsten Titel 0401-381 01 für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0	0,0
		Weggefallen		

01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

526 06	314	Geschäftsführung der Arbeitsgruppe "Lebensmittel und Bedarfsgegenstände" der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz	7,0	0,0
(MG 01)			1,2	
		Künftig wegfallend in 2020.		
		Erläuterungen:		
		Schleswig- Holstein hatte turnusmäßig für 2017 und 2018 den Vorsitz der Arbeitsgruppe "Lebensmittel und Bedarfsgegenstände" der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV-AG "ALB"). Damit kann der Titel ab 2019 entfallen.		
533 01	314	Vertragliche Entgelte für Kontrollen der Rindfleischetikettierung	0,0	0,0
(MG 01)				
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
533 06	314	Herstellung und Betrieb einer gemeinsamen Projektzentrale "Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und Tabakerzeugnisse"	30,0	30,0
(MG 01)			15,1	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 533 06

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil Schleswig-Holsteins für die auf Beschluss der VSMK beim BVL einzurichtende gemeinsame Bund/Länderprojektzentrale für die Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und der Tabakerzeugnisse.
(LFGB = Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch
VSMK = Verbraucherschutzministerkonferenz
BVL = Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit)

533 08	314	Aufwendungen für Qualitätsmanagement und Auditverfahren	10,0	10,0
---------------	-----	--	-------------	-------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Gemäß der EU VO (EG) Nr. 882/2004 und der Folgeverordnung VO (EU) Nr. 625/2017 ist im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes ein Qualitätsmanagement durchzuführen. Für die Durchführung der notwendigen externen Überprüfungen (Audits und unabhängige Prüfung) sowie entsprechende Schulungsmaßnahmen ist die Beauftragung unabhängiger Dritter erforderlich.

534 03	314	Untersuchung von Proben auf organische Schadstoffe und Stabilisotopenanalytik (Wein)	38,0	18,0
---------------	-----	---	-------------	-------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Veranschlagt für:
- die Durchführung von Untersuchungen auf organische Schadstoffe, für die das Landeslabor keine Untersuchungsmöglichkeiten vorhält (Rechtsgrundlagen EU VO (EG) Nr. 1881/2006, EU VO (EG) Nr. 396/2005, EU VO (EG) Nr. 178/2002),
- die Durchführung von Wein- und Spirituosenuntersuchungen mit Hilfe der Stabilisotopenanalytik (NMR Methode -Kernspinresonanzspektroskopie-), und Aromenanalytik mittels GC-MS (Gaschromatographie mit Massenspektrometrie-Kopplung);
Rechtsgrundlage ist die VO (EU) Nr. 1308/2013.

Anpassung an den erwarteten Bedarf.

534 05	523	Weinabgabe	0,7	1,7
---------------	-----	-------------------	------------	------------

(MG 01)

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 06 (MG 01) geleistet werden.

Erläuterungen:

Gem. § 10 der Landesverordnung zur Durchführung weinrechtlicher Vorschriften (WeinDVO) vom 14.05.2009 (GVObI. Schl.-H. S. 229), zuletzt geändert durch LVO v. 28.04.2016 (GVObI. Schl.-H. S. 156), müssen Winzer eine jährliche Abgabe an den Deutschen Weinfonds zahlen. Das für Weinrecht zuständige Ministerium setzt diese Abgabe auf Grundlage der am 1. Januar eines Jahres genutzten Weinbergsfläche fest und führt diese an den deutschen Weinfonds ab.

Mehr wegen neu hinzugekommener und abgabepflichtiger Weinbergflächen.

535 01	521	Einrichtung und Betrieb einer Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau	6,0	6,0
---------------	-----	---	------------	------------

(MG 01)

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 111 02 (MG 01) überschritten werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Einrichtung und den Betrieb einer Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (LÖK) gem. Vereinbarung vom 15.07.2016.

Zur Unterstützung der Aufgaben der LÖK wurde durch Beschluss der Amtschefkonferenz der Agrarministerkonferenz eine Geschäftsstelle gegründet. Aufgabe dieser Geschäftsstelle ist es, den Vorsitz der LÖK bei der Abstimmung und Kommunikation zwischen den obersten Behörden der Länder, den zuständigen Behörden der Länder sowie der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) zu unterstützen und Beiträge zur Weiterentwicklung des Kontrollsystems im ökologischen Landbau zu leisten.

546 02	314	Sächliche Verwaltungsaufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes	0,0	7,0
---------------	-----	--	------------	------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Insbesondere veranschlagt für sächliche Verwaltungsausgaben
a) im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Prüfungsausschusses für die Abschlussprüfung zum Lebensmittelkontrolleur gem. § 19 Fortbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure (FPOLKon) sowie
b) im Zusammenhang mit der Tätigkeit im Rahmen des Ausschusses Monitoring gem. § 1 Abs. 3 der Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Monitorings von Lebensmitteln, kosmetischen Mitteln und Bedarfsgegenständen für die Jahre 2016 bis 2020 (AVV Monitoring 2016-2020).

685 04	314	Erstattung der Kosten für Weisungsaufgaben	10,6	10,6
---------------	-----	---	-------------	-------------

(MG 01)

2,4

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	

T€

noch zu 685 04

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung der Landesverordnung zur Übertragung von Aufgaben auf dem Gebiet der Überwachung von Qualitätsnormen für Obst und Gemüse vom 14. Dezember 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 617). Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt durch die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein.

Summe der Maßnahmegruppe 01

102,3 **83,3**
23,5

02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

533 04 314 **Aufträge an Dritte; anteilige Finanzierung der gemeinsamen Zentral-** **50,0** **50,0**
(MG 02) **stelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)** 17,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für die anteilige Finanzierung der ZLS sowie für Prüfungen nach dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG).

547 04 314 **Nicht aufteilbare Verwaltungskosten** **6,3** **6,3**
(MG 02)

Erläuterungen:

Veranschlagt insbesondere für die Durchführung von Veranstaltungen und Konferenzen sowie für die Erstellung von Informationsmaterialien zu Themen des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes.

684 15 314 **An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.** **1.090,0** **1.210,0**
(MG 02) 890,0

Erläuterungen:

Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein erhält aufgrund des Vertrages vom 14. Januar / 5. Februar 2016 eine jährliche Zuwendung für ihre gesellschafts- und verbraucherpolitische Beratungstätigkeit. Die Beratungsstellen bilden ein regionales bürgernahes Vertriebsnetz für Kernangebote und sind Voraussetzung für verschiedene Projekte des Bundes und anderer Einrichtungen. Die Verbraucherzentrale nimmt einen öffentlichen Auftrag wahr.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2019 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2018 stellt sich wie folgt dar:

		2019
		T€
1.	In Anspruch genommene VE aus den Vorjahren	870,0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2018	0,0
Summe		870,0

Mehr wegen der Umsetzung eines Digitalisierungskonzeptes in der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V., insbesondere für die Beschäftigung eines IT-Administrators und die Einführung einer Online-Terminvergabe.

686 04 314 **Präventionsmaßnahmen im wirtschaftlichen und technischen Verbrau-** **35,0** **25,0**
(MG 02) **cherschutz** 8,5

Erläuterungen:

Veranschlagt für spezielle Präventionsmaßnahmen des wirtschaftlichen und technischen Verbraucherschutzes. Der Schutz vor Täuschung und vor Übervorteilung auf neuen Märkten und die Stärkung der Eigenverantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Verhältnis zur Anbieterseite bestimmen die thematischen Schwerpunkte im wirtschaftlichen Verbraucherschutz. Es sind vor allem die Bereiche Verbraucherrechte, Finanzdienstleistungen, Gesundheitsleistungen, digitaler Verbraucherschutz, Energie sowie Lebensmittel und Ernährung. Anpassung an den erwarteten Bedarf.

Summe der Maßnahmegruppe 02

1.181,3 **1.291,3**
916,1

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
03 Förderung der Gleichstellung				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben der Maßnahmegruppe bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 (MG 03) geleistet werden.				
526 99 (MG 03)	291	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0	0,0
533 03 (MG 03)	291	Führung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein (außer Kommunen).	80,0 73,6	80,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für Personal- und Sachkosten (z.B. auch für Veranstaltungen, Informationsmaterialien, Serviceangebote) zur Stärkung der Gleichstellungsarbeit und um die Zusammenarbeit der Netzwerke der Gleichstellungsbeauftragten zu fördern und zu intensivieren.				
Der Name der Geschäftsstelle hat sich geändert und wurde in der Zweckbestimmung entsprechend angepasst.				
533 05 (MG 03)	291	Führung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich	0,0	0,0
Weggefallen				
533 07 (MG 03)	236	Leistungen im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung	400,0 389,0	400,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für die Durchführung medizinischer Untersuchungen bzw. für die medizinische (Erst-) Versorgung im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung.				
Leistungserbringer sind das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein.				
535 02 (MG 03)	291	Kosten für frauenpolitische Veranstaltungen und Informationen	29,0 25,5	29,0
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 04 (MG 03) geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt für Kosten betreffend eigene oder gemeinsam mit Dritten durchgeführte Informationsveranstaltungen, Fachtagungen und Publikationen auf dem Gebiet der Gleichstellungspolitik und des Gewaltschutzes. Hierzu gehören insbesondere Honorare, Mieten für Veranstaltungsräume, Druckkosten für Broschüren oder Tagungsdokumentationen.				
546 01 (MG 03)	291	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit dem ProstSchG	15,0	0,0
Künftig wegfallend.				
Erläuterungen:				
Bisher veranschlagt für sächliche Verwaltungsausgaben, die bei der Umsetzung des Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) vom 21.10.2016 (BGBl I S. 2372) anfielen.				
Aufgrund erster gewonnener Erfahrungen mit dem am 01.07.2017 in Kraft getretenen Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (Prostituiertenschutzgesetz - ProstSchG) sind die im Haushalt 2018 hier noch veranschlagten Mittel künftig bei Tit. 684 01 (MG 03) vorgesehen.				
547 03 (MG 03)	236	Einzelfallhilfen und Kosten für Sprachmittlerinnen für gewaltbetroffene Frauen	10,0 6,4	12,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für Einzelfallhilfen, die Frauen zur Finanzierung ihres Aufenthalts in Schleswig-Holstein erhalten, wenn sie Opfer von Frauenhandel geworden sind und staatliche Leistungen nicht, noch nicht oder nicht ausreichend gewährt werden. Die Entscheidung über die Leistungsgewährung erfolgt durch die Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein - contra. Ferner sind Auslagen für die Sprachmittlerinnen der Frauenberatungsstellen nach § 201a LVWG hier veranschlagt.				
633 01 (MG 03)	291	Zuweisung an Kommunen ab 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner zum Ausgleich von Mehrkosten für die Beschäftigung von kommunalen hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten	1.000,0	1.000,0

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 633 01

Erläuterungen:

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den kommunalen Landesverbänden über finanzielle Entlastungsmaßnahmen vom 11. Januar 2018 erstattet das Land den Kommunen Mehrkosten für die Beschäftigung von Gleichstellungsbeauftragten, die ihnen aufgrund der gesetzlichen Neuregelung gem. § 2 Abs. 3 GO/KrO sowie § 22a AO entstehen.

684 01	236	Förderung einer Fachstelle für Prostituierte nach dem ProstSchG	200,0	215,0
(MG 03)			146,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Förderung einer anerkannten Fachberatungsstelle "cara SH" gem. § 8 Abs. 2 S. 1 des am 01.07.2017 in Kraft getretenen Gesetzes zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (Prostituiertenschutzgesetz - ProstSchG).

Die Fachberatungsstelle "cara SH" bietet ein erweitertes Beratungsangebot zu allen Fragen im Kontext der Prostitution an und hat eine Lotsenfunktion zum Beratungsnetzwerk in Schleswig-Holstein.

Aufgrund erster gewonnener Erfahrungen mit dem ProstSchG sind die im Haushalt 2018 noch bei Tit. 546 01 (MG 03) veranschlagten Mittel nunmehr hier angesetzt.

684 07	236	Förderung von Beratungsangeboten	25,0	25,0
(MG 03)			25,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Förderung eines arbeitsbezogenen Fachberatungsangebotes (u.a. Ausstiegsberatung) für Prostituierte. Träger dieser Fachstelle für die Orientierungsberatung zur Erwerbsarbeit und Selbstständigkeit ist das "Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V."

Mit dem Angebot soll eine Ergänzung für berufsbezogene Fragestellungen von Frauen im Bereich der legalen Sexarbeit im Netzwerk zur Prostitution/Sexarbeit angeboten und die Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe von Sexarbeiterinnen gefördert werden.

684 08	236	Förderung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich	52,0	52,0
(MG 03)			52,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Personal- und Sachkosten. Die Geschäftsstelle soll wesentlich zur Stärkung der Gleichstellungsarbeit im kommunalen Bereich beitragen und einen Ausbau des landesweiten Netzes von professionellen, weisungsunabhängigen Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen schaffen.

684 10	236	Zuschuss an das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.	90,0	90,0
(MG 03)			90,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse für die landesweite Beratung und Unterstützung von Frauen bei Existenzgründungen sowie bei der Fortbildung und Vernetzung der gesamten Bandbreite der Frauenerwerbsarbeit. Gefördert wird das Bildungs- und Beratungszentrum des Frauennetzwerkes zur Arbeitssituation e.V. in Kiel mit landesweiten dezentralen Angeboten.

Ziel ist es, arbeitslosen Frauen den Einstieg in die berufliche Selbstständigkeit zu erleichtern und Frauen im Erwerbsleben für Leitungsaufgaben und Führungspositionen zu qualifizieren.

684 11	236	Zuschuss an den Landesfrauenrat	35,0	35,0
(MG 03)			34,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist ein Zuschuss für die Arbeit des Landesfrauenrates als Dachverband von 45 Frauenverbänden in Schleswig-Holstein.

Der Landesfrauenrat hat seine Netzwerke nach innen zu den Mitgliedern und nach außen zur Gesellschaft, Politik und Wirtschaft kontinuierlich - insbesondere durch gemeinsame Projekte - erweitert. Dies soll erhalten und - wo möglich - ausgebaut werden.

684 14	235	Zusätzliche Zuschüsse zur Förderung von Frauenfacheinrichtungen	700,0	700,0
(MG 03)			898,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für vorübergehend entstandene erhöhte und besondere Bedarfe für Frauenfacheinrichtungen, beim Kooperations- und Interventionskonzept bei häuslicher Gewalt (KIK) und zur Kostenerstattung für Sprachmittlerinnen in Frauenfacheinrichtungen.

684 16	263	Ausbau und Koordinierung des Projekts SuSe	18,0	18,0
(MG 03)			18,0	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 684 16

Erläuterungen:

Veranschlagt für Maßnahmen zum Ausbau und Koordinierung des Projekts SuSe.

Das Projekt "SuSe - sicher und selbstbestimmt - Frauen und Mädchen mit Behinderung stärken - Tragfähige Netze schaffen" des Bundesverbandes Frauenberatung wurde während einer dreijährige Modellzeit (2014-2016) von der Aktion Mensch finanziert. Frauen und Mädchen mit Behinderung, die weitaus häufiger von allen Formen von Gewalt betroffen sind als nicht behinderte Frauen, sollte dadurch der Zugang zu Informationen und Hilfsmöglichkeiten geebnet werden.

Die Mittel der Modellzeit sind Ende 2016 ausgelaufen, das Projekt hätte ohne weitere Finanzierung nicht fortgesetzt werden können. Die seit 2017 begonnene Vernetzung im Kreis Ostholstein soll mit den veranschlagten Mitteln weiter verstetigt und das Projekt insgesamt weiter vorangetrieben werden.

684 17	236	Zuschuss an den Landesverband	126,0	167,0
(MG 03)		"Frauenberatung Schleswig-Holstein (LFSH) e.V."	50,0	

Erläuterungen:

Projektförderung des Landesverbandes "Frauenberatung Schleswig-Holstein (LFSH) e.V.".

Es sind 50,0 T € insbesondere veranschlagt für Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätsentwicklung, Interessenvertretung der Mitgliedsorganisationen (Frauenberatungsstellen), Zusammenarbeit mit den Vorständen der Trägervereine und deren Fortbildungen sowie für die Abgeltung des Verwaltungsaufwandes, der durch die Abrechnung der Kosten der Sprachmittlerinnen bei den Frauenfacheinrichtungen (vgl. Tit. 547 03 (MG 03) und Tit. 684 14 (MG 03)) entsteht.

Darüber hinaus sind 117,0 T € für Projekte des Landesverbandes "Frauenberatung Schleswig-Holstein (LFSH) e.V." zur Verhütung und Bekämpfung von struktureller Gewalt gegen Frauen vorgesehen.

684 18	235	Umsetzung des Wohnraumprojekts	300,0	500,0
(MG 03)				

Erläuterungen:

Veranschlagt für laufende Zuschüsse im Rahmen des Wohnraumprojekts "Frauen_Wohnen". Der "paritätische Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V." ist mit der Umsetzung des entsprechenden Projektes betraut worden.

Aufgrund der fortgeschriebenen Projektplanung sind die laufende Zuschüsse und die investive Förderung innerhalb des Wohnraumprojektes im Haushaltsentwurf 2019 neu zugeordnet.

Wegen der investiven Förderung des "paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V." für dieses Wohnraumprojekt vgl. auch Tit. 893 01 (MG 03).

684 19	235	Zuschuss zur Förderung einer Koordinierungsstelle für die übergeordnete Arbeit der Frauenhäuser	50,0	50,0
(MG 03)				

Erläuterungen:

Für die übergeordnete Arbeit aller Frauenhäuser soll die bisher ehrenamtlich geleistete Koordinierungsarbeit der Frauenhäuser - ähnlich wie die Arbeit der Frauenberatungsstellen - durch eine hauptamtliche Stelle unterstützt werden.

684 20	236	Zuschuss für das Projekt "Myriam"	0,0	85,0
(MG 03)				

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Beratung von geflüchteten Frauen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind, insb. auch in asyl- und ausländerrechtliche Fragen durch eine Fachstelle in Kiel.

893 01	291	Investitionsförderung im Rahmen des Wohnraumprojekts	500,0	300,0
(MG 03)				

Erläuterungen:

Veranschlagt für Investitionsförderungen im Rahmen der Umsetzung des Wohnraumprojekts "Frauen_Wohnen". Der "paritätische Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V." ist mit der Umsetzung des entsprechenden Projektes betraut worden.

Aufgrund der fortgeschriebenen Projektplanung sind die laufende Zuschüsse und die investive Förderung innerhalb des Wohnraumprojektes im Haushaltsentwurf 2019 neu zugeordnet.

Wegen der laufenden Zuschüsse an den "paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V." für dieses Wohnraumprojekt vgl. auch Tit. 684 18 (MG 03).

893 06	291	Zuschüsse für Investitionen in Frauenfacheinrichtungen	0,0	0,0
(MG 03)				

Weggefallen

Summe der Maßnahmegruppe 03			3.630,0	3.758,0
			1.808,9	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Summe der Ausgaben			53.140,8 14.857,6	54.081,1

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	10,2 27,5	13,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	255,3 255,4	255,3
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			265,5 282,9	268,5
41 - 49		Personalausgaben	47.595,8 11.546,3	48.095,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.248,4 1.025,1	1.428,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.731,6 2.215,3	4.182,6
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	565,0 29,1	375,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 41,8	0,0
Gesamtausgaben			53.140,8 14.857,6	54.081,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-52.875,3 -14.574,7	-53.812,6

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Das Kapitel 09 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Straffälligenhilfe und Opferschutz
- 06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HG. 5, 6 und 8 des Kapitels 0902 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 18 in den vorgenannten Kapiteln berücksichtigen die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben. Gleiches gilt für die Veranschlagung der Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher (Tit. 0902 - 112 02) und deren Vergütungen (Tit. 0902 - 459 02).

111 02	051	Gerichtskosten	139.790,0	142.851,8
			139.994,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2019
	T€
Gebühreneinnahmen aus	
1. Zivilsachen (im Einzelnen: Zivilverfahren, Ehe- und Familiensachen, Vormundschafts- und Betreuungssachen, Mahnverfahren)	42.800,0
2. Grundbuchsachen	74.000,0
3. Vollstreckungssachen	3.800,0
4. Nachlasssachen	9.600,0
5. Insolvenzsachen	7.200,0
6. Handelsregistersachen	3.400,0
7. Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten	1.200,0
8. Sonstiges	851,8
Summe	142.851,8

Vgl. Kapiterläuterung.
Anpassung an das erwartete Ist.

112 02	051	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher	10.000,0	10.000,0
			10.581,5	

Erläuterungen:

Vgl. Kapiterläuterung und Tit. 459 02.

119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	35,0	35,0
			32,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Veröffentlichungen in den Schleswig-Holsteinischen Anzeigen. Die Anzahl der Ersuchen um Veröffentlichung ist nicht vorhersehbar, der Ansatz ist geschätzt.

119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	15,0	15,0
			37,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u. a. Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände; der Ansatz ist geschätzt.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
119 04	051	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen Erläuterungen: Vgl. Haushaltsvermerk bei Tit. 684 03 und bei Maßnahmegruppe 01.	0,0 99,4	0,0
119 05	051	Einnahmen aus Beiträgen Dritter für Tagungen Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Vorgesehen für Einnahmen aus Teilnahmebeiträgen Dritter für die Ausrichtung von Tagungen (vgl. Haushaltsvermerk bei Tit. 541 01).	0,0 0,5	0,0
119 99	051	Vermischte Einnahmen Erläuterungen: Anpassung an das erwartete Ist.	40,0 82,3	70,0
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.	2,0 2,6	2,0
232 01	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Ländern Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0	0,0
282 01	051	Beteiligung der Rechtsanwaltskammer an der Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltspflichtstation Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 04 zu verwenden.	0,0 72,4	0,0
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr Erläuterungen: Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.	0,0 176,4	0,0
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.	0,0	0,0
Summe der Einnahmen			149.882,0 151.079,8	152.973,8

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer	650,0	650,0
			510,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).
Vgl. Kapitel Erläuterung.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	74.714,1	74.944,3
			86.137,8	

Die Ansätze der Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr insbesondere durch Veranschlagung der vollen Jahresauswirkung der im HH 2018 i.R. der Stellenmittelfristplanung zusätzlich veranschlagten Planstellen sowie zur Umsetzung des Beförderungspaketes. In der Veranschlagung berücksichtigt sind auch die finanziellen Auswirkungen der im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 691 ff.) enthaltenen Anhebung der Einstiegsämter im Justizwachmeisterdienst von BesGr. A3 nach BesGr. A4.

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	1.709,0	2.835,0
		dienst	1.837,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Anwärterbezüge für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst:

			2019
			T€
1.	Anwärter/-innen Laufbahngruppe 2.1		1.200,0
2.	Anwärter/-innen Laufbahngruppe 1.2		1.470,0
3.	Anwärter/-innen Laufbahngruppe 1.1		165,0
Summe			2.835,0

Aus dem Ansatz dürfen auch Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten und Nachtdienstzulagen gezahlt werden.

Mehr durch Veranschlagung der vollen Jahresauswirkung der im HH 2018 nur jahresanteilig finanzierten Erhöhung der Nachwuchskräftekapazitäten i.R. der Ausbildungsinitiative der Landesregierung sowie zur jahresanteiligen Finanzierung der i.R. dieser Offensive im HH 2019 weiter erhöhten Nachwuchskräftekapazitäten im Bereich der Laufbahngruppen 2.1 (Rechtspflegedienst) und 1.2 (Serviceeinheiten) der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Darüber hinaus mehr für die im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.H. S- 691 ff.) berücksichtigte Erhöhung der Anwärterbezüge.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	585,0	585,0
			272,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Deckung des Personalbedarfs aus Anlass von Geschäftsandrang und Erkrankungen.

427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	250,0	230,0
			198,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2019
			T€
1.	Hausdienstvergütungen		50,0
2.	Vergütungen für Zustellungen		180,0
Summe			230,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 427 04

Zu 1.:

In den Fällen, in denen bisher schon Justizwachmeisterinnen und Justizwachmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahme genehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.

Zu 2.:

Für Zustellungen von Schriftstücken, die im Rahmen einer genehmigten Nebentätigkeit außerhalb der Dienstzeit durch Justizwachmeisterinnen und Justizwachmeister sowie durch Justizangestellte bewirkt werden, wird eine Vergütung von 2,71 € je Zustellung gewährt.

Anpassung an den erwarteten Bedarf.

427 05	051	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	40,0	40,0
			45,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die ganzjährige Besetzung der beiden vorhandenen Stellen für Praktikanten/-innen auf Grundlage des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten der Länder (TV Prakt-L).

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	37.829,8	37.882,8
			42.896,3	

Die Ansätze der Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Weniger durch Berücksichtigung der Stelleneinsparungen zur Realisierung der Einsparvorgaben zum Stellenabbaupfad. Darüber hinaus mehr zur Ausfinanzierung der beim schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht eingerichteten neuen Stellen für die Verfahrenspflegestelle des Fachverfahrens "forumStar" sowie zur Umsetzung des Beförderungspaketes.

428 03	051	Ausbildungsentgelte für Justizfachangestellte	470,0	470,0
			569,1	

428 04	051	Ausbildungsentgelte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	9.500,0	9.770,0
			11.082,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausbildungsbeihilfen und Nachversicherungsbeiträge für:

		2019
		T€
1.	Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	8.470,0
2.	Nachversicherungsbeiträge	1.300,0
	Summe	9.770,0

Mehr für die zur Sicherstellung ausreichender Kapazitäten bei der Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst und zur Vermeidung unangemessener Wartezeiten zusätzlich ausgebrachten Stellen. In der Veranschlagung berücksichtigt sind auch die finanziellen Auswirkungen der Stelleneinsparungen zur Realisierung der Einsparvorgaben zum Stellenabbaupfad sowie die im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 691 ff.) enthaltene Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	400,0	450,0
			425,4	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 453 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	130,0
2.	Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	70,0
3.	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	240,0
4.	Trennungsgeld im Rahmen der Ausbildung von Justizfachangestellten	10,0
Summe		450,0

In der Veranschlagung sind die Mehrbedarfe für den Bereich der Rechtspflegeranwärter/-innen und Justizobersekretäranwärter/-innen wegen höherer Einstellungszahlen im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs, der elektronischen Akte sowie der Ausbildungsoffensive in der Justiz enthalten.

459 02	051	Vergütungen an Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst	8.100,0	8.100,0
			8.038,6	

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 112 02 überschritten werden.

Rückzahlungen aufgrund des endgültig festgesetzten Gebührenanteils dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütung und die Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher nach der Gerichtsvollzieher-Vergütungsverordnung (GVVergVO, GVObI. Schl.-H. 2016 S. 960). Danach besteht die Vergütung aus einem prozentualen Anteil an den durch die Erledigung der Vollstreckungsaufträge vereinnahmten Gebühren- und Dokumentenpauschalen (§ 1 GVVergVO). Der prozentuale Anteil ist variabel, um eine Überalimentierung zu verhindern.

Vgl. Kapitel Erläuterung und Tit. 459 02.

459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	9,6	9,6
			7,0	

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0908 - 459 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.905,0	7.494,5
			5.785,0	

0,5 T€ übertragen nach Tit. 1220 - 511 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Büromaterial	2.370,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	500,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	150,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	3.634,5
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	400,0
6.	Ergänzungsbeschaffungen	300,0
7.	Unterhaltung von Geräten	100,0
8.	Sonstiges	40,0
Summe		7.494,5

In der Veranschlagung sind auch die Bedarfe im Zusammenhang mit der in 2016 begonnenen Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 514 01, Tit. 518 99 und Tit. 533 04) enthalten.

Darüber hinaus ist in der Veranschlagung 2018 (jahresanteilig) und 2019 der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

0,5 T€ zur Finanzierung der zentralisierten Kurierdienstleistungen für das Amtsgericht Elmshorn übertragen in den Einzelplan 12 (vgl. Pos. 4).

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	120,0	141,0
			109,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	85,0
2.	Dienst- und Schutzkleidung	51,0
3.	Verbrauchsmittel	5,0
4.	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen	0,0
5.	Sonstiges	0,0
Summe		141,0

Mehr wegen der Anhebung des Dienstbekleidungszuschusses im Bereich der Justizwachtmeisterei gemäß der Dienstkleidungsordnung für den Justizdienst des Landes Schleswig-Holstein (vgl. Pos. 2).

Die Präsidentin oder der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts kann über einen Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinien der Landesregierung verfügen.

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2018	Soll 2019	Tatsächlicher Bestand 01.02.2018
1.	Kleintransporter	5	5	5
2.	Pkw mit Fahrerin / Fahrer	5	5	5
3.	Selbstfahrer-Pkw	8	8	8
Summe		18	18	18

Aus Aussonderungskontingenten des Innenministeriums und Beschlagnahmungen der Staatsanwaltschaften vorhandene Fahrzeuge werden im Fahrzeugbestand nicht mit ausgewiesen.

In der Veranschlagung ist auch der Bedarf im Zusammenhang mit der in 2016 begonnenen Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 511 01, Tit. 518 99 und Tit. 533 04) enthalten.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	440,0	610,0
			303,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

In der Veranschlagung 2018 (jahresanteilig) und 2019 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	30,0	30,0
			31,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 8 (Vorjahr 8) geleaste Fahrzeuge.

Veranschlagung auch unter Berücksichtigung des Bedarfes im Zusammenhang mit der in 2016 begonnenen Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 511 01, Tit. 514 01 und Tit. 533 04).

525 01	051	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	295,0	330,0
			251,7	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2019
		T€
1.	Ausbildung der Referendarinnen und Referendare einschl. Unterrichtsentschädigungen	125,0
2.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1 einschl. Unterrichtsentschädigungen	10,0
3.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2 einschl. Unterrichtsentschädigungen	95,0
4.	Ausbildung der Justizfachangestellten einschl. Unterrichtsentschädigungen	7,0
5.	Sonstiges (insbes. Ausbildung der Justizoberwachtmeisteranwärterinnen und -anwärter, Ausbildung Gerichtsvollzieher, Ausgaben Nachwuchskräftewerbung)	43,0
6.	Bedarf im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der elektronischen Akte in der Justiz	50,0
Summe		330,0

Mehr wegen der Verlagerung der fachtheoretischen Ausbildung der Justizfachwirtinnen und Justizfachwirte beginnend in 2019 vom Fachlehrgang Lübeck an die Verwaltungsakademie Bordsesholm (vgl. Pos. 3).

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	577,3	602,3
			429,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2019
		T€
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen (u.a. auch für Supervision und Coaching)	384,3
2.	Unterrichtungen von Schöffen	2,5
3.	Fortbildungen sowie Supervision für die Gerichts- und Bewährungshilfe	35,0
4.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit	19,5
5.	Schulungen für Ausbilder bei den Gerichten	15,0
6.	Zentrale Mittel des Ministeriums für Maßnahmen, die z.B. aus den neuen Steuerungsinstrumenten erwachsen	11,0
7.	Zentrale Mittel des Ministeriums für die Ausbildung der im Rahmen des Sicherheitspakets zusätzlich eingestellten Justizwachtmeister	15,0
8.	Zentrale Mittel des Ministeriums für die gerichtliche Mediation	25,0
9.	Zentrale Mittel des Ministeriums für die Personalentwicklung der Richterinnen/ Richter und Staatsanwältinnen/ Staatsanwälte	25,0
10.	Sicherheitstraining für Justizbedienstete	50,0
11.	Gesundheitsmanagement	20,0
Summe		602,3

Die Veranschlagung berücksichtigt ab 2019 zusätzliche Mittel für Führungskräftefortbildungen im richterlichen Dienst (Pos. 1) und den Mehrbedarf für Fortbildungen im Bereich der gerichtlichen Mediation (Pos. 8). Erstattungen Dritter können von den Ausgaben abgesetzt werden.

525 03	051	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	75,0	75,0
			73,7	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 525 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Juristische Staatsprüfungen	69,0
2.	Prüfungen der Justizfachangestellten	5,0
3.	Sonstige Prüfungen	1,0
Summe		75,0

526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	86,0		100,0
			63,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.
Anpassung an den erwarteten Bedarf.

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	2,8		2,8
			1,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder:

		2019
		T€
1.	des Landesbeirates für Bewährungs- und Straffälligenhilfe	0,6
2.	des Richterwahlausschusses	1,2
3.	des Berufsbildungsausschusses für den Ausbildungsberuf "Justizfachangestellte/ Justizfachangestellter"	1,0
Summe		2,8

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	30,0		30,0
			30,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02.

526 11	051	Gebühren und Auslagen der Prozesskostenhilfe	15.700,0		15.400,0
			15.019,6		

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund der §§ 114 ff. der Zivilprozessordnung (ZPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006, S. 431 und 2007, S. 1781), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745).
Vgl. Kapitelerläuterung.
Anpassung an den erwarteten Bedarf.

526 12	051	Gebühren und Auslagen der Verteidigerinnen und Verteidiger	6.700,0		6.700,0
			6.286,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben für in Strafsachen beigeordnete Verteidigerinnen und Verteidiger sowie für beigeordnete Nebenklagevertreterinnen und -vertreter (§ 397 a Abs. 1 StPO - ohne PKH) aufgrund des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 788), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739).
Vgl. Kapitelerläuterung.

526 13	051	Entschädigungen für Zeuginnen und Zeugen	1.400,0		1.400,0
			1.215,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).
Vgl. Kapitelerläuterung.

526 14	051	Entschädigungen für Sachverständige	22.500,0		17.380,0
			21.900,9		

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 526 14

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222). Veranschlagt sind auch die Ausgaben für Dolmetscherinnen und Dolmetscher.
Vgl. Kapitelerläuterung.
Anpassung an die Ist-Entwicklung.
Darüber hinaus weniger im Zusammenhang mit der Übertragung eines Teilansatzes für Sachverständigenentschädigungen in Betreuungssachen nach Tit. 526 15.

526 15	051	Auslagen in Betreuungssachen	46.750,0	56.295,0
			44.123,9	

Erläuterungen:

Der Titel beinhaltet sämtliche Ausgaben in Betreuungssachen. Aus Tit. 0902 - 526 14 wurde ein Teilansatz für Sachverständigenentschädigungen in Betreuungssachen i. H. v. 4.620,0 T€ hierher übertragen. Ferner ist die geplante bundesgesetzliche Erhöhung der Vergütung für Vormünder und Berufsbetreuer/-innen mit 7.800,0 T€ berücksichtigt. Die bisher bei diesem Titel veranschlagten sonstigen Auslagen in Rechtssachen sind mit einem Betrag von 4.875,0 T€ nach Tit. 526 18 übertragen worden.
Vgl. Kapitelerläuterung.

526 16	051	Kosten der Rechtsberatungshilfe	4.000,0	4.000,0
			3.777,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund des Gesetzes über die Rechtsberatung und Vertretung für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474).
Vgl. Kapitelerläuterung.

526 17	051	Gebühren und Auslagen in Insolvenzverfahren	6.450,0	6.450,0
			6.432,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte, die Vergütung und Auslagen der Insolvenzverwalter und Treuhänder, Sachverständigen- sowie Veröffentlichungskosten in Insolvenzverfahren gemäß Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693).
Vgl. Kapitelerläuterung.

526 18	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	0,0	4.875,0
---------------	-----	--	------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben insb. nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739) und Teil 3 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739).
Vgl. Kapitelerläuterung.

526 99	051	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	35,0	35,0
			6,6	

Erläuterungen:

Pauschal veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

527 01	051	Dienstreisen	305,0	310,0
			288,5	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2019
		T€
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	57,5
2.	Reisen der Bezirksrevisorinnen und Bezirksrevisoren zu Geschäftsprüfungen	10,0
3.	Reisen zur Wahrnehmung von Gerichtstagen	22,5
4.	Dienstantrittsreisen u. Reisekostenpauschalvergütungen	25,0
5.	Reisen zur Prüfung von Notariatsgeschäften	5,0
6.	Reisen zur Abhaltung der Großen Juristischen Staatsprüfung	10,0
7.	Reisen zur Ablegung von Prüfungen	10,0
8.	Reisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	120,0
9.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) für die Kapitel 0901 - 0906, 0908 und 0909	50,0
Summe		310,0

Anpassung an den erwarteten Bedarf im Bereich der Reisekosten in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (vgl. Pos. 9).

529 01	051	Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich	3,7	3,7
			1,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für nachgeordnete Landesbehörden Verfügungsmittel für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Sie sind nach Maßgabe der Richtlinien für die Inanspruchnahme der Verfügungsmittel in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

529 02	051	Zur Verfügung des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts für Repräsentationsaufgaben	0,5	0,5
			0,2	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 03	051	Verlag und Druck der Schleswig-Holsteinischen Anzeigen	150,0	120,0
			113,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Druck	90,0
2.	Vertrieb	15,0
3.	Honorare für Aufsätze und Urteilsbesprechungen	10,0
4.	Sonstiges	5,0
Summe		120,0

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

533 02	051	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	180,0	180,0
			104,0	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 533 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung sowie aller Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ausgenommen sind die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903 - 533 02) und die arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903 - 533 08 MG 01).

Ab dem Jahr 2018 wird insbes. auch aufgrund der gestiegenen Arbeitsbelastung mit einer verstärkten Inanspruchnahme der arbeitsmedizinischen Betreuung gerechnet, so dass ein Anstieg der Ausgaben erwartet wird.

533 04	051	Aufwendungen für Dienst- und Werkverträge	290,0	320,0
			242,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt insbesondere für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Veranschlagung auch unter Berücksichtigung der ganzjährigen Auswirkungen des Einsatzes von externen Sicherheitskräften im Zusammenhang mit der in 2016 begonnenen Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 511 01, Tit. 514 01 und Tit. 518 99); darüber hinaus ab 2019 mehr insb. im Zusammenhang mit der Neuausschreibung des Vertrages.

533 05	051	Kosten der Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz sowie für die Unterbringung und Intensivbetreuung von ehemaligen Sicherungsverwahrten	230,0	230,0
			132,3	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0903 - 632 04.

Erläuterungen:

Die Kosten des stationären Therapieunterbringungsvollzuges nach dem Therapieunterbringungsvollzugsgesetz sind vom Land zu tragen, da der Vollzug des bundesgesetzlichen Therapieunterbringungsgesetzes eine Länderaufgabe ist. Die Unterbringung und Intensivbetreuung von entlassenen ehemaligen Sicherungsverwahrten mit hohem Gefährdungspotential wird durch geeignete Einrichtungen im Rahmen der Führungsaufsicht sichergestellt.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	20,0	20,0
			16,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	20,0	20,0
			9,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Umzüge im Zusammenhang mit laufenden Baumaßnahmen (u. a. im Amtsgericht Flensburg).

541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen und gerichtlicher Mediation	10,0	10,0
			16,9	

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 05 dürfen zusätzlich bei Tit. 541 01 verausgabt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt in 2019 u. a. für die Bedarfe im Zusammenhang mit dem Vorsitz Schleswig-Holsteins bei den Programmkonferenzen der Deutschen Richterakademie in Schleswig und Wustrau und im Zusammenhang mit Terminen gerichtlicher Mediation.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	70,0	70,0
			118,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2019
				T€
1.		Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen		5,0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		55,0
3.		Auslagen für Vorstellungsreisen		0,0
4.		Sonstige vermischte Ausgaben		10,0
		Summe		70,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 546 99

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	059	Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Europäischen Mahngericht in Berlin Erläuterungen: Gemäß Staatsvertrag sind dem Land Berlin die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckten Verfahrenskosten des gemeinsamen Europäischen Mahngerichts von den beteiligten Ländern anteilig nach Königsteiner Schlüssel zu erstatten.	5,0	5,0
632 02	059	Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Betrieb und der Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) Erläuterungen: Gemäß der Verwaltungsvereinbarung der Länder, die Schleswig-Holstein am 2. August 2011 gezeichnet hat, und nach dem Staatsvertrag, dem Schleswig-Holstein mit Wirkung vom 7. Oktober 2011 beigetreten ist, tragen die Länder die Kosten für den gemeinsamen Betrieb und die Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) nach dem relativen Königsteiner Schlüssel ohne Bund. Die Höhe der tatsächlichen Ausgaben steht in Abhängigkeit der Anzahl richterlicher Anordnungen.	120,0 103,4	120,0
632 04	059	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg Erläuterungen: Gemäß Staatsvertrag der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Mai 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 344), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 15./16./21. November 2007 (GVObI. Schl.-H. S. 72), werden die Kosten des Gemeinsamen Prüfungsamts für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern kommenden Prüflinge umgelegt. Der von Schleswig-Holstein zu zahlende Anteil bemisst sich nach dem Verhältnis der Prüflinge aller beteiligten Länder. Mehr wegen erhöhter Zahl der voraussichtlichen Prüflinge.	525,0 413,3	575,0
632 05	059	Kostenanteil an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim Erläuterungen: Aufgrund von Vereinbarungen des Landes Niedersachsen mit den Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein vom 9. Oktober/ 5. November 1979 leisten die Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter aus diesen Ländern die im Rechtspflegergesetz vorgeschriebenen Fachstudien an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim ab. Die gemeinsam zu tragenden Kosten werden von den Ländern im Verhältnis ihrer Studierenden, gerechnet nach der Zahl der Monate ihrer tatsächlichen Studienzzeit an dieser Hochschule getragen.	600,0 417,9	600,0
632 06	153	Kostenanteil an der Deutschen Richterakademie Erläuterungen: Gemäß Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 1. März 1993 werden die Kosten der Deutschen Richterakademie mit den Tagungsstätten Trier und Wustrau von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Drittel nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel). Die Veranschlagung erfolgt aufgrund von Entwürfen der Wirtschaftspläne der beiden Tagungsstätten.	75,0 66,3	75,0
632 07	059	Kostenanteil an der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden Erläuterungen: Gemäß Vereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 2. Oktober 1981, in der Fassung vom 4. November 1993, tragen Bund und Länder die Kosten der Kriminologischen Zentralstelle je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel). Gemäß Staatsvertrag aller Länder vom 25. Juni 2009 werden die Kosten für die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission für die Abwicklung des UN-Übereinkommens gegen Folter und anderer unmenschlicher Behandlungen gemäß Königsteiner Schlüssel umgelegt. Die Höhe des Ansatzes orientiert sich an den für die Haushaltsjahre 2018/2019 vorgelegten Wirtschaftsplänen der Kriminologischen Zentralstelle sowie an dem Beschluss der Justizministerinnen und Justizminister vom 25./26. Juni 2014 zur Finanzierung der Länderkommission zur Verhütung von Folter.	30,0 22,9	30,0
632 08	059	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Zulassung von Rechtsanwälten aus der EU in Berlin	1,2 1,2	1,2

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
noch zu 632 08				
Erläuterungen:				
Die EU-Bestimmungen sehen vor, dass Rechtsanwälte aus diesem Bereich nach einer Prüfung in Deutschland anerkannt werden können.				
Die Länder Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben im Jahre 1992 vereinbart, ein Gemeinsames Prüfungsamt in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu bilden. Die Länder erstatten dem Land Berlin die durch die Abnahme der Eignungsprüfung entstehenden Personal- und Sachkosten.				
632 11	059	Anteil Schleswig-Holsteins an den Erhebungen zur Personalbedarfsrechnung nach PEBB\$Y und PEBB\$Y-Fach	0,0 26,3	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
Das ist 2017 resultiert aus Ausgaben für den nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegten Anteil Schleswig-Holsteins an den Kosten zur Durchführung der länderübergreifenden PEBB\$Y-Erhebung für die Fachgerichtsbarkeiten.				
632 12	059	Kostenanteil an dem gemeinsamen Staatsschutzsenat	0,0	0,0
Erläuterungen:				
Mit der Freien und Hansestadt Hamburg ist ein Staatsvertrag zur Errichtung eines gemeinsamen Staatsschutzsenats abgeschlossen worden (GVObI. Schl.-H. 2012 S. 550, 614). Die Kostenbeteiligung erfolgt nach dem Verursacherprinzip. Ob und in welcher Höhe für Schleswig-Holstein Kosten anfallen werden, ist nicht einschätzbar.				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	800,0 858,6	800,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 618) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872).				
681 02	051	Entschädigungen an Verfahrensbeteiligte aufgrund überlanger Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren	50,0 12,9	50,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für den gesamten Epl. 09.				
In welcher Höhe aufgrund des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) Ansprüche gegen das Land geltend gemacht werden und ob diese zu Zahlungsverpflichtungen führen, ist nicht vorhersehbar.				
Es handelt sich um eine pauschale Veranschlagung für in Vorjahren erhobene Ansprüche.				
681 03	051	Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen	5.000,0 424,8	5.000,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.				
Es handelt sich um eine pauschale Veranschlagung für verschiedene Amtshaftungsansprüche, die in 2019 fällig werden können (es werden zum Stand Mai 2018 Amtshaftungsansprüche in Höhe von rd. 6,2 Mio. € geltend gemacht).				
Schadensersatzleistungen können in Ausnahmefällen auch aus Gründen der Billigkeit gezahlt werden.				
Hieraus können auch Mittel für Leistungen im Rahmen des Ergänzenden Hilfesystems für Opfer von sexuellem Kindesmissbrauch im Verantwortungsbereich von Landeseinrichtungen im Geschäftsbereich des MJEVG geleistet werden.				
681 04	051	Zuschuss zur Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltpflichtstation	0,0 72,4	0,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Zuschuss der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwaltskammer an die Leiterinnen und Leiter von Referendararbeitsgemeinschaften während der Anwaltpflichtstation.				
684 01	051	An Vereine und Verbände	6,6 6,6	6,6

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 684 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beiträge für:

		2019
		T€
1.	Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen	1,5
2.	Landesvereinigung Schleswig-Holstein des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen	5,1
Summe		6,6

684 03	236	Zuschüsse an Betreuungsvereine	1.200,0	1.200,0
			927,5	

Die tatsächlichen Einnahmen für Rückflüsse aus zurückzuzahlenden Zuwendungen bei Tit. 119 04 an Betreuungsvereine stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 684 03 zur Verfügung.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt zur Schulung und fachlichen Begleitung vor allem ehrenamtlich tätiger Betreuer/innen sowie für die Personal- und Sachausgaben von anerkannten Betreuungsvereinen im Rahmen von § 1908 f Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. § 3 Landesbetreuungsgesetz, verabschiedet als Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes vom 17. Dezember 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 693), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. November 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 385).

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie über die Förderung von Betreuungsvereinen.

Ziel:

- Durch die Landes- und Kommunalförderung sollen die nach § 1908 f BGB anerkannten Betreuungsvereine
- die Beschäftigung einer ausreichenden Zahl an geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten,
 - diese beaufsichtigen und weiterbilden,
 - ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer gewinnen,
 - die Ehrenamtler in ihre Aufgaben einführen, sie fortbilden und beraten,
 - planmäßig über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen informieren sowie Bevollmächtigte beraten,
 - einen Erfahrungsaustausch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen.

Ab 2018 mehr insb. wegen der Erhöhung des geförderten Höchstbetrags von 50,0 T€ auf 60,0 T€ insb. im Zusammenhang mit gestiegenen Bedarfen für Sach- und Personalausgaben bei den Betreuungsvereinen.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	30,0	30,0
			73,7	
812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	724,0	724,0
			631,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Erstmalige Anschaffungen	61,2
2.	Ersatzbeschaffungen	554,3
3.	Ergänzungsbeschaffungen	108,5
Summe		724,0

Insbesondere berücksichtigt sind die Beschaffungen von Bestuhlungen in den Sitzungssälen, ergonomischen Schreibtischen und Bürostühlen für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Beschaffungsbedarfe für Anlagen zur Bild- und Tonaufzeichnung in Strafverfahren.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			108,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
---------------	------------	----------------------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 18 sowie der Tit. 681 01 bis 681 03 geleistet werden.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 919 01

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

01 Straffälligenhilfe und Opferschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Die tatsächlichen Einnahmen für Rückflüsse aus zurückzuzahlenden Zuwendungen im Bereich der Förderung der Straffälligenhilfe und des Opferschutzes bei Tit. 119 04 stehen für zusätzliche Ausgaben der Maßnahmegruppe 01 zur Verfügung.

Erläuterungen:

Die Mittelvergabe bei den Tit. 684 06, 684 07, 684 08, 684 09, 684 10, 684 11 MG 01 und Tit. 0903 - 684 01 MG 02 erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes. Ab 2019 ist vorgesehen über die Richtlinie auch die Mittelvergabe für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Ehrenamtliche in Vollzug und Bewährungshilfe sowie für Mitarbeitende im Täter-Opfer-Ausgleich zu regeln (vgl. dazu Tit. 684 02 -MG 01-).

533 01 (MG 01)	051	Therapie und Beratungsangebote für Sexual- und Gewaltstraftäter	55,0 28,9	45,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für therapeutische Versorgung von unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehenden Sexual- und Gewaltstraftätern, bei denen kriminalprognostisch erhöhte Rückfallrisiken bestehen, die im Rahmen der Nachsorge und ambulanten Therapie reduziert werden sollen.

Die Mittel stehen auch für die Erstattung von Fahrt- und Nebenkosten, die den Probanden aus Anlass der Wahrnehmung von Therapie- und Beratungsangeboten entstehen, zur Verfügung.

Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung.

534 02 (MG 01)	051	Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Ehrenamtliche in Vollzug und Bewährungshilfe sowie für Mitarbeitende im Täter-Opfer-Ausgleich	0,0	0,0
--------------------------	-----	---	------------	------------

Umsetzung nach 09 02 - 684 02 MG 01.

684 02 (MG 01)	051	Zuwendungen für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Ehrenamtliche in Vollzug und Bewährungshilfe sowie für Mitarbeitende im Täter-Opfer-Ausgleich	40,0 24,3	40,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Umsetzung von 09 02 - 534 02 MG 01.

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer sowie ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer im Justizvollzug, der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen "Mediation in Strafsache (Täter-Opfer-Ausgleich)" sowie der Ausrichtung von Fachtagungen zur Fortbildung der vorgenannten Zielgruppen.

Die bisher bei Tit. 534 02 (MG 01) aufgrund einzelvertraglicher Regelungen veranschlagten Mittel sollen ab 2019 nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes gewährt werden.

684 06 (MG 01)	051	Zuwendungen zur Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben nach § 9 BGG durch Träger der freien Straffälligenhilfe	770,0 783,2	810,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Verfahren gegen Erwachsene und für die Förderung insbesondere der Vermittlung in gemeinnützige Arbeit sowie der Begleitung bei der Ratenzahlung zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen.

Mehr insbesondere aufgrund Anpassung der Veranschlagung an die tarifbedingt höheren Personalausgaben der Träger.

684 07 (MG 01)	051	Maßnahmen für den Opferschutz	35,0 38,4	65,0
--------------------------	-----	--------------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Aufgrund des Inkrafttretens des 3. Opferrechtsreformgesetzes, sind im Jahr 2017 große Teile der bisher in Schleswig-Holstein als freiwillige Leistung erbrachten prozessualen Opferbegleitung in eine gesetzliche Leistung überführt worden (Diese Leistungen werden bei den sog. Auslagen in Rechtssachen vergütet, vgl. Tit. 526 15).

Veranschlagt an dieser Stelle ist der Teil der prozessualen Opferbegleitung, der von den Neuregelungen des 3. Opferrechtsreformgesetzes nicht erfasst wird. Ziel der aus diesem Titel gewährten Zuwendungen ist es, insbesondere in Fällen von häuslicher Gewalt, Stalking und in Härtefällen, in denen jeweils keine gerichtliche Beordnung erfolgt, die psychosoziale Prozessbegleitung sicherzustellen.

Mehr wegen der künftigen Berücksichtigung von den im Zusammenhang mit der Leistungserbringung einzelfallunabhängigen Kosten. Hierzu zählen u.a. Kosten für Supervisionen, Fortbildungen sowie Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
684 08 (MG 01)	051	Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege und anderer Angebote freier Träger Erläuterungen: Veranschlagt für die Förderung von justiziell angeordneten Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege.	330,0 304,5	330,0
684 09 (MG 01)	051	Förderung von Therapie- und Beratungsangeboten für Sexual- und Gewaltstraftäter Erläuterungen: Veranschlagt für die Förderung ambulanter Therapie-, Trainings- und Beratungsangebote für jugendliche und erwachsene Sexual- und Gewaltstraftäter inkl. KIK (häusliche Gewalt). Mehr u.a. aufgrund gestiegenem Therapie- und Beratungsbedarf insbesondere im Bereich der Forensischen Ambulanzen. Die erhöhte Veranschlagung berücksichtigt zudem auch Mehrbedarfe aufgrund tarifbedingt höherer Personalkosten sowie Mehrkosten im Zusammenhang mit fachlichen Standardisierungsprozessen bzw. der Schaffung einer verantwortbaren Fallbelastung in den forensischen Ambulanzen.	650,0 755,8	870,0
684 10 (MG 01)	051	Fortentwicklung und Koordinierung der Straffälligenhilfe Erläuterungen: Veranschlagt für die Fortentwicklung und Koordinierung von Maßnahmen der sozialen Strafrechtspflege, der Straffälligenhilfe und der Opferhilfe durch den Schleswig-Holsteinischen Verband für soziale Strafrechtspflege e.V. (Landesverband Straffälligenhilfe).	40,0 46,9	40,0
684 11 (MG 01)	051	Ambulante Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und anderer Angehöriger Inhaftierter Erläuterungen: § 3 Abs. 6 i.V.m. § 24 Landesstrafvollzugsgesetz (LStVollzG) normiert familienunterstützende Maßnahmen des Justizvollzugs. Vom Standpunkt der Opferorientierung aus gesehen, aber auch zur Unterstützung der vollzuglichen Resozialisierungsanstrengungen, ist eine komplementäre Arbeit im ambulanten Bereich angezeigt. Analog zu den bereits in anderen Bundesländern bestehenden Maßnahmen werden aus den veranschlagten Mitteln u.a. kurzzeitpädagogische Ferienmaßnahmen für Kinder Inhaftierter sowie die flächendeckende, aufsuchende Arbeit mit Kindern und anderen Angehörigen Inhaftierter in Schleswig-Holstein gefördert. Der Mittelabfluss für die in 2017 erstmalig veranschlagten Maßnahmen blieb aufgrund zunächst erforderlicher konzeptioneller Entwicklungen sowie vorzunehmender Antragsprüfungen hinter der Veranschlagung zurück. Darüber hinaus besteht unveränderter Bedarf.	100,0 8,2	100,0
685 02 (MG 01)	051	Kampagne zur Bekanntmachung der Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder Erläuterungen: Die Finanzierung des bisher aus Landesmitteln geförderten Projektes zur Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder, dass sich an dem Projekt "Kein Täter werden" der Berliner Charité orientierte, ist im Zuge der Verabschiedung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) in die Zuständigkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung übergegangen und wird in dortiger Verantwortung weitergeführt. Ein Teil der bisher hierfür veranschlagten Landesmittel soll künftig für eine Kampagne zur Verbesserung der Bekanntheit des Projektes eingesetzt werden und damit zur weiteren Verbesserung der Prävention beitragen.	130,0 123,5	100,0
Summe der Maßnahmegruppe 01			2.150,0 2.113,7	2.400,0
06		Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.		
525 11 (MG 06)	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften.	15,0 18,8	15,0
533 14 (MG 06)	051	Beratung und Betreuung "Neue Steuerungsinstrumente"	7,8 2,8	7,8

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 533 14

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Betreuungsaufwand bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie die Kosten für die Unterstützung beim Aufbau und Erhalt einer landesweiten Datenbank für die Einführung eines kennzahlengestützten Justizinformationssystems.

Summe der Maßnahmegruppe 06		22,8	22,8
		21,6	
Summe der Ausgaben		258.972,4	270.841,1
		265.209,6	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	149.882,0 150.831,0	152.973,8
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 72,4	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 176,4	0,0
Gesamteinnahmen			149.882,0 151.079,8	152.973,8
41 - 49		Personalausgaben	134.257,5 152.021,6	135.966,7
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	113.453,1 106.935,6	123.302,6
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	10.507,8 5.438,9	10.817,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	754,0 705,5	754,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 108,0	0,0
Gesamtausgaben			258.972,4 265.209,6	270.841,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-109.090,4 -114.129,8	-117.867,3

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Das Kapitel 09 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen
- 02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. der MG 01 und MG 02 verwendet werden.

Einnahmen

111 02	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen	80,0 99,6	100,0
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden. Für Haftkostenbeiträge der Gefangenen gem. § 78 Landesstrafvollzugsgesetz (LStVollzG). Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung.				
111 03	056	Beteiligung der Gefangenen an besonderen Aufwendungen im Vollzug	40,0 31,7	40,0
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden. Die Gefangenen haben eine Energiekostenpauschale für das Betreiben privater elektrischer Geräte zu zahlen, wenn der Gebrauch über einen festgelegten Grundbedarf hinausgeht.				
119 02	056	Sonstige Verwaltungseinnahmen	2,0 17,3	2,0
119 04	056	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschl. Zinsen	0,0 31,5	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Einnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 01 und der MG 02 verwendet werden.				
119 99	056	Vermischte Einnahmen	20,0 21,7	20,0
Erläuterungen:				
Für Schadensersatzleistungen Gefangener, Erstattungen der Gefangenen für positive Drogenkontrollen sowie Erstattung von Gefangenentransportkosten in Einzelfällen.				
124 01	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	28,0 16,7	28,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung:				
				2019
				T€
1. von Gebäuden und Räumlichkeiten				12,0
2. von 3 Landesmietwohnungen				16,0
Summe				28,0
Mindereinnahmen in 2017 aufgrund Mieterwechsel und damit verbundener Leerstände von Landesmietwohnungen.				
125 01	056	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	25,0 18,3	25,0
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden.				
125 02	056	Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben	1.430,0 1.663,4	1.500,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 125 02

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 01 verwendet werden.
Mehr aufgrund Anpassung an die gestiegenen Einnahmeerwartungen.

132 01	056	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	10,0	10,0
			13,1	

Erläuterungen:

Vgl. Veranschlagung bei Tit. 811 01, 811 02 (MG 01) und 811 03 (MG 02).

232 01	056	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern	0,0	0,0
			33,3	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Das Ist 2017 berücksichtigt u.a. Kostenerstattungen der Freien und Hansestadt Hamburg für die Unterbringung von im Zuge des "G20-Gipfels" in Hamburg inhaftierten Personen in schleswig-holsteinischen Justizvollzugsanstalten sowie Kostenerstattungen für die Überführung von Gefangenen in Anstalten anderer Länder.

232 02	056	Erstattungen anderer Länder für die Unterbringung von Gefangenen in der psychiatrischen Tagesklinik der Justizvollzugsanstalt Neumünster	30,0	0,0
---------------	-----	---	-------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 zur Verfügung.

Seit dem 01.10.2016 wird in der Justizvollzugsanstalt Neumünster gemeinsam mit dem ZIP-Zentrum für Integrative Psychiatrie als externem Dienstleister eine psychiatrische Abteilung (Tagesklinik) betrieben (vgl. dazu Tit. 533 13 -MG 02-). Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für die Vereinnahmung von Erstattungen für die Unterbringung von Gefangenen aus anderen Ländern in der Tagesklinik.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei den Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

359 02	851	Entnahme aus der Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Vgl. Vermerk der MG 01 sowie Tit. 919 02 (MG 01).

359 03	851	Entnahme aus der Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Vgl. Vermerk der MG 02 sowie Tit. 919 03 (MG 02).

Summe der Einnahmen			1.665,0	1.725,0
			1.946,6	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Ausgaben

422 01	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	31.932,8 33.632,8	32.390,1
---------------	-----	--	-----------------------------	-----------------

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Der Ansatz ist i.H.v. 100 T€ für Personalkosten im Bereich der Abschiebehafteinrichtungen zu verwenden.

Erläuterungen:

Mehr durch Veranschlagung der vollen Jahresauswirkung der im HH 2018 i.R. der Stellenmittelfristplanung zusätzlich veranschlagten Planstellen. Darüber hinaus mehr zur Ausfinanzierung der im HH 2019 zusätzlich veranschlagten Planstellen, zur Umsetzung des Beförderungspaketes sowie für weitere Hebungen von Planstellen für Vollzugs- und Werkdienstleitungen in den Justizvollzugsanstalten. In der Veranschlagung berücksichtigt sind auch die finanziellen Auswirkungen der im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 691 ff.) enthaltenen Anhebung des Einstiegsamtes im Verwaltungsdienst in Justizvollzugsanstalten von BesGr. A6 LG 1.2 nach BesGr. A7.

422 03	056	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs- dienst	1.513,6 948,4	2.026,6
---------------	-----	---	-------------------------	----------------

Erläuterungen:

Mehr durch Veranschlagung der vollen Jahresauswirkung der im HH 2018 nur jahresanteilig finanzierten Erhöhung der Nachwuchskräftekapazitäten i.R. der Ausbildungsinitiative der Landesregierung. Darüber hinaus mehr für die im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 691 ff.) berücksichtigte Erhöhung der Anwärterbezüge sowie für die im Zuge der vorgesehenen parallelen Durchführung von zwei Ausbildungslehrgängen für den Laufbahnzweig des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiteren im HH 2019 ausgebrachten Stellen für Justizhauptsekretäranwärter/-innen (Anw. LG 1.2).

427 01	056	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

427 05	056	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	40,0 27,6	40,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die ganzjährige Besetzung der beiden vorhandenen Stellen für Praktikanten/-innen auf Grundlage des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten der Länder (TV Prakt-L).

428 01	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.310,1 7.060,7	5.310,1
---------------	-----	--	---------------------------	----------------

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

443 03	056	Schutzimpfungen	6,0 2,4	6,0
---------------	-----	------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Hepatitischutzimpfungen der Bediensteten der medizinischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten, für die jährliche Gripeschutzimpfung sowie für die Hepatitis A/B-Schutzimpfungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst bei Justizvollzugsanstalten.

453 01	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	65,0 71,9	80,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 453 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	50,0
2.	Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	7,5
3.	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	22,5
Summe		80,0

Steigende Kosten u.a. aufgrund des Anstiegs der Zahl abgeordneter Mitarbeiter/-innen im Zusammenhang mit der aus Baumaßnahmen resultierenden erforderlichen Verlegung von Gefangenen an andere Vollzugsstandorte. Darüber hinaus Mehrausgaben für Trennungsgelder für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in Folge der Ausweitung der Ausbildungsplatzkapazitäten (vgl. Stellenplan Tit. 422 03).

511 01	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	310,0	340,0
			333,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Büromaterial	70,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	20,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	0,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	45,0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten und Mobiliar	80,0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten und Mobiliar	90,0
7.	Unterhaltung von Geräten	20,0
8.	Sonstiges	15,0
Summe		340,0

Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung. Darüber hinaus berücksichtigt die Veranschlagung den einmalig erhöhten Bedarf in Höhe von 10,0 T€ in Folge der geplanten Neuanmietung von Räumlichkeiten für die Justizvollzugsschule in Neumünster.

511 02	056	Sicherheitsanlagen	180,0	180,0
			137,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Ersatzbeschaffung von Geräten	40,0
2.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	40,0
3.	Unterhaltung von Geräten	100,0
Summe		180,0

514 01	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	360,0	425,0
			353,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	200,0
2.	Dienst- und Schutzkleidung	225,0
Summe		425,0

Die Kosten für die Dienstfahrzeuge des Justizvollzugs sind zentral bei Tit. 514 01 veranschlagt.

Mehr wegen Anhebung des Dienstkleidungszuschusses gem. Dienstkleidungsordnung für den Justizdienst des Landes Schleswig-Holstein (Dienstkleidungsordnung - DKLO -) [vgl. Pos. 2.].

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 514 01

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen des Justizvollzuges	Soll 2018	Soll 2019	Tatsächlicher Bestand 01.02.2018
1.	Kraftfahrzeuge für Selbstfahrer/-innen			
1.1	Personenbeförderung (Pkw)	4	4	4
1.2	Lastenbeförderung (u.a. Brot- und Essenswagen MB-Sprinter)	6	6	6
1.3	Lastenbeförderung (Lkw / Vario-Kipper)	1	1	1
2.	Gefangenentransportfahrzeuge			
2.1	Gefangenentransportwagen (Pkw)	9	9	9
2.2	Gefangenentransportwagen (Kleinbusse)	26	26	26
2.3	Gefangenentransportbusse (Omnibusse)	2	2	2
3.	Landwirtschaftliche Fahrzeuge			
3.1	Kommunaltraktoren (z.B. für Schneeräumung)	5	5	5
3.2	Zugmaschinen (Traktoren/Ackerschlepper für die Bearbeitung von Freiflächen)	3	3	3
4.	Anhänger	8	8	8
	Summe	64	64	64

Aus Aussonderungskontingenten des MILI und Beschlagnahmungen der Staatsanwaltschaften vorhandene Fahrzeuge werden im Fahrzeugbestand nicht mit ausgewiesen.

517 01	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	260,0 265,0	260,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für das Kap. 0903 u.a. die Kosten für Reinigungsmittel, Schädlingsbekämpfung, Wasser- und Abwasserproben.

518 02	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	27,0 24,3	27,0
--------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.

525 01	056	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	120,0 106,1	120,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2019 T€
1.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1	30,0
2.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2	75,0
3.	Unterrichtsentschädigungen / Reisekosten / Sonstiges	15,0
	Summe	120,0

525 02	056	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	290,0 235,6	290,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2019
		T€
1.	Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg	40,0
2.	Verpflichtende Fortbildungen für die Bereiche des medizinischen Dienstes und der Werkbetriebsveranstaltungen	30,0
3.	Übrige externe Fortbildungen	60,0
4.	Fortbildung für Aufsteigerinnen und Aufsteiger	10,0
5.	Reisekosten	10,0
6.	Durchführung von Schießübungen	20,0
7.	Gesundheitsmanagement	100,0
8.	Supervisionen	20,0
Summe		290,0

Unveränderter Bedarf aufgrund zusätzlicher Fortbildungsangebote im Bereich der Personalentwicklung von Führungskräften des Justizvollzugs ab 2018.

525 03	056	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	2,0	2,0
			0,4	

526 03	056	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	3,0	3,0
			2,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Entschädigungen und Reisekosten der Mitglieder von Beiräten bei den Justizvollzugsanstalten (§ 143 LSt-VollzG).

526 05	056	Ärztliche Untersuchungen	30,0	30,0
			18,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen sowie für probatorische Sitzungen (Erstbehandlungssitzungen) bei Psychotherapeuten im Rahmen der Soforthilfe als Unterstützungsangebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in beruflichem Zusammenhang Opfer von Gewalthandlungen werden oder einer besonders belastenden Situation ausgesetzt waren. (Ohne Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02).

527 01	056	Dienstreisen	30,0	35,0
			31,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Reisekosten in Inlandsdienstreisen	35,0
2.	Reisekosten in Auslandsdienstreisen	0,0
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0,0
Summe		35,0

Die Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) sind für die Kapitel 0901 - 0909 zentral im Kap. 0902 bei Tit. 527 01 veranschlagt. Erhöhte Veranschlagung berücksichtigt Ist-Entwicklung.

533 01	056	Kosten für private Sicherheitskräfte zur Baustellensicherung	145,0	145,0
			127,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Baustellen in den Justizvollzugsanstalten. Der tatsächliche Mittelabfluss berücksichtigt unterjährige Verzögerungen beim Baubeginn und Reduzierungen beim Baufortschritt. Darüber hinaus in Abhängigkeit zur Bauplanung 2019 unveränderter Bedarf.

533 02	011	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte sowie für Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements	150,0	150,0
			118,0	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 533 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz für die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (ohne arbeitende Gefangene; vgl. Tit. 533 08 -MG 01-) sowie für externe Fachkräfte zur Implementierung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements. Minderausgaben in 2017 aufgrund vertraglicher Neufestlegungen mit Betriebsärztinnen und Betriebsärzten und damit einhergehenden vorübergehenden Vakanzen. Darüber hinaus unveränderter Bedarf.

533 03	056	Evaluation der Umsetzung von Strafvollzugsgesetzen	75,0	50,0
			27,9	

Erläuterungen:

Die Umsetzung von Strafvollzugsgesetzen und der damit verbundenen Leitlinien soll regelmäßig wissenschaftlich begleitet und erforscht werden (Evaluation). Veranschlagt für die Evaluation des Jugendstrafvollzugsgesetzes (§ 97 JStVollzG) und des Landesstrafvollzugsgesetzes (§ 125 LStVollzG). Minderausgaben in 2017 aufgrund unterschiedlicher Fortschritte bei der Evaluierung der verschiedenen Strafvollzugsgesetze. Darüber hinaus künftig geringerer Bedarf aufgrund des Abschlusses der Evaluation des Jugendarrestvollzugsgesetzes (§ 59 JAVollzG).

533 99	056	Leistungsentgelte an die GMSH	11,0	11,0
---------------	-----	--------------------------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher Anlagen und Betriebsmittel. Die Überprüfung findet in den Justizvollzugsanstalten alle zwei Jahre statt.

Unabhängig von der Ist-Belastung des Titels - die in Abhängigkeit der tatsächlichen Überprüfungszeitpunkte jährlichen Schwankungen unterliegt - berücksichtigt die Veranschlagung den durchschnittlichen jährlichen Bedarf und ist daher unverändert beizubehalten.

546 99	056	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	35,0	50,0
			62,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2019
				T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen			1,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)			35,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen			1,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben			13,0
Summe				50,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

Anpassung der Veranschlagung an den künftig erwartet höheren Bedarf. Mehrbedarfe stehen insbesondere im Zusammenhang mit der höheren Anzahl durchzuführender Stellenbesetzungsverfahren (u.a. in Folge der Anstiegs der Altersabgänge, Besetzung neuer Planstellen etc.).

632 04	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug der Sicherungsverwahrung	955,0	955,0
			657,6	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0902 - 533 05 und Tit. 0903 - 632 07 (MG 02).

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterbringung der schleswig-holsteinischen Sicherungsverwahrten in anderen Ländern (vgl. dazu Staatsvertrag über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und Therapieunterbringung - Gesetz vom 15. Mai 2013, GVOBl. Schl.-H. S. 200).

Minderausgaben in 2017 aufgrund der verzögerten Abrechnung der rückwirkend ab 2016 geringeren Unterbringungskosten (Tagessätze) für die aufgrund des o.a. Staatsvertrages in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel untergebrachten Sicherungsverwahrten. Die Veranschlagung berücksichtigt die geringeren Unterbringungskosten bereits ab dem HH 2018 (Reduzierung des Ansatzes von 1.055,0 T€ auf 955,0 T€). Darüber hinaus unveränderter Bedarf.

671 04	056	Zuschüsse zu Versorgungskassenbeiträgen	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
811 01	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0 23,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
812 03	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	105,0 201,8	175,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind		
				2019 T€
		1. Erstmalige Anschaffungen		10,0
		2. Ersatzbeschaffungen		95,0
		3. Ergänzungsbeschaffungen		70,0
		Summe		175,0
		Insbesondere veranschlagt für die Ausstattung der Büroräume mit ergonomischen Büromöbeln sowie den weiteren Austausch veralteter Personennotrufgeräte. Darüber hinaus berücksichtigt die Veranschlagung einmalige Mehrkosten in Höhe von 30,0 T€ für die erforderliche Mobiliarausstattung insbesondere von Schulungs- und Unterkunftsräumlichkeiten in der neu anzumietenden Liegenschaft für die Justizvollzugschule in Neumünster.		
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 25,3	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Titel des MG 01 und MG 02 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen				
		Mehreinnahmen bei Tit. 119 04, 125 02 und 359 02 dürfen für Mehrausgaben der MG 01 verwendet werden. Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 02.		
511 03	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige	225,0	225,0
(MG 01)		Gebrauchsgegenstände	185,7	
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2019 T€
		1. Ersatzbeschaffungen von Geräten		75,0
		2. Ergänzungsbeschaffungen von Geräten		75,0
		3. Unterhaltung von Geräten		75,0
		Summe		225,0
514 03	056	Verbrauchsmittel	1.100,0 1.004,1	1.100,0
(MG 01)				

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 514 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2019 T€
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.050,0
2. Fremdleistungen (externe Bearbeitung von Rohstoffen, z.B. Verzinken)	50,0
Summe	1.100,0

533 07	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	150,0	150,0
(MG 01)			149,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütungen für Vorträge und Unterricht, besonders für Lehrgänge zur Erlangung des Haupt- und Real- schulabschlusses und für berufsfördernde Lehrgänge.

533 08	056	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten	75,0	75,0
(MG 01)			59,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (für die Bediensteten vgl. Tit. 533 02).

535 01	056	Lehr- und Lernmittel	30,0	30,0
(MG 01)			25,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Lehr- und Lernmittel sowie Kosten für Fernlehrgänge.

546 01	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	25,0	25,0
(MG 01)			26,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Ausgaben für Gebühren und Beiträge zu Handwerkskammern und Erzeugerverbänden (z.B. Bio- land) sowie Tierarztkosten (Landesgut Moltsfelde).

632 02	056	Kostenanteil Schleswig-Holsteins an der Umsetzung der Ergebnisse aus den EQUAL-Projekten "e-LiS" und "BABE" im RESO-Nordverbund	0,0	0,0
(MG 01)				

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Vorgehalten für die Veranschlagung von Projekten im Rahmen der Kooperationsvereinbarung "RESO-Nordverbund" zwischen den Landesjustizverwaltungen Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

681 05	056	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene	3.100,0	3.100,0
(MG 01)			3.051,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2019 T€
1. Entgelt gemäß §§ 38 ff. LStVollzG, §§ 57 ff. JStVollzG, § 25 UVollzG	1.500,0
2. Berufsausbildungsbeihilfe gemäß §§ 37 ff. LStVollzG, §§ 57 ff. JSt- VollzG, § 25 UVollzG	860,0
3. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gemäß § 341 II SGB III, § 345 Nr. 3 SGB III, § 18 SGB IV, GefangenenbeitragsVO	700,0
4. Taschengeld für unverschuldet arbeitslose Gefangene gemäß §§ 37 ff. LStVollzG, § 59 JStVollzG, § 25 UVollzG	40,0
Summe	3.100,0

684 04	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	1.800,0	1.800,0
(MG 01)			1.629,5	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 684 04

Erläuterungen:

Die Belastungen des Haushaltsjahres 2019 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2018 stellt sich wie folgt dar:

		2019 T€
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorjahren	
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2018	1.800,0
Summe		1.800,0

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Gefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt sowie eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmagements. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Eingliederung von Gefangenen durch Arbeit und Qualifizierung (AQUA) vom 18. Oktober 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 992 ff.).

Zur Sicherstellung der Kontinuität bei den Bildungsmaßnahmen für Gefangene und zur Vermeidung von Personalfluktuationen bei den Bildungsträgern erfolgte im HH 2018 die zweijährige Absicherung der Zuwendungen durch Ausbringung einer VE für das Haushaltsjahr 2019.

Minderausgaben in 2017 u.a. aufgrund unterjähriger personeller Fluktuationen und Krankheitsausfällen bei den Bildungsträgern sowie durch baubedingte Verzögerungen beim Beginn einzelner Maßnahmen (durch spätere Verfügbarkeit geeigneter Räumlichkeiten). Darüber hinaus unveränderter Bedarf.

684 05	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von jugendlichen Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	545,0	545,0
(MG 01)			650,0	

Erläuterungen:

Die Belastungen des Haushaltsjahres 2019 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2018 stellt sich wie folgt dar:

		2019 T€
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorjahren	
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2018	545,0
Summe		545,0

Veranschlagt sind Zuwendungen für Maßnahmen der schulischen, berufsvorbereitenden und beruflichen Qualifizierung von Gefangenen der Jugendanstalt Schleswig einschließlich eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmagements.

Die veranschlagten Mittel sind notwendige Kofinanzierungsmittel des Landes im Rahmen des Landesprogramms Arbeit 2014 - 2020 zur Förderung der Berufsvorbereitung und Ausbildung für junge Gefangene (Aktion B 2).

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Aktionen der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung im Rahmen des Landesprogramms Arbeit (Rahmenrichtlinie Prioritätsachse B) vom 31. März 2014 (Amtsbl. Schl.-H. S. 254 ff.) i.V.m. ergänzenden Förderkriterien.

Die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden direkt aus dem Epl. 06 (MWVATT) bewirtschaftet.

Zur Absicherung der Kofinanzierung des Landes im Rahmen des Landesprogramms Arbeit erfolgte im HH 2018 die zweijährige Absicherung der Zuwendungen durch Ausbringung einer VE für das Haushaltsjahr 2019.

Die Mehrausgaben in 2017 führen bezogen auf die Planungen für die Gesamtlaufzeit des Landesprogramms Arbeit nicht zu einem erhöhten Kostenanteil des Landes. In 2017 Deckung gegen entsprechende Minderausgaben bei Tit. 684 04 (MG 01).

811 02	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
(MG 01)			85,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 01	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Arbeitsbetriebe	255,0	270,0
(MG 01)			222,7	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 812 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Erstmalige Beschaffungen	10,0
2.	Ersatzbeschaffungen	240,0
3.	Ergänzungsbeschaffungen	20,0
Summe		270,0

Veranschlagt insbesondere für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten (u.a. für Fräs-, Schleifmaschinen und Sägen im Tischlereibetrieb der JVA Neumünster sowie für Fräs- und Bohrmaschinen in der Schlosserei der JVA Lübeck). Die Veranschlagung berücksichtigt zudem die einmalige Absenkung um 40,0 T€ zur Gegenfinanzierung der Mehrbedarfe bei den Tit. 0903 - 511 01 und 0903 - 812 03 im Zusammenhang mit der geplanten Neuanmietung von Räumlichkeiten für die Justizvollzugsschule in Neumünster.

919 02	851	Zuführung an die Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0	0,0
(MG 01)				

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der MG 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Maßnahmegruppe 01	7.305,0	7.320,0
	7.090,1	

02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Mehreinnahmen beiden Tit. 111 02, 111 03, 119 04, 125 01, 232 02 und 359 03 dürfen für Mehrausgaben der MG 02 verwendet werden.

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 01.

511 04	056	Gefangenenbücherei	5,0	5,0
(MG 02)			3,2	

511 05	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	200,0	180,0
(MG 02)			174,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	70,0
2.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	45,0
3.	Unterhaltung von Geräten	30,0
4.	Beschaffungen von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	30,0
5.	Sonstiges	5,0
Summe		180,0

Anpassung an den erwarteten Bedarf.

514 04	056	Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung, Körperpflege	2.200,0	2.200,0
(MG 02)			2.162,6	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 514 04

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2019
		T€
1.	Verpflegung von Gefangenen	1.700,0
2.	Unterbringung, Bekleidung und Körperpflege	500,0
Summe		2.200,0

533 05	056	Übergangswohnen	50,0	50,0
(MG 02)				

Erläuterungen:

Nach § 59 Abs. 3 LStVollzG kann Gefangenen zur Einübung von Freiheit und eines selbstverantwortlichen Lebens nach der Haftentlassung noch während der Haft ein Probewohnen in Übergangseinrichtungen zur Vorbereitung auf die Eingliederung ermöglicht werden.

Veranschlagt für die Unterbringung in bestehenden Einrichtungen freier Träger. Die Abrechnung erfolgt in Anlehnung an entsprechende Hilfen nach § 67 SGB XII.

Unveränderter Bedarf für die auf Basis einer gesetzlichen Neuregelung erstmalig vorzusehende Maßnahme und den damit einhergehenden Vorlauf zur sachgerechten Umsetzung.

533 09	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	135,0	135,0
(MG 02)			79,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Dolmetscherleistungen	35,0
2.	Extremismusprävention und sonstige Maßnahmen für ausländische Gefangene (z.B. Gesprächsangebote oder religiöse Betreuung)	100,0
Summe		135,0

Minderausgaben in 2017 u.a. im Bereich der seelsorgerischen Betreuung von muslimischen Gefangenen und der verzögerten Umsetzung der erweiterten Angebote für arabischsprachige Gefangene. Darüber hinaus unveränderter Mittelbedarf aufgrund der Erarbeitung von anstaltsübergreifenden Gesamtkonzepten nebst Vorhaltung entsprechender Kapazitäten für das betroffene Klientel in allen Anstalten.

533 10	056	Vergütungen für Pastorinnen und Pastoren, Organistinnen und Organisten und für Friseurinnen und Friseure	290,0	290,0
(MG 02)			139,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Erstattung von Personalkosten nebst Versorgungskassenbeiträgen im Zusammenhang mit der religiösen Betreuung der Gefangenen gem. § 135 Abs. 1 Landesstrafvollzugsgesetz (LStVollzG) und § 43 Abs. 1 Jugendstrafvollzugsgesetz (JStVollzG) durch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) und das Erzbistum Hamburg. Darüber hinaus veranschlagt für die musikalische Begleitung der Messen in den Justizvollzugsanstalten mit Kirchenräumen (Kiel, Lübeck und Neumünster) sowie für Friseurleistungen in allen Anstalten.

Erhöhte Veranschlagung seit 2018 durch die erforderliche Erstattung von Personalkosten an die Nordkirche für die in dortiger Pfarstellenträgerschaft beschäftigten Pastorinnen und Pastoren im Justizvollzug.

533 11	056	Gesundheitsfürsorge für Gefangene	2.800,0	2.800,0
(MG 02)			2.597,8	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 533 11

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Vergütungen für Ärztinnen und Ärzte	100,0
2.	Zahnärztliche Leistungen einschl. Zahnersatz und Zahnkronen	250,0
3.	Fachärztliche, ambulante und stationäre Untersuchungen und Behandlungen sowie Röntgenaufnahmen	830,0
4.	Physikalisch-medizinische Leistungen (Massagen, Krankengymnastik, Wärmebehandlungen, Inhalationen pp.)	55,0
5.	Arzneimittel, Verbandsmittel, Krankenpflegeartikel, Heil- und Hilfsmittel	1.400,0
6.	Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel, Brillen	45,0
7.	Laboruntersuchungen	75,0
8.	Krankentransporte	45,0
Summe		2.800,0

Gemäß §§ 59 ff. LStVollzG ist für die körperliche und geistige Gesundheit des Gefangenen zu sorgen. Der Anspruch erstreckt sich auf die ärztliche und zahnärztliche Behandlung sowie die Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln. Art und Umfang der Leistungen richten sich nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches zur gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) und den dazu getroffenen Regelungen.

Unveränderter Bedarf, insbesondere im Bereich der Arzneimittelversorgung (z.B. Hepatitis C-Behandlungen) ist mit weiterhin hohen Kosten bzw. Kostensteigerungen zu rechnen.

533 12	056	Für Therapiemaßnahmen, für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung sowie für Familienorientierung im Vollzug	1.435,0	1.475,0
(MG 02)			1.349,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährleistung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit durch Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter sowie für Prävention bzgl. Eigentumsdelikten durch Schuldnerberatung und Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck und in der Jugendanstalt Schleswig.

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter	510,0
2.	Gutachten	175,0
3.	Schuldnerberatungen	150,0
4.	Beratung drogenabhängiger Gefangener	390,0
5.	Familienorientierung im Vollzug	100,0
6.	Sonstige Angebote u.a. Anti-Agressionstraining	150,0
Summe		1.475,0

In 2018 Erhöhung der Veranschlagung u.a. für erforderliche Aufstockungen von Fachleistungsstunden im Bereich des familienorientierten Vollzuges (Familienberatung), für die Therapie von Gewaltstraftätern und in Folge von Kostensteigerungen bei der Suchtberatung. In 2019 darüber hinaus weitere Erhöhung der Veranschlagung aufgrund des erhöhten Betreuungsaufwandes für die gemäß § 62a des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) in der Justizvollzugsanstalt Neumünster getrennt von den übrigen Strafgefangenen unterzubringenden Abschiebungsgefangenen mit erheblichem Gefährdungspotenzial (sog. Gefährder).

533 13	056	Stationäre Versorgung und Behandlung psychiatrisch erkrankter Gefangener	1.700,0	1.700,0
(MG 02)			987,5	

Erläuterungen:

Die Zahl psychiatrisch erkrankter Gefangener steigt in den Justizvollzugsanstalten des Landes stetig an. Psychiatrisch erkrankte Gefangene können seit dem 01.10.2016 in der psychiatrischen Abteilung der Justizvollzugsanstalt Neumünster teilstationär behandelt werden. Die psychiatrische Abteilung wird gemeinsam mit dem ZIP-Zentrum für Integrative Psychiatrie als externem Dienstleister betrieben. Soweit eine teilstationäre Behandlung aufgrund des akuten Krankheitsbildes nicht ausreichend ist, kann eine Verlegung in den Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig mit dortiger vollstationärer Versorgung und Behandlung erfolgen.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 533 13

Veranschlagt für:

		2019 T€
1.	Teilstationäre Versorgung und Behandlung von psychiatrisch erkrankten Gefangenen in der psychiatrischen Abteilung in der Justizvollzugsanstalt Neumünster (Tagesklinik)	1.200,0
2.	Vollstationäre Versorgung und Behandlung von psychiatrisch erkrankten Gefangenen im Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig	500,0
Summe		1.700,0

Der zu Pos. 1. veranschlagte Betrag berücksichtigt auch die Kosten für die wissenschaftliche Begleitforschung (Evaluation) zu den angewandten Therapiemaßnahmen.

Erhöhung der Veranschlagung in 2018 für erstmalig vorgesehene vollstationäre Behandlung erkrankter Gefangener im Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig. Darüber hinaus in 2019 unveränderter Bedarf.

535 02	056	Für Freizeitgestaltung	130,0	190,0
(MG 02)			108,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Werk- und Bastelmaterialien, Tages- und Anstaltszeitungen.

Mehr in 2019 für zusätzliche Sport- und Freizeitangebote für die gemäß § 62a des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) in der Justizvollzugsanstalt Neumünster getrennt von den übrigen Strafgefangenen unterzubringenden Abschiebungsgefangenen mit erheblichem Gefährdungspotenzial (sog. Gefährder).

632 07	056	Zuweisungen an andere Länder für die stationäre Behandlung erkrankter Gefangener in Anstalten anderer Verwaltungen	250,0	250,0
(MG 02)			287,4	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0903 - 632 04.

Erläuterungen:

Aufgrund eines nach § 80 Abs. 1 des Landestrafvollzugsgesetzes (LStVollzG) mit Hamburg geschlossenen Staatsvertrages und mit weiteren Ländern geschlossenen Einzelverträgen zur Erbringung der nach den §§ 79 ff. LStVollzG vorgeschriebenen Leistungen veranschlagt für die Unterbringung von:

		2019 T€
1.	Gefangenen im Zentralkrankenhaus Hamburg	100,0
2.	Gefangenen in Pflegeeinrichtungen oder Vollzugskrankenhäusern anderer Länder	150,0
Summe		250,0

Die Veranschlagung berücksichtigt mit Blick auf die Behandlungsverpflichtung auch die Notwendigkeit akuter und kostspieliger Behandlungen und basiert neben einer kalkulatorischen Einschätzung der Belegung anderer Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen auch auf nicht in den Tageshaftkostensätzen enthaltenen Behandlungskosten. Aus der Ist-Belastung des Titels können keine Rückschlüsse auf künftige Bedarfe gezogen werden.

Schrittweise Reduzierung der Veranschlagung seit 2016 durch Mittelübertragung nach Tit. 533 13 (MG 02) im Zusammenhang mit der Einrichtung einer psychiatrischen Abteilung in der Justizvollzugsanstalt Neumünster (Tagesklinik) bzw. der Behandlung von psychiatrisch erkrankten Gefangenen im Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig.

632 08	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug von Freiheitsentziehung	126,0	126,0
(MG 02)			9,4	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 632 08

Erläuterungen:

Veranschlagt aufgrund einer nach § 142 Abs. 2 LStVollzG (Vollzugsgemeinschaft) geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen für die Unterbringung von:

	2019 T€
1. Jungen weiblichen Gefangenen in Vechta (Niedersachsen)	42,0
2. Weiblichen Gefangenen in der sozialtherapeutischen Einrichtung Alfeld (Niedersachsen)	84,0
Summe	126,0

Die Veranschlagung bezieht sich auf die Vorhaltung jeweils nur eines ganzjährig finanzierten Haftplatzes in Vechta und Alfeld. Unabhängig von der Ist-Belastung des Titels ist die Veranschlagung daher mit Blick auf die vollzuglichen Anforderungen unverändert beizubehalten.

681 06 (MG 02)	056	Zuschüsse für Verpflegung, Bekleidung und Körperpflege an Gefangene im offenen Vollzug	10,0 7,3	10,0
681 07 (MG 02)	056	Entlassungshilfen für Gefangene	15,0 9,1	15,0

Erläuterungen:

Nach § 60 Abs. 4 LStVollzG erhalten bedürftige entlassene Gefangene Reisekostenzuschüsse, Entlassungsbekleidung oder sonstige notwendige Unterstützung.

681 08 (MG 02)	056	Entschädigungen an Gefangene und an Hinterbliebene von Gefangenen wegen eines während der Haft erlittenen Unfalls	0,5	0,5
681 09 (MG 02)	056	Auslagererstattungen für Ehrenamtliche im Straffälligenbereich	10,0 3,3	10,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Entschädigungen, die sich im Falle eines Anspruches auf Amtshaftung nach § 839 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. Art. 34 des Grundgesetzes (GG) ergeben.

Erläuterungen:

Gemäß Allgemeinverfügung (AV) des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa vom 18.07.2007 - II 202 / 4400 - 228 SH - (SchIHA S. 369) zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 12.11.2015 (SchIHA S. 490) u.a. veranschlagt für Erstattungen von Fahrtkosten und sonstigen Auslagen der ehrenamtlich im Vollzug tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Veranschlagung berücksichtigt den rechnerischen Anspruch auf Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach Ziff. 10 der o.a. AV. Der tatsächlichen Mittelabfluss kann geringer ausfallen, da nicht alle Anspruchsberechtigten den Anspruch auch geltend machen.

684 01 (MG 02)	056	Förderung von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Justizvollzug	30,0 16,6	30,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Nach § 4 Abs. 3 JAVollzG und § 21 LStVollzG besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Durchführung von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs -sog. Restorative Justice Maßnahmen- innerhalb des Justizvollzuges. Veranschlagt für tatusgleichende Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs sowie der Restorative Justice in Strafverfahren und nach der Verurteilung bei Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen; insbesondere für Opfer-Empathie-Trainings (OET). Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2016 bis 2018 vom 16. Dezember 2015 (Amtsbl. Schl.-H. 2016 S. 16 ff.) und der Änderung der Richtlinie vom 7. Dezember 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1815). Unveränderter Bedarf in 2019 u.a. durch Ausweitung der Maßnahmen im Bereich Opfer-Empathie-Training (OET) auf weitere Vollzugsstandorte.

811 03 (MG 02)	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	205,0 256,7	40,0
--------------------------	-----	------------------------------------	-----------------------	-------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 811 03

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2019
		T€
1.	Ersatzbeschaffungen	
1.1	1 Gefangenentransportwagen für die Justizvollzugsanstalt Lübeck (Modell: z.B. VW Caddy)	40,0
Summe		40,0

Das Fahrzeug soll u.a. zur Erledigung von erforderlichen Fahrten zur Kontrolle der Freigänger nach § 39 LStVollzG sowie zur Beförderung von an einen Rollstuhl gebundenen Gefangenen genutzt werden.

812 02 (MG 02)	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	192,0	680,0
			149,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Ersatzbeschaffungen	330,0
2.	Ergänzungsbeschaffungen	350,0
Summe		680,0

Veranschlagt u.a. für die Beschaffung von Zellenbestuhlung und Hafthausausstattungen. In 2019 500 T€ zusätzlich aus dem Landesinfrastrukturprogramm 2019 aufgrund der Neukonzeption der Sport- und Freizeitangebote für Gefangene in den Justizvollzugsanstalten des Landes. Vorgesehen ist hier u.a. die Beschaffung von Outdoor-Sportgeräten für die Freistundenhöfe, Fitnessgeräten sowie Tischtennis- und Billardtischen.

892 02 (MG 02)	056	Investitionszuschuss für die Errichtung von zwei Krankenzimmern für Gefangene im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster	0,0	0,0
--------------------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Die Zahlung des Investitionszuschuss für zwei Krankenzimmer für Gefangene im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster erfolgt durch das MSGJFS zu Lasten des Titels 1002 - 892 03 -Besondere Landeszuschüsse für Investitionen an Krankenhaus-träger-.

919 03 (MG 02)	851	Zuführung an die Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0	0,0
--------------------------	-----	--	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der MG 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Maßnahmegruppe 02		9.783,5	10.186,5
		8.341,3	
Summe der Ausgaben		59.044,0	60.607,3
		59.926,1	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.635,0 1.913,3	1.725,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	30,0 33,3	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.665,0 1.946,6	1.725,0
41 - 49		Personalausgaben	38.867,5 41.743,8	39.852,8
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	12.578,0 10.896,3	12.748,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.841,5 6.321,9	6.841,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	757,0 938,8	1.165,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 25,3	0,0
Gesamtausgaben			59.044,0 59.926,1	60.607,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-57.379,0 -57.979,5	-58.882,3

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0904 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.200,0	1.200,0
			1.187,8	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	3,0	3,0
			4,1	
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
		Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.203,0	1.203,0
			1.191,9	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	45,0	45,0
			30,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222), und die Kosten für Mitgliederinnen und Mitglieder der Berufsgerichte gemäß § 59 des Gesetzes über die Kammern und die Berufsgerichtsbarkeit für die Heilberufe (HBKG) vom 29. Februar 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. April 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 273).
Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

Veranschlagt für:

				2019
				T€
1.		die Verwaltungsgerichtsbarkeit		35,0
2.		Berufsgerichte für die Heilberufe		10,0
		Summe		45,0

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.204,1	5.715,8
			5.067,4	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr durch Abbildung der vollständigen Jahresauswirkung der im HH 2018 für das Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren zusätzlich bereitgestellten Mittel. Darüber hinaus mehr zur Ausfinanzierung der im HH 2019 in Folge der flüchtlingsbedingten Mehrbelastung für einen weiteren Senat beim Oberverwaltungsgericht zusätzlich bereitgestellten Planstellen. In der Veranschlagung berücksichtigt sind auch die finanziellen Auswirkungen der im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 691 ff.) enthaltenen Anhebung der Einstiegsämter im Justizwachmeisterdienst von BesGr. A3 nach BesGr. A4.

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	5,0	5,0
		dienst	3,2	

Erläuterungen:

Für die Kosten des Vorbereitungsdienstes einer Justizoberwachtmeisteranwärterin / eines Justizoberwachtmeisteranwärters (Anw. LG 1.1). In der Veranschlagung berücksichtigt sind auch die finanziellen Auswirkungen der im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 691 ff.) enthaltenen Erhöhung der Anwärterbezüge.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
---------------	------------	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.782,0	1.842,5
			2.021,4	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr zur Ausfinanzierung einer im HH 2019 im Zusammenhang mit der flüchtlingsbedingten Mehrbelastung und der damit verbundenen Einrichtung eines weiteren Senats beim Oberverwaltungsgericht eingerichteten Stelle (Folgedienste) sowie zur Umsetzung des Beförderungspaketes.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	6,0	6,0
			0,5	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	330,0	330,0
			280,6	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Büromaterial	80,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	93,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	120,0
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	25,0
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	3,0
7.	Unterhaltung von Geräten	2,0
8.	Sonstiges	5,0
Summe		330,0

In der Veranschlagung 2018 und 2019 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	10,0	11,0
			10,0	

Erläuterungen:

Mehr wegen der Anhebung des Dienstbekleidungszuschusses im Bereich der Justizwachtmeisterei gemäß der Dienstkleidungsordnung für den Justizdienst des Landes Schleswig-Holstein.

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2018	Soll 2019	Tatsächlicher Bestand 01.02.2018
1.	Kleintransporter	1	1	1
2.	Selbstfahrer-Pkw	2	2	2
Summe		3	3	3

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	28,0	28,0
			17,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

In der Veranschlagung 2018 und 2019 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	5,0	5,0
			4,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 2 (Vorjahr 2) geleaste Fahrzeuge.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	12,0	12,0
			11,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Deutsche Richterakademie, Nordverbund, Komma, OLG Schleswig u.ä.)	9,0
2.	Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Service-Einheiten, Fortbildung für Verwaltungsrichterinne n und -richter zu aktuellen Themen u.ä.)	2,0
3.	Gesundheitsmanagement	1,0
Summe		12,0

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,0 1,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,0 1,9	1,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.		
526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	300,0 389,7	750,0
		Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.		
		Erläuterungen: Veranschlagt für:		2019
				T€
		1. Prozesskostenhilfe		400,0
		2. Zeugenentschädigungen		5,0
		3. Sachverständige und Dolmetscherkosten in Asylverfahren		340,0
		4. Sonstige Auslagen in Rechtssachen		5,0
		Summe		750,0
		Anpassung an den erwarteten Bedarf im Zusammenhang mit der gestiegenen Anzahl von Asylverfahren; per Stand 28.05.2018 sind bereits rd. 280,0 T€ verausgabt. Vgl. Kapitelerläuterung 0902.		
527 01	051	Dienstreisen	2,0 3,6	2,0
533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	4,0	0,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet alle zwei Jahre statt.		
534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0 2,9	1,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		2019
				T€
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0,0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0,0
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0,0
		4. Sonstige vermischte Ausgaben		1,0
		Summe		1,0
		Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.		
811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 811 01

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	30,0	30,0
			29,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2019	
			T€	
1.	Erstmalige Anschaffungen			13,0
2.	Ersatzbeschaffungen			17,0
Summe				30,0

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			26,5	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			7.765,1	8.784,3
			7.902,2	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.203,0 1.191,9	1.203,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.203,0 1.191,9	1.203,0
41 - 49		Personalausgaben	7.042,1 7.122,6	7.614,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	693,0 723,4	1.140,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30,0 29,7	30,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 26,5	0,0
Gesamtausgaben			7.765,1 7.902,2	8.784,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-6.562,1 -6.710,3	-7.581,3

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0905 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 18 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.400,0	1.600,0
			1.592,7	
		Erläuterungen:		
		Anpassung an die Ist-Entwicklung.		
		Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
		Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.402,0	1.602,0
			1.592,7	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	210,0	210,0
			138,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.475,0	5.570,3
			6.180,3	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr zur Ausfinanzierung einer zur Verringerung der anhaltend hohen Belastungssituation im Rechtspflegerdienst der Sozialgerichtsbarkeit zusätzlich ausgebrachten Planstelle sowie zur Umsetzung des Beförderungspaketes. In der Veranschlagung berücksichtigt sind auch die finanziellen Auswirkungen der im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 691 ff.) enthaltenen Anhebung der Einstiegsämter im Justizwachtmeisterdienst von BesGr. A3 nach BesGr. A4.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.104,0	3.066,4
			3.584,9	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Die geringere Veranschlagung berücksichtigt die Umwandlung einer Stelle aus dem Tarifbereich in eine Planstelle (vgl. Stellenübersicht zu Tit. 428 01).

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0	12,0
			5,5	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	335,6	400,0
			321,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Büromaterial	90,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	100,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	4,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	140,0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	35,0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	21,0
7.	Unterhaltung von Geräten	6,0
8.	Sonstiges	4,0
	Summe	400,0

In der Veranschlagung 2018 und 2019 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt. Darüber hinaus in 2019 mehr im Zusammenhang mit der örtlich bedingten Übernahme der Abfertigung für eigene Postsendungen durch das Sozialgericht Lübeck von der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, vgl. hier Pos. 4 und Tit. 0908 - 511 01.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	7,0	8,0
			8,3	

Erläuterungen:

Mehr wegen der Anhebung des Dienstbekleidungszuschusses im Bereich der Justizwachtmeisterei gemäß der Dienstkleidungsordnung für den Justizdienst des Landes Schleswig-Holstein.

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 514 01

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2018	Soll 2019	Tatsächlicher Bestand 01.02.2018
1.	Pkw mit Fahrerin / Fahrer	1	1	1
Summe		1	1	1

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	26,5	26,5
			31,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte. Darüber hinaus ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 99	051	Leasingraten für Dienstfahrzeuge	3,0	3,0
			2,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 (Vorjahr 1) geleastes Fahrzeug.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	28,0	28,0
			36,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2019 T€
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie in Trier/Wustrau, Proberichtertagungen, Tagungen des gehobenen Dienstes u.ä.)		10,0
2.	Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung der Service-Einheiten, Schulungen der Kostenbeamten, Fortbildung für Richter/-innen zu aktuellen Themen u.ä.)		10,0
3.	Fortbildung der richterlichen Mediatoren (Güterichter)		5,0
4.	Gesundheitsmanagement		3,0
Summe			28,0

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	1,0	1,0
			0,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder der bei dem Landessozial- sowie bei den Sozialgerichten eingerichteten Ausschüsse gem. § 11 Sozialgerichtsgesetz.

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,5	1,5
			1,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	051	Entschädigungen für Klägerinnen und Kläger und für Zeuginnen und Zeugen	120,0	120,0
			117,6	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 12	051	Entschädigungen für Sachverständige	3.150,0	3.150,0
			2.978,3	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 13	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.200,0	1.200,0
			1.186,0	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 526 13

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	5,0 3,2	5,0
--------	-----	---------------------	------------	-----

533 04	051	Aufwendungen für Dienstverträge	100,0 96,0	100,0
--------	-----	--	---------------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Sozialgerichte.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	2,0 5,0	2,0
--------	-----	--------------------------------------	------------	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	2,0 2,6	2,0
--------	-----	--	------------	-----

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	0,0	0,0
--------	-----	---------------------------------	-----	-----

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen	0,0 11,0	0,0
--------	-----	-------------------------------------	-------------	-----

Erläuterungen:

Das Ist 2017 enthält die Ausgaben für die Ausrichtung der Präsidentenkonferenz der Landessozialgerichte. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,5 1,9	1,5
--------	-----	---	------------	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2019
			T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen		0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben		1,5
Summe			1,5

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
--------	-----	------------------------------------	-----	-----

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10,0 9,8	50,0
--------	-----	--	-------------	------

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	

T€

noch zu 812 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Ersatzbeschaffungen	50,0
Summe		50,0

Mehr wegen Ersatzbeschaffungen von Büroausstattungen für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insb. auch mit ergonomischen Schreibtischen und Bürostühlen.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			20,6	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 13 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben	13.794,1	13.957,2
	14.743,3	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.402,0 1.592,7	1.602,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.402,0 1.592,7	1.602,0
41 - 49		Personalausgaben	8.801,0 9.909,2	8.858,7
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.983,1 4.803,7	5.048,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	10,0 9,8	50,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 20,6	0,0
Gesamtausgaben			13.794,1 14.743,3	13.957,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-12.392,1 -13.150,6	-12.355,2

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0906 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	350,0 158,6	350,0
		Erläuterungen:		
		Das Ist 2017 enthält die Zurückzahlung eines einmaligen in 2016 eingekommenen Gerichtskostenvorschuss. Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			350,0 158,6	350,0

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	5,0	5,0
			5,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.273,0	1.273,0
			1.388,4	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	354,0	354,0
			396,5	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	52,0	52,0
			41,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2019
				T€
		1. Büromaterial		8,5
		2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		27,0
		3. Druck- und Buchbinderarbeiten		1,0
		4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		11,0
		5. Ersatzbeschaffung von Geräten		1,0
		6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten		2,0
		7. Unterhaltung von Geräten		0,5
		8. Sonstiges		1,0
		Summe		52,0

In der Veranschlagung 2018 und 2019 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	6,0	6,0
			2,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

In der Veranschlagung 2018 und 2019 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	6,0	6,0
			4,3	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie in Trier/Wustrau, Bundesfinanzakademie in Brühl, Norddeutsche Finanzrichtertage in Königslutter, Finanzrichtertage in Berlin u.ä.)	2,0
2.	Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung von Mitarbeiter/-innen in Service-Einheiten, Fortbildung der Finanzrichter/-innen zu aktuellen Themen u.ä.)	3,0
3.	Gesundheitsmanagement	1,0
Summe		6,0

526 05 051 **Ärztliche Untersuchungen** 0,5 0,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11 051 **Auslagen in Rechtssachen** 40,0 40,0
38,1

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

527 01 051 **Dienstreisen** 2,0 2,0
1,0

533 99 051 **Leistungsentgelte an die GMSH** 0,0 0,0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01 051 **Zur Ausrichtung von Tagungen** 3,0 0,0
9,1

Erläuterungen:

Das Ist 2017 enthält die Ausgaben für die Ausrichtung der Präsidentenkonferenz der Finanzgerichte und des Bundesfinanzhofs. In 2018 veranschlagt für die Ausrichtung der Kostentagung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes bei dem Bundesfinanzhof und den Finanzgerichten.

546 99 051 **Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-
träge** 1,0 1,0
0,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1,0
Summe		1,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01 051 **Kostenanteil an dem Gemeinsamen Senat für Zoll -und Verbrauchs-
steuersachen beim Finanzgericht in Hamburg** 80,0 80,0
14,0

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 632 01

Erläuterungen:

Kostenanteil des Landes an dem Gemeinsamen Senat für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) gemäß Staatsvertrag vom 14. Juli 1981 (GVOBl. Schl.-H. S. 140), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 10. März 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 103). Berechnungsgrundlage sind die für Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen beteiligten Ländern erledigten Verfahren. Im Rahmen der Abrechnung für das Jahr 2016 ist bei dem Finanzgericht Hamburg ein Erlösüberschuss aus mehreren Kernbrennstoffsteuerverfahren entstanden, der an die beteiligten Länder im Verhältnis ihrer erledigten Streitsachen verteilt wurde. Hierdurch reduzierte sich der Zahlungsbetrag für Schleswig-Holstein im Jahr 2017 einmalig.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10,0	10,0
			1,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2019
	T€
1. Ersatzbeschaffungen	10,0
Summe	10,0

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben	1.832,5	1.829,5
	1.902,6	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	350,0 158,6	350,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			350,0 158,6	350,0
41 - 49		Personalausgaben	1.632,0 1.790,1	1.632,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	110,5 97,4	107,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	80,0 14,0	80,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	10,0 1,1	10,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.832,5 1.902,6	1.829,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.482,5 -1.744,0	-1.479,5

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0908 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	14.000,0 14.884,6	15.000,0
--------	-----	--	-----------------------------	-----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2019	
			T€	
1.	Geldstrafen und Geldbußen			13.900,0
2.	Gerichtskosten			1.100,0
Summe				15.000,0

Anpassung an die Ist-Entwicklung.
Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

112 03	051	Einnahmen aus Vermögensabschöpfung, insbesondere bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität	500,0 701,1	500,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist geschätzt.

119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	5,0	5,0
--------	-----	--------------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrllicher Gegenstände.

119 99	051	Vermischte Einnahmen	50,0 47,2	50,0
--------	-----	-----------------------------	---------------------	-------------

132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

231 01	051	Erstattung von Kosten in Staatsschutzsachen	75,0 130,4	75,0
--------	-----	--	----------------------	-------------

Erläuterungen:

Nach einer Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder erstattet der Bund die dem Land in Staatsschutz-Strafsachen entstandenen Kosten, insbesondere in den Fällen, in denen ein Oberlandesgericht in Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes zuständig war.
Der Ansatz ist geschätzt.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).
Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
--------	-----	----------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen			14.630,0 15.763,3	15.630,0
----------------------------	--	--	-----------------------------	-----------------

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Ausgaben

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	21.720,4 24.127,4	22.466,1
<p>Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.</p> <p>Erläuterungen: Mehr durch Veranschlagung der vollen Jahresauswirkung der im HH 2018 i.R. der Stellenmittelfristplanung zusätzlich veranschlagten Planstellen sowie durch die Abbildung der vollständigen Jahresauswirkung der im HH 2018 u.a. im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Staatsschutzdelikten (insbesondere aus den Bereichen Terrorismus/Islamismus) zusätzlich bereitgestellten Mittel. Darüber hinaus Abbildung der im HH 2019 i.R. der Stellenmittelfristplanung zusätzlich finanzierten Planstellen zur Bewältigung der Belastungssituation im staatsanwaltlichen und amtsanwaltlichen Dienst. Ferner berücksichtigt die erhöhte Veranschlagung auch die zusätzlich ausgebrachten Planstellen im den Bereichen Rechtspflegedienst, Gerichtshilfe und Serviceeinheiten, die Umsetzung des Beförderungspaketes sowie die finanziellen Auswirkungen der im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 691 ff.) enthaltenen Anhebung der Einstiegsämter im Justizwachtmeisterdienst von BesGr. A3 nach BesGr. A4.</p>				
422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	15,0 5,1	15,0
<p>Erläuterungen: Für die Kosten des Vorbereitungsdienstes von bis zu drei Justizoberwachtmeisteranwärter/-innen (Anw. LG 1.1). In der Veranschlagung berücksichtigt sind auch die finanziellen Auswirkungen der im Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 8. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 691 ff.) enthaltenen Erhöhung der Anwärterbezüge.</p>				
427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	30,0 41,0	30,0
427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	3,0 2,1	3,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind ausschließlich Hausdienstvergütungen. In den Fällen, in denen bisher schon Justizwachtmeisterinnen bzw. Justizwachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahmegenehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.</p>				
427 05	051	Vergütung für Praktikantinnen und Praktikanten	20,0 19,5	20,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für die ganzjährige Besetzung der vorhandenen Stelle für eine Praktikantin / einen Praktikanten auf Grundlage des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen / Praktikanten der Länder (TV Prakt-L).</p>				
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.854,6 9.626,6	8.804,6
<p>Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.</p> <p>Erläuterungen: Die Veranschlagung berücksichtigt die Ausbringung einer Stelle für eine Bilanzbuchhalterin oder einen Bilanzbuchhalter zur Aufgabenwahrnehmung im Bereich "Abrechnungsbetrag im Gesundheitswesen". Darüber hinaus weniger durch Berücksichtigung der Stelleneinsparungen zur Realisierung der Einsparvorgaben zum Stellenabbaupfad.</p>				
453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	30,0 16,3	30,0
459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	0,4 0,4	0,4
<p>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0902 - 459 03.</p> <p>Erläuterungen: Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialdienst (LG 2.1).</p>				
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.010,0 1.066,9	1.000,0

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2019
	T€
1. Büromaterial	450,0
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	120,0
3. Druck- und Buchbinderarbeiten	10,0
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	240,0
5. Ersatzbeschaffungen von Geräten	100,0
6. Ergänzungsbeschaffungen	50,0
7. Unterhaltung von Geräten	20,0
8. Sonstiges	10,0
Summe	1.000,0

In der Veranschlagung 2018 (jahresanteilig) und 2019 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

Darüber hinaus in 2019 weniger im Zusammenhang mit der örtlich bedingten Verlagerung der Postabfertigung von der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck zum Sozialgericht Lübeck, vgl. hier Pos. 4 und Tit. 0905 - 511 01.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	45,0	50,0
			30,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2019
	T€
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	35,0
2. Dienst- und Schutzkleidung	15,0
3. Verbrauchsmittel	0,0
4. Sonstiges	0,0
Summe	50,0

Mehr wegen der Anhebung des Dienstbekleidungszuschusses im Bereich der Justizwachtmeisterei gemäß der Dienstkleidungsordnung für den Justizdienst des Landes Schleswig-Holstein (vgl. Pos. 2).

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2018	Soll 2019	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2018
1.	Kleintransporter	1	1	1
2.	Pkw mit Fahrer/in / Fahrer	1	1	1
3.	Selbstfahrer-Pkw	10	10	10
	Summe	12	12	12

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	70,0	95,0
			56,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

In der Veranschlagung 2018 (jahresanteilig) und 2019 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	18,0	18,0
			13,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 5 (Vorjahr 5) geleaste Fahrzeuge.

525 01	051	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	10,0	10,0
			6,8	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Unterrichtsentschädigungen für die Referendarausbildung	8,0
2.	Unterrichtsentschädigungen für die Ausbildung von Anwärtnerinnen und Anwärtern der Laufbahngruppe 2.1	2,0
Summe		10,0

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	90,0	100,0
			119,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2019
		T€
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen	70,0
2.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Staatsanwaltschaften	10,0
3.	Supervision für Staatsanwälte	10,0
4.	Supervision für Gerichtshilfe	5,0
5.	Gesundheitsmanagement	5,0
Summe		100,0

Die Veranschlagung ab 2019 berücksichtigt insbesondere den Mehrbedarf im Zusammenhang mit den Fortbildungsanforderungen nach § 9 Abs. 3, 4 der Landesverordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein (Allgemeine Laufbahnverordnung - ALVO) vom 19. Mai 2009 (GVObI. Schl.-H. 236), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 3. August 2016 (GVObI. Schl.-H. S. 811).

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	8,0	8,0
			4,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 13	051	Entschädigung für Zeuginnen und Zeugen	190,0	190,0
			180,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222). Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 14	051	Entschädigung für Sachverständige	4.800,0	6.750,0
			4.920,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222). Anpassung an den erwarteten Bedarf. Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 15	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	600,0	1.000,0
			741,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739) und Teil 3 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208). Anpassung an den erwarteten Bedarf. Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	130,0	130,0
			123,4	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2019
		T€
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	20,0
2.	Reisen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte zu auswärtigen Sitzungen	80,0
3.	Reisen der Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer	30,0
Summe		130,0

533 01	051	Aufwendungen für Dienstverträge	110,0		110,0
			94,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pfortnerdienst.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	8,0		8,0
			14,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	3,4		3,4
--------	-----	---------------------------------	------------	--	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für evtl. interne Umzüge bei den Staatsanwaltschaften; der Ansatz ist geschätzt.

537 01	051	Beförderung und Vorführung von Gefangenen einschließlich Reisekosten des Begleitpersonals	15,0		20,0
			29,7		

Erläuterungen:

Veranschlagt für nicht beeinflussbare Ausgaben im Rahmen der Beförderung und Vorführung von Gefangenen. Anpassung an den erwarteten Bedarf.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,0		8,0
			17,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	7,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1,0
Summe		8,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	051	Anteil Schleswig-Holstein an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Amtsanwaltsausbildung	0,0		0,0
			2,4		

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Amtsanwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes für die Abnahme der Amtsanwaltsprüfung (Gesetz vom 14. Dezember 2006; GVOBl. Schl.-H. S. 305) werden die Kosten des Studienganges nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern abgeordneten Beamtinnen und Beamten umgelegt.

Die Höhe der Ist-Ausgaben ist abhängig von der Anzahl der Rechtspfleger, die für die Amtsanwaltsausbildung zugelassen werden. Vor dem Hintergrund einer bedarfsgerechten Ausbildung sind keine Rechtspfleger zur Amtsanwaltsausbildung zugelassen, so dass im Jahr 2019 keine Ausgaben anfallen werden.

632 02	051	Kostenanteil an der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Gewalttaten in Ludwigsburg	34,0		34,0
			27,6		

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 632 02

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung einer Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen vom 6. November 1958, zuletzt geändert durch Vereinbarung vom 13. Juni 1995 werden die Personal- und Sachausgaben der Zentralen Stelle nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahl der Länder am 1. April des jeweiligen Haushaltsjahres auf die Landesjustizverwaltungen umgelegt.
Das Ist 2017 entspricht der Abrechnung der tatsächlichen Ausgaben.
Die Veranschlagung für 2019 beruht auf dem Haushaltsvoranschlag des Justizministeriums des Landes Baden-Württemberg.

681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	75,0	75,0
			109,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872).

681 02	051	Geldbelohnungen für die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener	5,0	5,0
			1,5	

Belohnungen dürfen auch ohne Mittel ausgesetzt werden. Die Erläuterungen sind gem. § 17 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird, und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener. Es dürfen für das laufende und für das vorausgegangene Haushaltsjahr bis zu 70.000 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.
Der Bedarf ist geschätzt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
---------------	-----	------------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	175,0	175,0
			106,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2019
			T€
1.	Ersatzbeschaffungen		154,0
2.	Ergänzungsbeschaffungen		21,0
Summe			175,0

In der Veranschlagung für 2019 sind insbesondere die Beschaffungsbedarfe von ergonomischen Büroausstattungen für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt (vgl. Pos. 1).

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben	38.077,8	41.158,5
	41.504,2	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	14.555,0 15.632,9	15.555,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	75,0 130,4	75,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			14.630,0 15.763,3	15.630,0
41 - 49		Personalausgaben	30.673,4 33.838,4	31.369,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	7.115,4 7.418,5	9.500,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	114,0 141,1	114,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	175,0 106,2	175,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			38.077,8 41.504,2	41.158,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-23.447,8 -25.740,9	-25.528,5

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0909 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.000,0 939,9	1.000,0
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,5 0,1	0,5
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.	0,0	0,0
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr Erläuterungen: Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.	0,0 29,8	0,0
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.	0,0	0,0
Summe der Einnahmen			1.000,5 969,8	1.000,5

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	165,0	165,0
			121,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	2.602,0	2.602,0
			2.915,3	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			32,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.730,0	1.730,0
			1.889,8	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	8,5	8,5
			7,2	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	345,0	345,0
			370,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Büromaterial	66,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	65,0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	2,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	145,0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	30,0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	12,0
7.	Unterhaltung von Geräten	20,0
8.	Sonstiges	5,0
Summe		345,0

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	0,0	5,0
---------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2018	Soll 2019	Tatsächlicher Bestand 01.02.2018
1.	Selbstfahrer-Pkw	0	1	0
Summe		0	1	0

Veranschlagung unter Berücksichtigung des erwarteten Bedarfs im Zusammenhang mit der erstmaligen Anschaffung eines Dienstfahrzeugs durch das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, vgl. Tit. 811 01.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	50,0	50,0
			8,4	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 518 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.
In der Veranschlagung 2018 und 2019 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 99 051 Leasingraten für Fahrzeuge **0,0** **0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

525 02 051 Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten **30,0** **30,0**
26,4

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie Trier/Wustrau, Akademie Sankelmark, Verwaltungsakademie Bordes-holm, FHVD Altenholz u.ä.)	14,0
2.	Inhouse-Schulungen	10,0
3.	Gesundheitsmanagement	6,0
Summe		30,0

526 05 051 Ärztliche Untersuchungen **1,0** **1,0**
0,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11 051 Auslagen in Rechtssachen **2.200,0** **2.200,0**
2.067,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte/innen	2.100,0
2.	Entschädigung der Zeugen/innen	55,0
3.	Entschädigungen der Sachverständigen vor Gericht	44,0
4.	Sonstige Auslagen	1,0
Summe		2.200,0

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

527 01 051 Dienstreisen **12,0** **10,0**
18,7

Erläuterungen:

Die Veranschlagung berücksichtigt den erwarteten Bedarf im Zusammenhang mit der Anschaffung eines Dienstfahrzeugs durch das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, vgl. Tit. 811 01.

533 04 051 Aufwendungen für Dienstverträge **220,0** **220,0**
115,9

Erläuterungen:

Veranschlagt für externe Kräfte zur Eingangssicherung der Arbeitsgerichte.
Die Eingangssicherung ist u. a. von baulichen Maßnahmen (Sicherheitsschleusen) abhängig. Diese haben sich verzögert, so dass im Jahr 2017 der Ansatz nicht ausgeschöpft wurde.

533 99 051 Leistungsentgelte an die GMSH **4,0** **4,0**
3,4

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
534 02	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	4,0 1,5	4,0
536 01	051	Umzüge von Dienststellen Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0	0,0
541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0	0,0
546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge Erläuterungen: Veranschlagt sind:	2,0 2,5	2,0
				2019
				T€
		1. Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0,0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		2,0
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0,0
		4. Sonstige vermischte Ausgaben		0,0
		Summe		2,0
<p>Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.</p>				
684 01	051	An Vereine und Verbände	0,3 0,3	0,3
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Beiträge für den Arbeitsgerichtsverband.		
811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	20,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für die erstmalige Anschaffung eines Dienstwagens bei dem Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein in Kiel zur Durchführung von regelmäßigen Dienstreisen insb. auch zu den Arbeitsgerichten Elmshorn, Flensburg, Lübeck und Neumünster.		
812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10,0 9,8	10,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2019
				T€
		1. Ersatzbeschaffungen		10,0
		Summe		10,0
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 27,2	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.		

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 919 01

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben

7.383,8
7.618,0

7.406,8

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.000,5 940,0	1.000,5
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 29,8	0,0
Gesamteinnahmen			1.000,5 969,8	1.000,5
41 - 49		Personalausgaben	4.505,5 4.965,8	4.505,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.868,0 2.614,9	2.871,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,3 0,3	0,3
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	10,0 9,8	30,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 27,2	0,0
Gesamtausgaben			7.383,8 7.618,0	7.406,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-6.383,3 -6.648,2	-6.406,3

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Das Kapitel 09 11 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

61 Hanse-Office in Brüssel

Ausgaben

61 Hanse-Office in Brüssel

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0911 mit Ausnahme der TG 61 zur Verfügung.

Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Titelgruppe 61 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

119 02	011	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 1,2	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel, vgl. Kapitelvermerk.		
231 01	011	Kostenbeteiligung des Bundes an der Entwicklung und Durchführung von Projekten im Zusammenhang mit der Pflege und der Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit	0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 541 02 zur Verfügung. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
271 03	011	Erstattungen der EU im Rahmen des INTERREG-Ostseeprogrammes für die Koordinierung des Schwerpunktbereichs Kultur der EU-Ostsee-strategie	100,0 119,6	100,0
		Erläuterungen: In der EFRE-Förderperiode 2014-2020 steht das INTERREG-Ostseeprogramm für die Förderung der EU-Ostsee-strategie zur Verfügung. Zur Unterstützung der Koordinatoren aller Schwerpunktbereiche und "Horizontalen Aktionen" stehen 8 Mio. EUR über die gesamte Förderperiode zur Finanzierung bestimmter Sach- und Personalkosten zur Verfügung. Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur übernommen. Vorrangige Ziele des Schwerpunktbereichs Kultur sind Förderung und Visualisierung der Kultur und Kreativwirtschaft des Ostseeraums, Erhalt und Sichtbarmachung des kulturellen Erbes des Ostseeraums, Stärkung der kulturellen Identität des Ostseeraums sowie die Weiterentwicklung des Netzwerks der Kulturkooperation im Ostseeraum. Für Schleswig-Holstein ergibt sich hieraus die Möglichkeit der ostseeweiten Positionierung von schleswig-holsteinischer Kultur, kulturellem Erbe und Kreativwirtschaft sowie deren Akteuren durch Einbeziehung in die Aktivitäten des Schwerpunktbereichs Kultur. Das MJEVG hat die Federführung für die Antragstellung beim INTERREG-Ostsee-programm übernommen. Veranschlagt sind die Einnahmen, die ab 2016 aufgrund der gemeinsamen Koordinierungsfunktion aus Fördermitteln des INTERREG Ostseeprogramms von der EU erstattet werden. Die für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei den Tit. 533 03, 541 03 und 676 03 zur Verfügung.		
271 04	011	Erstattungen der EU im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	19,5	19,5
		Erläuterungen: Mehreinnahmen stehen für Mehrausgaben bei den Tit. 527 01, 541 04 und 981 01 zur Verfügung. Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner im Projekt "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Das Projekt zielt auf die Stärkung von transnationaler Zusammenarbeit und Innovation im Bereich nachhaltiger Energie-Cluster bzw. darauf ausgerichteter, bedarfsgerechter regionaler Innovations- und Internationalisierungsstrategien ab. Das unter Führung der Kommune Aalborg stehende Projekt hat nach Annahme durch das EU-Programm INTERREG V B Nordsee Anfang 2017 seine Arbeit aufgenommen; die Gesamtprojektlaufzeit ist bis April 2020 vorgesehen. Veranschlagt sind die ab 2018 aus den Fördermitteln des INTERREG Nordseeprogramms erstatteten und durch die Kommune Aalborg weitergeleiteten, auf das Land Schleswig-Holstein entfallenden Einnahmeanteile, einschließlich der für das MWVATT bestimmten Beträge (vgl. dazu Tit. 981 01).		
282 01	011	Kostenbeteiligung Dritter an Veranstaltungen	0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 541 02 zu verwenden.		

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 282 01

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

61 Hanse-Office in Brüssel

Erläuterungen:

Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen können für Mehrausgaben in der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 (TG 61) verwendet werden.

Siehe Erläuterungen bei TG 61 Ausgaben.

119 61 (TG 61)	011	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
--------------------------	-----	-----------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

124 61 (TG 61)	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	75,2	75,2
			74,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Untervermietung (Kaltmiete plus Nebenkosten) von Diensträumen des Hanse-Office im Gebäude Avenue Palmerston 24, 1000 Brüssel an Dritte, vgl. auch Tit. 518 61 (TG 61).

232 61 (TG 61)	011	Erstattungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg	336,8	341,8
			342,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil für die gemeinsame Dienststelle (50 % der Gesamtausgaben).

359 61 (TG 61)	851	Entnahme aus der Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0	0,0
--------------------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk Titelgruppe 61 und Tit. 919 61 (TG 61).
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 61			412,0	417,0
			416,8	

Summe der Einnahmen			531,5	536,5
			537,6	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

Ausgaben

526 09	011	Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten	6,0	6,0
			2,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung und Pflege der Partnerschaften des Landes Schleswig-Holstein im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit der französischen Partnerregion Pays de la Loire.

527 01	011	Reisekosten im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	9,0	9,0
			2,0	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zu Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 271 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei den Tit. 541 04 bzw. 981 01 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner in dem aus Mitteln des EU-Programms INTERREG V B Nordsee geförderten Projekts "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Veranschlagt sind projektgebundene Reisekosten von am Projekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MJEVG, vgl. dazu auch Tit. 271 04, sowie 541 04 und 981 01.

529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	12,0	12,0
			0,5	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

533 03	011	Für externe Dienstleistungen im Rahmen des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostsee Strategie	43,2	43,2
			53,2	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 03 geleistet werden, soweit diese nicht bei den Tit. 541 03 und 676 03 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat ab 2016 gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur der EU-Ostsee Strategie übernommen. Veranschlagt für die Beauftragung eines externen Dienstleisters, der auf schleswig-holsteinischer Seite bestimmte Aufgaben (u.a. für die Projekttas-sistenz in den Bereichen Projektentwicklung, Projektgenerierung, Organisation von Veranstaltungen und Workshops sowie Öffentlichkeitsarbeit) übernimmt, vgl. Tit. 271 03, 541 03 und 676 03.

541 01	011	Kosten für die Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	10,0	20,0
			0,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europapolitischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes und den strategischen Partnerschaften mit der Europäischen Kommission.

Mehr wegen der Ausweitung der europapolitischen Kommunikationsarbeit in Zusammenarbeit u. a. mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland sowie insbesondere mit Blick auf die Europawahl 2019.

541 02	011	Aufwendungen für die Pflege und die Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit sowie mit Pays de la Loire	70,0	50,0
			30,0	

Zusätzliche Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung der regionalen Partnerschaften und der freundschaftlichen Beziehungen im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit Pays de la Loire. Des Weiteren können Ausgaben für die zielgruppenorientierte Kommunikation der Beteiligung des Landes an den INTERREG B Programmen Ostsee und Nordsee und an INTERREG Europe (vormals: INTERREG C) sowie im Zusammenhang mit der Kulturpriorität der EU-Ostsee Strategie geleistet werden.

Geringere Veranschlagung, da für 2018 einmalig vorgesehene Maßnahmen (Nordseekommission, Jütlandkorridor) aus-gelaufen sind.

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
541 03	011	Ausgaben im Zusammenhang mit der Koordinierung des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie	21,3 4,8	21,3
<p>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 03 geleistet werden, soweit diese nicht bei den Tit. 533 03 und 676 03 verwendet werden.</p> <p>Erläuterungen: Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat ab 2016 gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur der EU-Ostseestrategie übernommen. Veranschlagt sind in diesem Zusammenhang in Schleswig-Holstein entstehende Sachausgaben, insbesondere für Durchführung und Organisation von Veranstaltungen, Fach- und Projektworkshops, vgl. Tit. 271 03, 533 03 und 676 03.</p>				
541 04	011	Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	20,0 14,1	20,0
<p>Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zu Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 271 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei den Tit. 527 01 bzw. 981 01 verwendet werden.</p> <p>Erläuterungen: Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner in dem aus Mitteln des EU-Programms INTERREG V B Nordsee geförderten Projekts "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Veranschlagt sind projektgebundene Sachkosten des MJEVG für die Ausrichtung von Arbeitstreffen aller Projektpartner und von Arbeitsgruppen in Schleswig-Holstein sowie für die Durchführung von Veranstaltungen, Workshops etc., vgl. dazu auch Tit. 271 04, sowie 527 01 und 981 01.</p>				
632 03	011	Landesanteil an den Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im Ostseeraum	70,0 55,0	60,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Anteile des Landes an den Ausgaben für den Betrieb der "Schleswig-Holstein-Büros Baltikum" mit Sitz in Tallinn und Außenstellen in Riga und Vilnius sowie des Hanse-Office in Kaliningrad. In 2019 weniger, da für die Fortführung des mittlerweile eingestellten Betriebs des Hanse-Office in Danzig bislang kein geeigneter neuer örtlicher Träger gefunden werden konnte.</p>				
632 04	011	Kostenanteil für die Prüfaufgaben im Rahmen des INTERREG Europe Programmes	5,0	5,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Prüfaufgaben im Rahmen des INTERREG Europe Programmes (vormals: INTERREG C). Grundlage für die Kostenbeteiligung ist eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den beteiligten Ländern. In der laufenden INTERREG Förderperiode 2014 - 2020 wurden erste Projekte erst in 2016 genehmigt. Kosten für Prüfaufgaben, die vom Land hätten übernommen werden können, sind daher bisher nicht angefallen. Darüber hinaus unveränderter Bedarf.</p>				
632 09	011	Kostenanteil für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union	18,3 17,4	18,3
<p>Erläuterungen: Die Ausgaben für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union sind im Haushalt des Staatsministeriums Baden-Württemberg veranschlagt. Nach dem Länderabkommen vom 27. Oktober 1988 in der Neufassung vom 24. Oktober 1996 erstatten die anderen Länder dem Land Baden-Württemberg unter Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels den auf sie entfallenden Anteil am tatsächlichen Aufwand für die Beobachtertätigkeit.</p>				
671 01	011	Kostenanteile für die Gemeinsamen Technischen Sekretariate im Rahmen der Programme INTERREG B, INTERREG Europe und INTERACT	56,0 54,1	56,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Verwaltungskosten (Technische Sekretariate) der INTERREG B-Programme für den Ostseeraum und für den Nordseeraum sowie für das Programm INTERREG Europe (vormals: INTERREG C) sowie für das INTERACT-Programm. Grundlage für die Kostenbeteiligungen bilden Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den an den jeweiligen Programmen beteiligten Bundesländern.</p>				
671 02	011	Mittel zur Finanzierung von schleswig-holsteinischen Projekten im Rahmen der Programme INTERREG B und INTERREG Europe, der politischen Kooperation "STRING" sowie mit regionalen Partnern im Rahmen der Ostsee- und Nordseekooperationen des Landes	56,5 16,1	56,5

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 671 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Beteiligung von schleswig-holsteinischen Partnern an den mit EU-Mitteln finanzierten Projekten der INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramme und von INTERREG Europe, zur Förderung von Projekten im Rahmen der STRING-Kooperation und zur Durchführung von Projekten im Rahmen der Ostsee- und Nordseekooperationen mit regionalen Partnern in den Ländern Dänemark, Norwegen, Finnland, Schweden, Polen, den Baltischen Staaten, den Niederlanden und mit Kaliningrad / Nordwestrussland. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von schleswig-holsteinischen Projekten im Ostsee- und Nordseeraum (INTERREG-, STRING- und Ostseekooperationsrichtlinie).

Die Mittelbeantragung erfolgt in Abhängigkeit der in unregelmäßigen Abständen veröffentlichten Ausschreibungsrunden der INTERREG-Programme, insoweit unterliegt auch die Mittelvergabe unbeschadet des unveränderten Bedarfs ebenfalls jährlichen Schwankungen.

671 03	011	Für externe Dienstleistungen im Rahmen des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie	0,0	0,0
		Weggefallen		

671 04	011	Erstattung an das Nordkolleg Rendsburg	69,0	69,0
			38,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Erstattungen an das Nordkolleg Rendsburg für den Betrieb des Ars Baltica Sekretariats. Derzeit koordiniert das Ars Baltica Sekretariat fünf multilaterale, ostseeweite Projekte.

676 01	011	Kostenanteil für das Gemeinsame Sekretariat der "STRING"-Kooperation	74,0	74,0
			74,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind anteilige Ausgaben für die Unterhaltung des Sekretariats der STRING-Kooperation (Personal- und Sachkosten).

676 03	011	Erstattungen an europäische Partner im Rahmen der gemeinsamen Koordinierung des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie	35,5	35,5
			5,4	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 03 geleistet werden, soweit diese nicht bei den Tit. 533 03 und 541 03 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat ab 2016 gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur der EU-Ostseestrategie übernommen. Das MJEVG hat die Federführung für die Antragstellung beim INTERREG-Ostseeprogramm übernommen, das in der Förderperiode 2014 - 2020 eine Finanzierung bestimmter im Zusammenhang mit der Koordinierung der Schwerpunktbereiche der EU-Ostseestrategie stehender Sach- und Personalausgaben gewährt. Veranschlagt für die Erstattung der auf polnischer Seite entstandenen Kosten, vgl. Tit. 271 03, 533 03 und 541 03.

684 05	011	Beiträge an die Nordseekommission und an die "Konferenz der peripheren Küstenregionen" (KPKR)	40,0	40,0
			39,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag für die Mitgliedschaft des Landes in der Nordsee-Kommission und in der "Konferenz der peripheren Küstenregionen" zur Stärkung der Schleswig-Holsteinischen Position, insbesondere in Angelegenheiten der "Europäischen Meerespolitik".

684 06	011	Institutionelle Förderung für die Organisation europapolitischer Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	65,0	90,0
			65,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der gemeinsamen Geschäftsstelle von Europa-Union, Europäische Bewegung, Junge Europäische Föderalisten (Landesverbände Schleswig-Holstein).

Mehr wegen des langfristigen Aufgabenzuwachses bei der Geschäftsstelle der Europa-Union, die im Auftrag des MJEVG einen Großteil der Öffentlichkeitsarbeit zu Europa abdeckt. Zudem insbesondere für 2019 ein erhöhter Arbeitsaufwand durch die Europawahl 2019.

684 08	011	Zuwendungen für Projektförderungen aufgrund der Partnerschaft mit der französischen Region Pays de la Loire	6,8	6,8
			10,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung von Partnerschaftsprojekten mit der französischen Region Pays de la Loire auf den vereinbarten Gebieten Austausch, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Kultur, erneuerbare Energien und Umwelt, Meerespolitik.

684 09	011	Förderung der Academia Baltica	50,0	50,0
			50,0	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 684 09

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der Academia Baltica (Personal- und Sachkosten).

685 01	011	Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes zur Förderung der Europafähigkeit	18,0 25,1	18,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Dritte zur Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europäischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes zur Förderung der Europafähigkeit.

981 01	011	Verrechnung zu Gunsten des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) im Zusammenhang mit der Beteiligung am INTERREG V B Nordsee-Projekt "Northern Connections"	8,5	8,5
---------------	-----	---	------------	------------

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zu Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 271 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei den Tit. 527 01 bzw. 541 04 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner in dem aus Mitteln des EU-Programms INTERREG V B Nordsee geförderten Projekts "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Veranschlagt sind die auf das MWVATT entfallenden Erstattungsanteile (vgl. 0601-381 01) der bei Tit. 271 04 vereinnahmten Beträge, vgl. dazu Kapitelvermerk und Tit. 527 01 und 541 04.

61 Hanse-Office in Brüssel

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen der TG 61 können für Mehrausgaben der TG 61 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg haben ihre Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten in einem Staatsvertrag geregelt (GVOBl. Schl.H. 2005, S. 536). Das Hanse-Office (HO) in Brüssel wird in der Rechtsform einer gemeinsamen Dienststelle geführt.

Für die haushaltsmäßige Abwicklung der Finanzen des Hanse-Office ist gem. Artikel 6 des Abkommens (GVOBl. 2006, S. 14) das Land Schleswig-Holstein federführend verantwortlich.

Der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil von 50% der Gesamtausgaben ist als Einnahme bei Tit. 232 61 (TG 61) veranschlagt.

427 61 (TG 61)	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,0	1,0
--------------------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Entgelte für vorübergehend zu beschäftigende Ortskräfte als Vertretungs- und Aushilfskräfte.

428 61 (TG 61)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	260,0 254,8	265,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte für fünf Ortskräfte (4 Verwaltungskräfte, 1 Hausmeister) einschließlich aller nach belgischem Recht zu zahlenden Abgaben. Die Entgelte für das aus Schleswig-Holstein entsandte Personal sind im Kapitel 0901 veranschlagt.

Mehr wegen Erhöhung von Lohn- und Gehaltsteigerungen (sog. "Indexerhöhung").

443 61 (TG 61)	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	2,9 2,1	2,9
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für eine nach belgischem Recht vorzuhaltende Unfallversicherung für die Ortskräfte.

511 61 (TG 61)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	67,0 76,2	67,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind der Geschäftsbedarf (Arbeitsmittel, Bücher, Zeitungen u.ä.) sowie die Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen einschl. Telekommunikation.

517 61 (TG 61)	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (ohne GMSH)	78,0 66,1	78,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 517 61

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Bewirtschaftung der für das Hanse-Office in Brüssel angemieteten Diensträume in den Gebäuden Avenue Palmerston 20 und 24, vgl. auch Tit. 518 61 (TG 61).

Veranschlagt sind:

		2019
		T€
1.	Heizung	0,0
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf	20,0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	50,0
4.	Alarmanlage	3,0
5.	Gebäudeversicherungen	4,3
6.	Sonstiges	0,7
Summe		78,0

518 61 (TG 61)	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	255,3	260,3
			258,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Miete für die Diensträume des Hanse-Office in Brüssel in den Gebäuden Avenue Palmerston 20 und 24, 1000 Brüssel, vgl. hierzu auch Tit.124 61 (TG 61) und die Miete für die zum Dienstbetrieb erforderlichen Geräte (u.a. Kopiergerät).

Veranschlagt für folgende Grundstücke, Gebäude und Räume:

	Nutzung	Dienststelle	Nutzfläche
1.	Büro- und Veranstaltungsräumlichkeiten	Hanse-Office, Avenue Palmerston 20	748 qm
2.	Büroräume	Hanse-Office, Avenue Palmerston 24 davon 260 qm untervermietet	340 qm
			1.088 qm

Mehr insbesondere wegen der Erhöhung der Grundsteuer für beide Gebäude.

519 61 (TG 61)	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5,2	5,2
			14,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die laufende Unterhaltung der für das Hanse-Office in Brüssel angemieteten Gebäude in der Avenue Palmerston 20 und 24.

525 61 (TG 61)	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	1,0	1,0
--------------------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Mitarbeiter/-innen des Hanse-Office einschl. Reisekosten, wenn diese im Zusammenhang mit einer Fortbildung stehen.

526 61 (TG 61)	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä., Gerichts- und ähnliche Kosten, ärztliche Untersuchungen, Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,6	0,6
--------------------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Rechts- und Beratungskosten sowie die Kosten für ärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hanse-Office.

527 61 (TG 61)	011	Dienstreisen	15,0	15,0
			12,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekosten für Dienstreisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hanse-Office.

529 61 (TG 61)	011	Verfügungsmittel für Repräsentationszwecke	3,9	3,9
			2,0	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

noch zu 529 61

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

533 61 (TG 61)	011	Kosten für arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	0,6 0,4	0,6
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung und den sicherheitstechnischen Arbeitsschutz der Ortskräfte.

535 61 (TG 61)	011	Kosten für Veranstaltungen und Informationen	55,0 53,8	55,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Veranstaltungen, Workshops, Ausstellungen u.ä. Veranstaltungen des Hanse-Office.

546 61 (TG 61)	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0 0,4	1,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

812 61 (TG 61)	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0	0,0
--------------------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für die Beschaffung von beweglichen Sachen mit einem Anschaffungswert im Einzelfall von über 5.000 €

919 61 (TG 61)	851	Zuführung an die Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0	0,0
--------------------------	-----	---	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 (TG 61) sowie bis zur Höhe der nicht für zusätzliche Ausgaben verwendeten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 61	746,5 741,3	756,5
---------------------------------	-----------------------	--------------

Summe der Ausgaben	1.510,6 1.300,4	1.525,6
---------------------------	---------------------------	----------------

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	75,2 75,7	75,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	456,3 461,9	461,3
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			531,5 537,6	536,5
41 - 49		Personalausgaben	263,9 256,9	268,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	674,1 592,6	669,1
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	564,1 450,9	579,1
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	8,5 0,0	8,5
Gesamtausgaben			1.510,6 1.300,4	1.525,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-979,1 -762,8	-989,1

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2018	Soll 2019
			Ist 2017	
			T€	

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2019

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
09 01	Ministerium	2019		13,2	255,3			268,5
		2018		10,2	255,3			265,5
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2019		152.973,8				152.973,8
		2018		149.882,0				149.882,0
09 03	Justizvollzugsanstalten	2019		1.725,0				1.725,0
		2018		1.635,0	30,0			1.665,0
09 04	Gerichte der Verwaltungs- gerichtsbarkeit	2019		1.203,0				1.203,0
		2018		1.203,0				1.203,0
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbar- keit	2019		1.602,0				1.602,0
		2018		1.402,0				1.402,0
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2019		350,0				350,0
		2018		350,0				350,0
09 08	Staatsanwaltschaften	2019		15.555,0	75,0			15.630,0
		2018		14.555,0	75,0			14.630,0
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichts- barkeit	2019		1.000,5				1.000,5
		2018		1.000,5				1.000,5
09 11	Europaangelegenheiten	2019		75,2	461,3			536,5
		2018		75,2	456,3			531,5
	Summe Haushalt	2019		174.497,7	791,6			175.289,3
	Summe Haushalt	2018		170.112,9	816,6			170.929,5
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	+4.384,8	-25,0	0,0	0,0	+4.359,8

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
48.095,1	1.428,4		4.182,6		375,0		54.081,1	2019	09 01
47.595,8	1.248,4		3.731,6		565,0		53.140,8	2018	
135.966,7	123.302,6		10.817,8		754,0		270.841,1	2019	09 02
134.257,5	113.453,1		10.507,8		754,0		258.972,4	2018	
39.852,8	12.748,0		6.841,5		1.165,0		60.607,3	2019	09 03
38.867,5	12.578,0		6.841,5		757,0		59.044,0	2018	
7.614,3	1.140,0				30,0		8.784,3	2019	09 04
7.042,1	693,0				30,0		7.765,1	2018	
8.858,7	5.048,5				50,0		13.957,2	2019	09 05
8.801,0	4.983,1				10,0		13.794,1	2018	
1.632,0	107,5		80,0		10,0		1.829,5	2019	09 06
1.632,0	110,5		80,0		10,0		1.832,5	2018	
31.369,1	9.500,4		114,0		175,0		41.158,5	2019	09 08
30.673,4	7.115,4		114,0		175,0		38.077,8	2018	
4.505,5	2.871,0		0,3		30,0		7.406,8	2019	09 09
4.505,5	2.868,0		0,3		10,0		7.383,8	2018	
268,9	669,1		579,1			8,5	1.525,6	2019	09 11
263,9	674,1		564,1			8,5	1.510,6	2018	
278.163,1	156.815,5		22.615,3		2.589,0	8,5	460.191,4	2019	
273.638,7	143.723,6		21.839,3		2.311,0	8,5	441.521,1	2018	
+4.524,4	+13.091,9	0,0	+776,0	0,0	+278,0	0,0	+18.670,3		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2019

-284.902,1

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2018

-270.591,6

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2019

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
09 01	Ministerium							
01	Gesundheitlicher Verbraucher- schutz	2019		1,7				1,7
		2018		0,7				0,7
02	Wirtschaftlicher und techni- scher Verbraucherschutz	2019		0,0	0,0			0,0
		2018		0,0	0,0			0,0
03	Förderung der Gleichstellung	2019		2,5				2,5
		2018		0,5				0,5
09 11	Europaangelegenheiten							
61	Hanse-Office in Brüssel	2019		75,2	341,8		0,0	417,0
		2018		75,2	336,8		0,0	412,0
	Summe Haushalt	2019		79,4	341,8		0,0	421,2
	Summe Haushalt	2018		76,4	336,8		0,0	413,2

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2019

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€-									
09 01	Ministerium								
01	Gesundheitlicher Verbraucherschutz								
	2019		72,7		10,6				83,3
	2018		91,7		10,6				102,3
02	Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz								
	2019		56,3		1.235,0				1.291,3
	2018		56,3		1.125,0				1.181,3
03	Förderung der Gleichstellung								
	2019		521,0		2.937,0		300,0		3.758,0
	2018		534,0		2.596,0		500,0		3.630,0
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit								
01	Straffälligenhilfe und Opferschutz								
	2019		45,0		2.355,0				2.400,0
	2018		55,0		2.095,0				2.150,0
06	Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem								
	2019		22,8						22,8
	2018		22,8						22,8
09 03	Justizvollzugsanstalten								
01	Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen								
	2019		1.605,0		5.445,0		270,0	0,0	7.320,0
	2018		1.605,0		5.445,0		255,0	0,0	7.305,0
02	Versorgung und Behandlung von Gefangenen								
	2019		9.025,0		441,5		720,0	0,0	10.186,5
	2018		8.945,0		441,5		397,0	0,0	9.783,5
09 11	Europaangelegenheiten								
61	Hanse-Office in Brüssel								
	2019	268,9	487,6				0,0	0,0	756,5
	2018	263,9	482,6				0,0	0,0	746,5
Summe	2019	268,9	11.835,4		12.424,1		1.290,0	0,0	25.818,4
Summe	2018	263,9	11.792,4		11.713,1		1.152,0	0,0	24.921,4

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kapitel 09 01 Ministerium	102
Kapitel 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	107
Kapitel 09 03 Justizvollzugsanstalten	118
Kapitel 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	123
Kapitel 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	129
Kapitel 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	133
Kapitel 09 08 Staatsanwaltschaften	134
Kapitel 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	138
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	140
Hebungen	142
Umwandlungen	143
Umsetzungen	144
kw-Vermerke	145
Neue Stellen	151
Einsparungen	155

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
B9	Staatssekretäre/-innen	1	1
B5	Ministerialdirigenten/-innen	5	5 ³⁾
B2	Ministerialräte/-innen	5	5
AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
A16	Ministerialräte/-innen	18	19
A15	Regierungsdirektoren/-innen	19	23
A14	Oberregierungsräte/-innen	8	11
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	6	6
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	16	16 ²⁾
A12	Amtsräte/-innen	24	29
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	10	10
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	3	4
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	18	27 ¹⁾
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	6	3
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	1	1
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	1	1
Summe :		141	161

- 1) 3 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet. (1 Amtszulage nach 0701-422 01 übertragen; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)
- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f und 19 b LBModG).
- 3) 1 Planstelle ist für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Staatssekretärin oder zum stellvertretenden Staatssekretär mit einer widerruflichen Zulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.Gruppe B 5 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A16	am 31.12.2021	Wegfall der für die Geschäftsführung der IMAG EU-Fonds im Zusammenhang mit der Einwerbung von EU-Fördermitteln und Koordinierung der EU-Finanzperiode 2021 - 2027 ausgebrachten Planstelle	(aus HH 2019)
1 Stelle	A16		mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle-	(aus HH 2015)
1 Stelle	A14	am 31.12.2022	Wegfall zum Ende der Projektlaufzeit des Länderverbundprojektes "Neues Textsystem" für das Fachverfahren "forumStar"	(aus HH 2019)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1, Planstellen der BesGr. A 15 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 2 besetzt werden. (aus HH 1992)

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostsee Progr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordsee Progr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes.Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten ohne Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordsee Programm erstattet werden. (aus HH 2015)

1 Stelle	A8		darf nur mit 75 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (25 % dürfen bei 0701-422 01 in Anspruch genommen werden) (aufgrund Änderung der Geschäftsverteilung im Jahr 2017)	(aus HH 2018)
----------	----	--	--	---------------

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A16	1										+1	Ausbringung von einer Planstelle der BesGr. A16 -Ministerialräte/-innen (für die Geschäftsführung der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) EU-Fonds)
2	A15					4						+4	von 09 01 - 428 01; Umwandlung von 3 Stellen der Entgeltgruppe E14 in 4 Planstellen der BesGr. A15 -Regierungsdirektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, Umsetzung Beförderungspaket)
3	A14	2										+3	Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A14 -Oberregierungsräte/-innen- (für die zentrale Verfahrenspflegestelle zur Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz) - i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-
4		1											Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. A14 -Oberregierungsräte/-innen- (zur befristeten Mitarbeit im länderübergreifenden Verbundprojekt "Neues Textsystem" für das Fachverfahren "forumStar") -künftig wegfallend am 31.12.2022-
5	A12	2										+5	Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A12 -Amträte/-innen- (im Zusammenhang mit der Einrichtung der Gemeinsamen IT-Stelle Justiz (GemIT) aufgrund des IT-Justizgesetzes, für die Verfahrenskordinierung der Verfahrenspflegestelle SoPart)
6		2											Ausbringung von 2 neuen Planstellen der Bes.Gr. A12 -Amträte/-innen- wegen Übernahme neuer Aufgaben im Zusammenhang mit der Zusammenführung der Marktüberwachungsaufgaben des technischen Verbraucherschutzes im MJEVG (Kompensation des Stellenaufwuchses durch Einsparung von 2 Stellen für Anw. LG 2.2 - Referendare/-innen- bei Tit. 0902 - 428 04)
7				1									von 09 02 - 422 01; Umsetzung einer Planstelle der BesGr. A12 -Justizamträte/-innen- von Tit. 09 02 - 422 01 nach Tit. 09 01 - 422 01 -BesGr. A12 / Amträte/-innen- (für die in der zentralen Verfahrenspflegestelle zur Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz zentral wahrgenommenen Aufgaben im Bereich Ablauforganisation und Schulungen)
8	A10						1					+1	von 09 01 - 428 01; Umwandlung von 1 Stelle der Entgeltgruppe E9 (sog. kleine E9) in eine Planstelle der BesGr. A10 -Regierungsoberspektoren/-innen- (zur Nachbesetzung einer Stelle im Bereich "Schnellwarnung Lebensmittelüberwachung" und Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf -Zuordnung zur LG 2.1-)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
9	A9 LG 1.2	3										+9	Ausbringung von 3 neuen Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (für die zentrale Verfahrenspflegestelle zur Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz) - i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-
10		2											Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (im Zusammenhang mit der Einrichtung der Gemeinsamen IT-Stelle Justiz (GemIT) aufgrund des IT-Justizgesetzes, für die Verfahrensbetreuung in der Verfahrenspflegestelle FOLIA)
11		1											Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (im Zusammenhang mit der Einrichtung der Gemeinsamen IT-Stelle Justiz (GemIT) aufgrund des IT-Justizgesetzes, zur Wahrnehmung der Aufgabe "Systemtechnik")
12								3					von A8; Hebung von 3 Planstellen der BesGr. A8 -Regierungshauptsekretäre/-innen- nach BesGr. A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (für die zentrale Verfahrenspflegestelle zur Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz, Umsetzung Beförderungspaket)
13	A8									3			-3 nach A9 LG 1.2; Hebung von 3 Planstellen der BesGr. A8 -Regierungshauptsekretäre/-innen- nach BesGr. A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (für die zentrale Verfahrenspflegestelle zur Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz, Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:		14		1		5		3	3			+20	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle A16 am 31.12.2021 Wegfall der für die Geschäftsführung der IMAG EU-Fonds im Zusammenhang mit der Einwerbung von EU-Fördermitteln und Koordination der EU-Finanzperiode 2021 - 2027 ausgebrachten Planstelle (aus HH 2019)
- 1 Stelle A14 am 31.12.2022 Wegfall zum Ende der Projektlaufzeit des Länderverbundprojektes "Neues Textsystem" für das Fachverfahren "forumStar" (aus HH 2019)

geänderte Vermerke

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1, Planstellen der BesGr. A 15 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 2 besetzt werden. (aus HH 1992)

Stellenanzahl
2018 2019

428 01

Entgeltgruppe

AT B2	1	1
E15 Ü	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E15	9	9
E14	5	1
E13	2	2
E12	10	10
E11	14	14
E10	4	4
E9	11	10
E8	9	9
E6	5	5
Auszubild.	0	3
Summe :	71	69

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E12 mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle- (aus HH 2015)

Vermerke:

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostsee Progr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordsee Progr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes.Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten ohne Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordseeprogramm erstattet werden. (aus HH 2015)

1 Stelle E12 (INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle) darf mit bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden. Darüber hinaus darf die Stelle bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit mit einer/einem Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe E8 besetzt werden. (aus HH 2015)

3 Stellen E9 (Vorjahr: 4) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (HH 2019: Umwandlung von 1 Stelle der Entgeltgruppe E9 -sog. "kleine E9" in eine Planstelle der BesGr. A10 -Regierungsüberinspektoren/-innen- aufgrund Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf im Bereich "Schnellwarnung Lebensmittelüberwachung") (aus HH 2013)

1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2003)

1 Stelle E6 darf nur mit 35% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (aus HH 2006)

1 Stelle E6 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei Tit. 1301-428 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E14						4					-4	nach 09 01 - 422 01; Umwandlung von 3 Stellen der Entgeltgruppe E14 in 4 Planstellen der BesGr. A15 -Regierungsdirektoren/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, Umsetzung Beförderungspaket)
2	E9						1					-1	nach 09 01 - 422 01; Umwandlung von 1 Stelle der Entgeltgruppe E9 (sog. kleine E9) in eine Planstelle der BesGr. A10 - Regierungsoberinspektoren/-innen- (zur Nachbesetzung einer Stelle im Bereich "Schnellwarnung Lebensmittelüberwachung" und Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf -Zuordnung zur LG 2.1-)
3	Auszubild.	3										+3	Ausbringung von 3 neuen Stellen für Auszubildende (Einführung eines digitalen Studienganges zur Gewinnung von Nachwuchskräften im IT-Bereich der Justiz)
Summe:		3					5					-2	

geänderte Vermerke

Vermerke:

3 Stellen E9

(Vorjahr: 4) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6).

(HH 2019: Umwandlung von 1 Stelle der Entgeltgruppe E9 -sog. "kleine E9" in eine Planstelle der BesGr. A10 -Regierungsoberinspektoren/-innen- aufgrund Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf im Bereich "Schnellwarnung Lebensmittelüberwachung")

(aus HH 2013)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

NACHWUCHSKRÄFTE IN DER JUSTIZ

Zur Erreichung einer bedarfsorientierten Steuerung der Ausbildungskapazitäten in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten gilt für die Bewirtschaftung der in den Kap. 0902 und 0903 ausgebrachten Stellen für Anwärter/-innen und Auszubildende folgende Regelung:

Abweichungen von den in den Stellenplänen/-übersichten bei den Titeln 0902 - 428 03, 0902 - 422 03 sowie 0903 - 422 03 jeweils ausgewiesenen Stellen der jeweiligen Laufbahngruppe sind zulässig, sofern die Zahl der insgesamt bei diesen Titeln zur Verfügung stehenden Stellen nicht überschritten wird.

ELEKTRONISCHER RECHTSVERKEHR / ELEKTRONISCHE AKTE

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz besteht ein zusätzlicher Personalbedarf. Dafür war zunächst in den Jahren ab 2015 eine Ausweitung der Ausbildungskapazitäten erforderlich. Die Schaffung zusätzlicher Planstellen erfolgt sukzessive ab dem Jahr 2016.

Im Kap. 0902 sind bei Tit. 422 01 zentral für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften folgende Planstellen für eine Nutzung ausschließlich im Zusammenhang mit Personalbedarfen durch die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte ausgebracht:

- 1 Planstelle der Bes.Gruppe A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen-
- 6 Planstellen der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen-
- 21 Planstellen der Bes.Gruppe A8 -Justizhauptsekretäre/-innen-

Darüber hinaus stehen die auf Grundlage der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung nach § 14 Abs. 19 HG 2019 in Planstellen der LG 2.1 und 1.2 sowie in Stellen für Tarifbeschäftigte im Haushaltsvollzug umgewandelten Anwärter/-innen-Stellen und Auszubildenden-Stellen (bis zu 15) ebenfalls zentral für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften zur Verfügung.

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
	Bedarf an Beamtinnen und Beamten		
	FESTE GEHÄLTER		
	<i>Bes.Gruppe</i>		
R8	Präsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1
R5	Präsident/-in des Landgerichts	3	3
R4	Präsident/-in des Landgerichts	1	1
R4	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1
R3	Präsident/-in des Amtsgerichts	2	2
R3	Vizepräsident/-in des Landgerichts	3	3
R3	Vorsitzender Richter/-in am Oberlandesgericht	16	16
	AUFSTIEGENDE GEHÄLTER		
	<i>Bes.Gruppe</i>		
R2	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts	2	2 ²⁾
R2	Vizepräsident/-in des Landgerichts	1	1 ³⁾
R2	Vorsitzende Richter/-innen am Landgericht	60	60
R2	Direktoren/-innen des Amtsgerichts	20	20 ¹⁾
R2	Richter/-innen am Amtsgericht	39	39
R2	Richter/-in am Oberlandesgericht	38	38
R1	Direktoren/-innen des Amtsgerichts	1	1 ⁴⁾
R1	Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht	355	355
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1
A14	Oberregierungsräte/-innen	6	6
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	28	38 ⁷⁾
A12	Justizamtsräte/-innen	125	114
A12	Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	15	15
A11	Sozialamt männer/-frauen	20	20
A11	Justizamt frauen/-männer	161	161
A10	Justizoberinspektoren/-innen	93	93
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	37	37
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	45	45
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	180	191 ⁵⁾
A9 LG 1.2	Obergerichtsvollzieher/-innen	107	107 ⁶⁾
A8	Gerichtsvollzieher/-innen	48	48
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	161	160

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A7	Justizobersekretäre/-innen	161	151
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	165	165 ⁸⁾
Summe :		1.896	1.895

- 1) 18 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 4 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet.
- 5) 54 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 6) 32 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 7) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 14 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 8) 35 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

Planstellen künftig wegfallend:

- | | | | |
|----------|------------|--|---------------|
| 1 Stelle | A13 LG 2.1 | gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder | (aus HH 2017) |
|----------|------------|--|---------------|

Vermerke:

- | | | | |
|----------|-----------|--|---------------|
| | | Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 11 besetzt werden. | (aus HH 1979) |
| | | 5 Richter/-innen am Oberlandesgericht -Bes.Gruppe R2- werden als Professoren/-innen auf Planstellen der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. | (aus HH 1998) |
| 1 Stelle | A9 LG 2.1 | darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden | (aus HH 2001) |
| 1 Stelle | A7 | darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden | (aus HH 2001) |

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.1							10				+10	von A12; Hebung von 10 Planstellen der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen nach BesGr. A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (zur Personalentwicklung im Rechtspflegedienst in den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Umsetzung Beförderungspaket)
2	A12				1							-11	nach 09 01 - 422 01; Umsetzung einer Planstelle der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen- von Tit. 09 02 - 422 01 nach Tit. 09 01 - 422 01 -BesGr. A12 / Amtsräte/-innen- (für die in der zentralen Verfahrenspflegestelle zur Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz zentral wahrgenommenen Aufgaben im Bereich Ablauforganisation und Schulungen)
3									10				nach A13 LG 2.1; Hebung von 10 Planstellen der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen nach BesGr. A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (zur Personalentwicklung im Rechtspflegedienst in den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Umsetzung Beförderungspaket)
4	A9 LG 1.2							4				+11	von A8; Hebungen von 4 Planstellen der BesGr. A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- nach BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (für die beim schl.-holst. OLG für das Fachverfahren "forumStar" angesiedelte Verfahrenspflegestelle, Umsetzung Beförderungspaket)
5								7					von A8; Hebung von 7 Planstellen der BesGr. A7 -Justizobersekretäre/-innen- nach BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen; Abbildung der Hebung über die BesGr. A8 gem. HRL Ziff. 22.7 (zur Personalentwicklung im Bereich der Serviceeinheiten in den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Umsetzung Beförderungspaket)
6	A8							1				-1	von A7; Hebung einer Planstelle der BesGr. A7 -Justizobersekretäre/-innen- nach BesGr. A8 -Justizhauptsekretäre/-innen (für die beim schl.-holst. OLG angesiedelte Stelle einer Sicherheitsberaterin / eines Sicherheitsberaters für die Justiz, Umsetzung Beförderungspaket)
7								2					von A7; Hebungen von 2 Planstellen der BesGr. A7 -Justizobersekretäre/-innen- nach BesGr. A8 -Justizhauptsekretäre/-innen (für die beim schl.-holst. OLG für das Fachverfahren "forumStar" angesiedelte Verfahrenspflegestelle, Umsetzung Beförderungspaket)
8								7					von A7; Hebung von 7 Planstellen der BesGr. A7 -Justizobersekretäre/-innen- nach BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen; Abbildung der Hebung über die BesGr. A8 gem. HRL Ziff. 22.7 (zur Personalentwicklung im Bereich der Serviceeinheiten in den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Umsetzung Beförderungspaket)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
9									4				nach A9 LG 1.2; Hebungen von 4 Planstellen der BesGr. A8 -Justizhauptsekretäre/-innen-nach BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (für die beim schl.-holst. OLG für das Fachverfahren "forumStar" angesiedelte Verfassungspflegestelle, Umsetzung Beförderungspaket)
10									7				nach A9 LG 1.2; Hebung von 7 Planstellen der BesGr. A7 -Justizobersekretäre/-innen-nach BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen; Abbildung der Hebung über die BesGr. A8 gem. HRL Ziff. 22.7 (zur Personalentwicklung im Bereich der Serviceeinheiten in den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Umsetzung Beförderungspaket)
11	A7									1		-10	nach A8; Hebung einer Planstelle der BesGr. A7 -Justizobersekretäre/-innen- nach BesGr. A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (für die beim schl.-holst. OLG angesiedelte Stelle einer Sicherheitsberaterin / eines Sicherheitsberaters für die Justiz, Umsetzung Beförderungspaket)
12										2			nach A8; Hebungen von 2 Planstellen der BesGr. A7 -Justizobersekretäre/-innen- nach BesGr. A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (für die beim schl.-holst. OLG für das Fachverfahren "forumStar" angesiedelte Verfassungspflegestelle, Umsetzung Beförderungspaket)
13										7			nach A8; Hebung von 7 Planstellen der BesGr. A7 -Justizobersekretäre/-innen- nach BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen; Abbildung der Hebung über die BesGr. A8 gem. HRL Ziff. 22.7 (zur Personalentwicklung im Bereich der Serviceeinheiten in den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:					1			31	31			-1	

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

6 Stellen	R1	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge	(aus HH 2016)
3 Stellen	R1	am 31.12.2019	Einsparung - soweit zur Stärkung der Justiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)
1 Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	im Zusammenhang mit der Übertragung einer ursprünglich flüchtlingsbedingt im Kap. 0904 - Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit / Asylverfahren - ausgebrachten Stelle.	(aus HH 2018)
3 Stellen	A11	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge	(aus HH 2016)
10 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2019	Einsparung - soweit zur Stärkung der Justiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Stellenanzahl
2018 2019

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG 2.1	Rechtspflegeranwärter/-innen	90	105
Anw. LG 1.2	Justizobersekretäranwärter/-innen	80	100
Anw. LG 1.2	Gerichtsvollzieheranwärter/-innen	6	6
Anw. LG 1.1	Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen	6	6
Summe :		182	217

Planstellen künftig wegfallend:

- 15 Stellen Anw. LG 2.1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)
- 20 Stellen Anw. LG 1.2 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1	15										+15	Ausbringung von 15 neuen Stellen für Anw. LG 2.1 -Rechtspflegeranwärter/-innen- (Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes zur Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung im Rechtspflegerdienst der Gerichte und Staatsanwaltschaften, Ausbildungsoffensive der Landesregierung)
2	Anw. LG 1.2	20										+20	Ausbringung von 20 neuen Stellen für Anw. LG 1.2 -Justizobersekretäranwärter/-innen- (Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes zur Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung in den Serviceeinheiten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, Ausbildungsoffensive der Landesregierung)
Summe:		35										+35	

Stellenanzahl
2018 2019

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant	2	2
Summe :	2	2

Stellenanzahl
2018 2019

428 01

Entgeltgruppe

E11	8	10
-----	---	-----------

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E10	4	10
E9	195	197
E8	275	275
E6	196	189
E4	38	35
E3	1	1
E2	4	4
Cheffahrer	1	1
PKW-Fahrer	4	4
Summe :	726	726

Stellen künftig wegfallend:

10 Stellen	E4	am 31.12.2025	Einsparung der aus dem Nachtragshaushalt 2016 als Planstellen der Bes.Gruppe A 6 LG 1.1 im Zusammenhang mit den Großprozessen ausgebrachten Stellen zum genannten Zeitpunkt möglich, soweit in den Justizwachtmeistereien nicht mehr benötigt. Künftig wegfallend als Stelle der Entgeltgruppe E 4 aus Gründen der Personalbewirtschaftung (Verbeamtung der zunächst als Justizhelfer/-innen (Tarifbeschäftigte) erprobten Mitarbeiter/-innen).	(aus HH 2018)
------------	----	---------------	--	---------------

Vermerke:

1 Stelle	E10		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
170 Stellen	E9		(Vorjahr: 169 Stellen) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). HH 2019: vgl. Veränderung Stellenübersicht, Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 nach E10 bzw. von 2 Stellen der Entgeltgruppe E8 nach E9 (jeweils für die Verfassungspflegestelle "forumStar")	(aus HH 2013)
4 Stellen	E8		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
3 Stellen	E6		dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
3 Stellen	E6		dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E4		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E4		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E4		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	E3		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
2 Stellen	E2		dürfen nur zu 85% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden	(aus HH 2007/2008)
2 Stellen	E2		dürfen nur zu 65% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden.	(aus HH 2007/2008)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E11	1										+2	Ausbringung einer neuen Stelle der Entgeltgruppe E11 (für die beim schl.-holst. OLG angesiedelte Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - zur Wahrnehmung der neuen technischen Aufgabe einer Betriebskoordinatorin / eines Betriebskoordinators)
2								1					von E6; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E11 (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle für eine Fachinformatikerin / einen Fachinformatiker in der überörtlichen IT-Stelle des Landgerichts Flensburg, Umsetzung Beförderungspaket)
3	E10	2										+6	Ausbringung von 2 neuen Stellen der Entgeltgruppe E10 ((für die beim schl.-holst. OLG angesiedelte Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - zur Wahrnehmung neuer Aufgaben im Bereich des technischen Betriebs)
4								1					von E9; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 -sog. "kleine E9", vgl. Freivermerk- nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle in der Fachkoordination der beim schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar", Umsetzung Beförderungspaket)
5								1					von E8; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E8 nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle in der Fachkoordination der beim schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar", Umsetzung Beförderungspaket)
6								2					von E6; Hebung von 2 Stellen der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung von 2 Stellen (Tarifgerechte Bewertung von 2 Stellen in der bei dem schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - Textprogrammierer/-innen-, Umsetzung Beförderungspaket)
7	E9							2				+2	von E8; Hebung von 2 Stellen der Entgeltgruppe E8 nach Entgeltgruppe E9 -sog. "kleine E9", vgl. Freivermerk- (Tarifgerechte Bewertung von 2 Stellen in der bei dem schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - Team Basis-, Umsetzung Beförderungspaket)
8								1					von E8; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E8 nach Entgeltgruppe E9 (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle für eine Administratorin / einen Administrator in der überörtlichen IT-Stelle des Landgerichts Kiel, Umsetzung Beförderungspaket)
9									1				nach E10; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 -sog. "kleine E9", vgl. Freivermerk- nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle in der Fachkoordination der beim schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar", Umsetzung Beförderungspaket)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
10	E8							1				0	von E6; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E8 (Tarifgerechte Bewertung von 2 Stellen (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle in der bei dem schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - Support/Anwenderunterstützung-, Umsetzung Beförderungspaket)
11								3					von E6; Hebung von 3 Stellen der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E8 (Reorganisation von 3 Arbeitsplätzen in der Verwaltung des des schl.-holst. OLG aufgrund durchgeführter Arbeitsplatzuntersuchungen -Referendarabteilung/Justizprüfungsamt/Verwaltungsgeschäftsstelle-, Umsetzung Beförderungspaket)
12											2		nach E9; Hebung von 2 Stellen der Entgeltgruppe E8 nach Entgeltgruppe E9 -sog. "kleine E9", vgl. Freivermerk- (Tarifgerechte Bewertung von 2 Stellen in der bei dem schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - Team Basis-, Umsetzung Beförderungspaket)
13											1		nach E10; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E8 nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle in der Fachkoordination der beim schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar", Umsetzung Beförderungspaket)
14											1		nach E9; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E8 nach Entgeltgruppe E9 (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle für eine Administratorin / einen Administrator in der überörtlichen IT-Stelle des Landgerichts Kiel, Umsetzung Beförderungspaket)
15	E6										1	-7	nach E11; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E11 (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle für eine Fachinformatikerin / einen Fachinformatiker in der überörtlichen IT-Stelle des Landgerichts Flensburg, Umsetzung Beförderungspaket)
16											2		nach E10; Hebung von 2 Stellen der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung von 2 Stellen (Tarifgerechte Bewertung von 2 Stellen in der bei dem schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - Textprogrammierer/-innen-, Umsetzung Beförderungspaket)
17											1		nach E8; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E8 (Tarifgerechte Bewertung von 2 Stellen (Tarifgerechte Bewertung einer Stelle in der bei dem schl.-holst. OLG angesiedelten Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - Support/Anwenderunterstützung-, Umsetzung Beförderungspaket)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
18									3				nach E8; Hebung von 3 Stellen der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E8 (Reorganisation von 3 Arbeitsplätzen in der Verwaltung des des schl.-holst. OLG aufgrund durchgeführter Arbeitsplatzuntersuchungen -Referendarabteilung/Justizprüfungsamt/Verwaltungsgeschäftsstelle-, Umsetzung Beförderungspaket)
19	E4		3									-3	Einsparung von 3 Stellen der Entgeltgruppe E4 zur Realisierung der Einsparvorgaben zum Stellenabbaupfad (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 -Gesamthaushalt-)
Summe:		3	3					12	12			0	

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

10 Stellen E4 am 31.12.2025 Einsparung der aus dem Nachtragshaushalt 2016 als Planstellen der Bes.Gruppe A 6 LG 1.1 im Zusammenhang mit den Großprozessen ausgebrachten Stellen zum genannten Zeitpunkt möglich, soweit in den Justizwachtmeistereien nicht mehr benötigt. Künftig wegfallend als Stelle der Entgeltgruppe E 4 aus Gründen der Personalbewirtschaftung (Verbeamtung der zunächst als Justizhelfer/-innen (Tarifbeschäftigte) erprobten Mitarbeiter/-innen). (aus HH 2018)

Vermerke:

170 Stellen E9 (Vorjahr: 169 Stellen) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). HH 2019: vgl. Veränderung Stellenübersicht, Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 nach E10 bzw. von 2 Stellen der Entgeltgruppe E8 nach E9 (jeweils für die Verfahrenspflegestelle "forumStar") (aus HH 2013)

weggefallene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

14 Stellen E9 am 31.12.2019 Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (aus HH 2016)

428 03

Bedarf an Auszubildenden

Entgeltgruppe

Auszub.

Summe :

Stellenanzahl
2018 2019

60 60

60 60

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

				Stellenanzahl	
				2018	2019
428 04					
	<i>Bes. Gruppe</i>				
	Anw. LG 2.2	Referendare/-innen		662	651
	Summe :			662	651

Planstellen künftig wegfallend:

13 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.01.2019	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	(aus HH 2016)
11 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.01.2020	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	(aus HH 2017)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.2	20										-11	Ausbringung von 20 Stellen für Anw. LG 2.2 - Referendare/-innen- zur Sicherstellung ausreichender Kapazitäten bei der Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst und Vermeidung unangemessener Wartezeiten.
2			2										Vollzug kw-Vermerk; Realisierung von 2 kw-Vermerken "kw am 01.01.2018", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
3			4										Vollzug kw-Vermerk; Realisierung von 4 kw-Vermerken "kw am 01.06.2018", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Nachvollziehung der im HH 2018 realisierten Einsparvorgaben-
4			5										Vollzug kw-Vermerk; Realisierung von 5 kw-Vermerken "kw am 01.08.2018", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Nachvollziehung der im HH 2018 realisierten Einsparvorgaben-
5			9										Vollzug kw-Vermerk; Realisierung von 9 kw-Vermerken "kw am 01.10.2018", -Nachvollziehung der im HH 2018 erfolgten Einsparung i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-
6			9										Vollzug kw-Vermerk; Realisierung von 9 kw-Vermerken "kw am 01.12.2018", -Nachvollziehung der im HH 2018 erfolgten Einsparung i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-
7			2										Einsparung von 2 Stellen für Anw. LG 2.2 - Referendare/-innen- zur Kompensation des Stellenaufwuchses bei Tit. 0901 - 422 01; Ausbringung von 2 neuen Planstellen der Bes.Gr. A12 - Amtsräte/-innen- wegen Übernahme neuer Aufgaben im Zusammenhang mit der Zusammenführung der Marktüberwachungsaufgaben des technischen Verbraucherschutzes im MJEVG
Summe:		20	31									-11	

weggefallene Vermerke:

Planstellen gesperrt:

6 Stellen Anw. LG 2.2 dürfen ab dem 01.06.2017 nicht besetzt werden (Deckung für § 8 Abs. 12 HG 2017).

(aus HH 2018)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

NACHWUCHSKRÄFTE IN DER JUSTIZ

Zur Erreichung einer bedarfsorientierten Steuerung der Ausbildungskapazitäten in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten gilt für die Bewirtschaftung der in den Kap. 0902 und 0903 ausgebrachten Stellen für Anwärter/-innen und Auszubildende folgende Regelung:

Abweichungen von den in den Stellenplänen/-übersichten bei den Titeln 0902 - 428 03, 0902 - 422 03 sowie 0903 - 422 03 jeweils ausgewiesenen Stellen der jeweiligen Laufbahngruppe sind zulässig, sofern die Zahl der insgesamt bei diesen Titeln zur Verfügung stehenden Stellen nicht überschritten wird.

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A16	Leitende Regierungsdirektoren/-innen	3	3 ³⁾
A15	Regierungsdirektoren/-innen	4	4
A15	Regierungsmedizinaldirektoren/-innen	3	3
A14	Oberregierungsräte/-innen	13	13
A14	Leiter/-in Frauenvollzug	1	1
A14 LG 2.1	Rektoren/-innen im Justizvollzugsdienst	1	1
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	9	9
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	9	11 ⁴⁾
A13 LG 2.1	Lehrkraft im Justizvollzugsdienst	8	8
A12	Justizamtsräte/-innen	31	31
A11	Sozialamt männer/-frauen	10	19
A11	Justizamtsfrauen/-männer	20	25
A10	Justizoberinspektoren/-innen	5	0
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	9	0
A9 LG 2.1	Verwaltungsinspektoren/-innen	1	1
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	285	288 ¹⁾
A9 LG 1.2	Justizbetriebsinspektoren/-innen	12	12 ²⁾
A8	Hauptwerkmeister/-innen	11	11
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	435	435
Summe :		870	875

- 1) 84 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 2) 5 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 3) 2 Stellen der BesGr. A 16 ist mit einer Amtszulage gem. Vorbermerkung Nr. 5 zur SHBesO A und B ausgestattet.
- 4) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 (neu) zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A12	am 31.12.2023	Wegfall einer im Zusammenhang mit der Ausbildung von Nachwuchskräften für den Betrieb der Abschiebebehafteinrichtung in Glückstadt vorgehaltenen Planstelle für eine Lehrkraft.	(aus HH 2019)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren - gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2016	(aus HH 2017)
1 Stelle	A9 LG 1.2		gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A9 LG 1.2		gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2015)
4 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2021	Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)	(aus HH 2016)
6 Stellen	A8	am 31.12.2021	Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)	(aus HH 2016)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Vermerke:

- Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 10 besetzt werden. (aus HH 1980)
- Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1 besetzt werden, und zwar bis zu 2 Planstellen. (aus HH 1987)
- Planstellen der LG 2.1 der Laufbahnzweige des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des gehobenen Sozialdienstes dürfen unter Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden. (aus HH 2004/2005)
- Planstellen der LG 1.2 der Laufbahnzweige des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes dürfen unter der Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden. (aus HH 2004/2005)
- Auf den Planstellen der LG 2.1 des Laufbahnzweiges des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes dürfen auch Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden. (aus HH 2009/2010)
- Auf den Planstellen der LG 1.2 des Laufbahnzweiges des mittleren Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten dürfen Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden. (aus HH 2009/2010)
- Planstellen der Bes.Gr. A15 für Regierungsmedizinaldirektoren/-innen dürfen gem. § 49 Abs. 4 LHO zusätzlich auch mit Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern besetzt werden, die als Ärztinnen oder Ärzte nach den Regelungen des Tarifvertrages für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken (TV-Ärzte) eingruppiert sind. (aus HH 2018)
- 9 Stellen A11 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Justizamtfrauen/-männer) dürfen nur mit der Leiterin/ dem Leiter des Allgemeinen Vollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck, Flensburg und Itzehoe sowie bei der Jugendanstalt Schleswig und mit der Leiterin/ dem Leiter des Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster und Lübeck besetzt werden. (aus HH 2009/2010)
- 1 Stelle A8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.1							2				+2	von A12; Hebung von 2 Planstellen der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen- nach BesGr. A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (Analytische Dienstpostenbewertung, Hebung der Dienstposten der Letung der Justizvollzugsanstalt Itzehoe sowie der Leitung der Justizvollzugsschule, Umsetzung Beförderungspaket)
2	A12	2										0	Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen-; davon 1 Planstelle künftig wegfallend am 31.12.2023 (für zusätzliche Lehrkräfte in der Justizvollzugsschule in Neumünster im Zusammenhang mit der Ausbildung von Nachwuchskräften für den zukünftigen - in die Ressortverantwortung des MILI fallenden - Betrieb der Abschiebehafeinrichtung in Glückstadt)
3									2				nach A13 LG 2.1; Hebung von 2 Planstellen der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen- nach BesGr. A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (Analytische Dienstpostenbewertung, Hebung der Dienstposten der Letung der Justizvollzugsanstalt Itzehoe sowie der Leitung der Justizvollzugsschule, Umsetzung Beförderungspaket)
4	A11							3				+9	von A10; Hebung von 3 Planstellen der BesGr. A10 -Sozialoberinspektoren/-innen- nach BesGr. A11 -Sozialamtmänner/-frauen- (Analytische Dienstpostenbewertung, Neubewertung der Stellen mit Personalführungskompetenz, Umsetzung Beförderungspaket)
5								6					von A10; Hebung von 6 Planstellen der BesGr. A10 -Sozialoberinspektoren/-innen- nach BesGr. A11 -Sozialamtmänner/-frauen- (Strukturverbesserungen im Bereich der Vollzugs- und Werkdienstleistungen der Justizvollzugsanstalten auf Grundlage der Ergebnisse der analytischen Dienstpostenbewertung)
6	A11							3				+5	von A10; Hebung von 3 Planstellen der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach BesGr. A11 -Justizamtfrauen/-männer- (Analytische Dienstpostenbewertung, Neubewertung der Stellen mit Personalführungskompetenz, Umsetzung Beförderungspaket)
7								2					von A10; Hebung von 2 Planstellen der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach BesGr. A11 -Justizamtfrauen/-männer- (Strukturverbesserungen im Bereich der Vollzugs- und Werkdienstleistungen der Justizvollzugsanstalten auf Grundlage der Ergebnisse der analytischen Dienstpostenbewertung)
8	A10								3			-5	nach A11; Hebung von 3 Planstellen der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach BesGr. A11 -Justizamtfrauen/-männer- (Analytische Dienstpostenbewertung, Neubewertung der Stellen mit Personalführungskompetenz, Umsetzung Beförderungspaket)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
9									2				nach A11; Hebung von 2 Planstellen der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen-nach BesGr. A11 -Justizamtfrauen/-männer- (Strukturverbesserungen im Bereich der Vollzugs- und Werkdienstleistungen der Justizvollzugsanstalten auf Grundlage der Ergebnisse der analytischen Dienstpostenbewertung)
10	A10									3		-9	nach A11; Hebung von 3 Planstellen der BesGr. A10 -Sozialoberinspektoren/-innen-nach BesGr. A11 -Sozialamt männer/-frauen- (Analytische Dienstpostenbewertung, Neubewertung der Stellen mit Personalführungskompetenz, Umsetzung Beförderungspaket)
11										6			nach A11; Hebung von 6 Planstellen der BesGr. A10 -Sozialoberinspektoren/-innen-nach BesGr. A11 -Sozialamt männer/-frauen- (Strukturverbesserungen im Bereich der Vollzugs- und Werkdienstleistungen der Justizvollzugsanstalten auf Grundlage der Ergebnisse der analytischen Dienstpostenbewertung)
12	A9 LG 1.2	3										+3	Ausbringung von 3 neuen Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (zusätzlicher Stellenbedarf im Zusammenhang mit der Einführung eines zweiten jährlichen Ausbildungslehrganges für den Allgemeinen Vollzugsdienst an der Justizvollzugsschule in Neumünster sowie zur Unterstützung bei der Koordinierung und Durchführung von verpflichtenden Fortbildungen für die Bediensteten des Justizvollzuges an diesem Standort)
Summe:		5						16	16			+5	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle A12 am 31.12.2023 Wegfall einer im Zusammenhang mit der Ausbildung von Nachwuchskräften für den Betrieb der Abschiebebehafteinrichtung in Glückstadt (aus HH 2019) vorgehaltenen Planstelle für eine Lehrkraft.

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

- 4 Stellen A9 LG 1.2 am 31.12.2021 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016) (aus HH 2016)
- 6 Stellen A8 am 31.12.2021 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016) (aus HH 2016)

Stellenanzahl
2018 2019

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG 2.1 Justizinspektorwärter/-innen

10

10

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Anw. LG 1.2	Justizhauptsekretärinwörter/-innen	87	102
Summe :		97	112

Planstellen künftig wegfallend:

4 Stellen Anw. LG 2.1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 1.2	15										+15	Ausbringung von 15 neuen Stellen für Anw. LG 1.2 -Justizhauptsekretärinwörter/-innen- (zur Absicherung des nötigen Stellenbestandes aufgrund der vorgesehenen parallelen Durchführung von 2 Ausbildungslehrgängen für den Laufbahnzweig des Allgemeinen Vollzugsdienstes am Standort der Justizvollzugsschule in Neumünster)
Summe:		15										+15	

Stellenanzahl

2018 2019

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant	2	2
Summe :	2	2

Stellenanzahl

2018 2019

428 01

Entgeltgruppe

E13	1	1
E12	1	1
E10	3	3
E9	3	3
E8	32	32
E7	3	3
E6	8	8
E5	3	3
KR 7a	3	3
Summe :	57	57

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E5 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.07.2029 (aus HH 2004/2005)

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
Oberverwaltungsgericht			
R6	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1 ⁴⁾
R3	Vorsitzender Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	2	3
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		4	5
Verwaltungsgericht			
R4	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1
Summe [Verwaltungsgericht]:		1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
Oberverwaltungsgericht			
R2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	10	12
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1
A12	Justizamtsräte/-innen	2	2
A11	Justizbibliotheksamtfrau/-amtmann	1	1
A11	Justizamtsfrauen/-männer	1	1
A10	Justizoberinspektoren/-innen	1	1
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	7	7 ²⁾
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	4	4
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	9	9 ³⁾
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		38	40
Verwaltungsgericht			
R2	Vorsitzender Richter/-in am Verwaltungsgericht	15	15
R2	Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1 ¹⁾
R1	Richter/-innen	42	42
Summe [Verwaltungsgericht]:		58	58
Summe :		101	104

1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.

2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO R ausgestattet.

3) 1 Stelle ist mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	R2	am 31.12.2020	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
1 Stelle	R2	am 31.12.2020	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

3 Stellen	R1	am 31.12.2020	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
3 Stellen	R1	am 31.12.2020	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)
1 Stelle	A12	am 31.12.2020	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)
2 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2020	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
1 Stelle	A6 LG 1.1	am 31.12.2020	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)

Vermerke:

- Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)
- 3 Richter/-innen am Oberverwaltungsgericht - Bes.Gruppe R2 - werden als Professoren/-innen auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1991)
- 1 Richter/-in am Verwaltungsgericht - Bes.Gruppe R1 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1983)

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Oberverwaltungsgericht													
1	R3	1										+1	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. R3 -Vorsitzender Richter/-in am Oberverwaltungsgericht- (Schaffung eines weiteren Senats beim OVG aufgrund der flüchtlingsbedingten Zunahme erstinstanzlicher Verfahren beim VG mit der Folge einer deutlichen Zunahme auch der Eingangs- und Bestandszahlen beim OVG)
Oberverwaltungsgericht													
2	R2	2										+2	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. R2 -Richter/-in am Oberverwaltungsgericht- (Schaffung eines weiteren Senats beim OVG aufgrund der flüchtlingsbedingten Zunahme erstinstanzlicher Verfahren beim VG mit der Folge einer deutlichen Zunahme auch der Eingangs- und Bestandszahlen beim OVG)
Summe:		3										+3	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	R2	am 31.12.2020	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
1 Stelle	R2	am 31.12.2020	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

11 Stellen E9	(Vorjahr: 10 Stellen) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). [Stufe Oberverwaltungsgericht] HH 2019: vgl. Veränderung Stellenübersicht, Zugang einer Stelle der Entgeltgruppe E9 (weiterer Senat beim OVG -flüchtlingsbedingt-)	(aus HH 2013)
3 Stellen E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden. [Stufe Oberverwaltungsgericht]	(aus HH 2001)

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Oberverwaltungsgericht													
1	E12							1				+1	von E9; [Stufe Oberverwaltungsgericht] Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E12 (Tarifgerechte Bewertung der Stelle für die Leiterin oder den Leiter der beim schl.-holst. OVG für die IT-Angelegenheiten der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit eingerichteten gemeinsamen dezentralen IT-Stelle -GeFa-, Umsetzung Beförderungspaket)
2	E10							1				+1	von E9; [Stufe Oberverwaltungsgericht] Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung der Stelle einer Betriebskoordinatorin oder eines Betriebskoordinators für die beim schl.-holst. OVG für die IT-Angelegenheiten der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit eingerichtete gemeinsame dezentrale IT-Stelle -GeFa-, Umsetzung Beförderungspaket)
3	E9	1										-1	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Ausbringung einer neuen Stelle der Entgeltgruppe E9 -sog. "kleine E9", vgl. Freivermerk- (Berücksichtigung des zusätzlichen Stellenbedarfs im Folgedienst im Zusammenhang mit der Schaffung eines weiteren Senats beim OVG aufgrund der flüchtlingsbedingten Zunahme erstinstanzlicher Verfahren beim VG mit der Folge einer deutlichen Zunahme auch der Eingangs- und Bestandszahlen beim OVG)
4									1				nach E12; [Stufe Oberverwaltungsgericht] Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E12 (Tarifgerechte Bewertung der Stelle für die Leiterin oder den Leiter der beim schl.-holst. OVG für die IT-Angelegenheiten der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit eingerichteten gemeinsamen dezentralen IT-Stelle -GeFa-, Umsetzung Beförderungspaket)
5									1				nach E10; [Stufe Oberverwaltungsgericht] Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung der Stelle einer Betriebskoordinatorin oder eines Betriebskoordinators für die beim schl.-holst. OVG für die IT-Angelegenheiten der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit eingerichtete gemeinsame dezentrale IT-Stelle -GeFa-, Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:		1						2	2			+1	

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen E9 am 31.12.2020 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich (aus HH 2017)

Vermerke:

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

11 Stellen E9

(Vorjahr: 10 Stellen) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). [Stufe Oberverwaltungsgericht]
HH 2019: vgl. Veränderung Stellenübersicht, Zugang einer Stelle der Entgeltgruppe E9 (weiterer Senat beim OVG -flüchtlingsbedingt-)

(aus HH 2013)

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
Landessozialgericht			
R6	Präsident/-in des Landessozialgerichts	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	1	1 ¹⁾
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landessozialgericht	3	3
Summe [Landessozialgericht]:		5	5
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
Landessozialgericht			
R2	Richter/-in am Landessozialgericht	12	12
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1
A11	Justizamtfrauen/-männer	0	1
A10	Justizoberinspektoren/-innen	1	1
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1 ²⁾
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	2	2 ⁵⁾
Summe [Landessozialgericht]:		19	20
Sozialgerichte			
R2	Direktoren/-innen eines Sozialgerichts	4	4 ³⁾
R2	Richter/-innen am Sozialgericht	7	7
R1	Richter/-innen am Sozialgericht	43	43
A12	Justizamtsräte/-innen	3	3
A11	Justizamtfrauen/-männer	2	2
A10	Justizoberinspektoren/-innen	4	5
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4 ⁴⁾
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	5	5
A7	Justizobersekretäre/-innen	2	2
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	3	3
Summe [Sozialgerichte]:		77	78
Summe :		101	103

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 5) 2 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	R1	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.05.2021 [Stufe Sozialgerichte]	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	R1	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.12.2020 [Stufe Sozialgerichte]	(aus HH 2009/2010)

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle R1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.10.2021 [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)

Vermerke:

1 Richter/-in am Landessozialgericht - Bes.Gruppe R2 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt [Stufe Landessozialgericht] (aus HH 1984)

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landessozialgericht													
1	A11					1						+1	von 09 05 - 428 01; [Stufe Landessozialgericht] Umwandlung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 in eine Planstelle der BesGr. A11 -Justizamtfrauen/-männer- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, für eine Informationssicherheitskoordinatorin oder einen Informationssicherheitskoordinator der für die IT-Angelegenheiten der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit eingerichteten gemeinsamen dezentralen IT-Stelle - GeFa-, Umsetzung Beförderungspaket)
Sozialgerichte													
2	A10	1										+1	[Stufe Sozialgerichte] Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen- (Anpassung des Stellenbestandes an die Belastungsentwicklung bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern der Sozialgerichtsbarkeit und zur Verringerung der anhaltend hohen Belastungssituation)
Summe:		1				1						+2	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle R1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.05.2021 [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)

1 Stelle R1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.12.2020 [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)

1 Stelle R1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.10.2021 [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)

Stellenanzahl

2018 2019

428 01

Entgeltgruppe

Landessozialgericht

E12	1	1
E10	0	2
E9	2	0
E8	2	2
E6	10	9
PKW-Fahrer	1	1
Summe [Landessozialgericht]:	16	15

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Sozialgerichte

E8	4	4
E6	52	52
E3	4	4
Summe [Sozialgerichte]:	60	60
Summe :	76	75

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E6	am 01.12.2020	Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich -vgl. kw-Vermerke BesGr. R1, Stellenplan Tit. 422 01- [Stufe Sozialgerichte]	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	E6	am 01.05.2021	Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich -vgl. kw-Vermerke BesGr. R1, Stellenplan Tit. 422 01- [Stufe Sozialgerichte]	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	E6	am 01.10.2021	Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich -vgl. kw-Vermerke BesGr. R1, Stellenplan Tit. 422 01- [Stufe Sozialgerichte]	(aus HH 2009/2010)

Vermerke:

1 Stelle	E9	darf nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) [Stufe Landessozialgericht]	(aus HH 2015)
----------	----	--	---------------

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landessozialgericht													
1	E10							2				+2	von E9; [Stufe Landessozialgericht] Hebung von Stellen der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung der Stellen für Betriebskoordinatorinnen oder Betriebskoordinatoren der für die IT-Angelegenheiten der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit eingerichteten gemeinsamen dezentralen IT-Stelle -GeFa-, Umsetzung Beförderungspaket)
2	E9								2			-2	nach E10; [Stufe Landessozialgericht] Hebung von Stellen der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung der Stellen für Betriebskoordinatorinnen oder Betriebskoordinatoren der für die IT-Angelegenheiten der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit eingerichteten gemeinsamen dezentralen IT-Stelle -GeFa-, Umsetzung Beförderungspaket)
3	E6						1					-1	nach 09 05 - 422 01; [Stufe Landessozialgericht] Umwandlung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 in eine Planstelle der BesGr. A11 -Justizamfrauen/-männer- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, für eine Informationssicherheitskoordinatorin oder einen Informationssicherheitskoordinator der für die IT-Angelegenheiten der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit eingerichteten gemeinsamen dezentralen IT-Stelle -GeFa-, Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:							1	2	2			-1	

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle E6 am 01.12.2020 Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich -vgl. kw-Vermerke BesGr. R1, Stellenplan Tit. 422 01- [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)
- 1 Stelle E6 am 01.05.2021 Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich -vgl. kw-Vermerke BesGr. R1, Stellenplan Tit. 422 01- [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)
- 1 Stelle E6 am 01.10.2021 Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich -vgl. kw-Vermerke BesGr. R1, Stellenplan Tit. 422 01- [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01	Bedarf an Beamtinnen und Beamten		
	FESTE GEHÄLTER		
	<i>Bes. Gruppe</i>		
R5	Präsident/-in des Finanzgerichts	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Finanzgerichts	1	1
R3	Vorsitzender Richter/-in am Finanzgericht	3	3
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER		
	<i>Bes. Gruppe</i>		
R2	Richter/-in am Finanzgericht	10	10
R1	Richter/-in am Finanzgericht	1	1
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1
A12	Justizamtsräte/-innen	1	1
A11	Justizamtsfrauen/-männer	1	1
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	2	2
Summe :		22	22

Vermerke:

1 Richter/-in am Finanzgericht - Bes. Gruppe R2 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1984)

		Stellenanzahl	
		2018	2019
428 01	<i>Entgeltgruppe</i>		
E9		1	1
E8		1	1
E6		4	4
Summe :		6	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
R6	Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwältin	1	1
R4	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	2	2
R3	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	4	4 ⁶⁾
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
R2	Oberstaatsanwälte/-innen	32	32 ¹⁾
R1	Erste Staatsanwälte/-innen	12	12 ⁸⁾
R1	Staatsanwälte/-innen	142	144 ²⁾
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1
A14	Oberregierungsräte/-innen	2	2
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	10	10 ⁷⁾
A13 LG 2.1	Oberamtsanwälte/-innen	30	32 ⁴⁾
A12	Amtsanwälte/-innen	21	21
A12	Justizamtsräte/-innen	17	23
A12	Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	4	4
A11	Sozialamt männer/-frauen	4	5
A11	Justizamtsfrauen/-männer	16	16
A10	Justizoberinspektoren/-innen	12	7
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	9	9
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	3	3
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	57	62 ³⁾
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	40	40
A7	Justizobersekretäre/-innen	42	42
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	29	29 ⁵⁾
Summe :		490	501

- 1) 4 Stellen mit einer Amtszulage gem. Fußnote 6 zu BesGr. R2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 12 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 2 zu BesGr R1 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 14 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 4) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 12 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 5) 6 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.
- 6) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.
- 7) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 (neu) zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 8) Sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2017)
1 Stelle	A12	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2017)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. 10 besetzt werden. (aus HH 1979)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	R1	2										+2	Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. R1 -Staatsanwälte/-innen- (Anpassung des Stellenbestandes an die Belastungsentwicklung im staatsanwaltlichen Dienst und zur Verringerung der anhaltend hohen Belastungssituation) -finanziert i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-
2	A13 LG 2.1	2										+2	Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A13 LG 2.1 -Oberamtsanwälte/-innen- (Anpassung des Stellenbestandes an die Belastungsentwicklung im amtsanwaltlichen Dienst und zur Verringerung der anhaltend hohen Belastungssituation) -finanziert i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-
3	A12	1										+6	Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen- (zur Kompensation der komplexen Aufgabenerweiterungen im Rechtspflegerdienst aufgrund der Neufassung des materiellen und prozessualen Rechts der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung)
4								5					von A11; Hebung von 5 Planstellen der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen-; Abbildung der Hebung über die BesGr. A11 gem. HRL Ziff. 22.7 (zur Personalentwicklung im Rechtspflegerdienst der Staatsanwaltschaften, Umsetzung Beförderungspaket)
5	A11	1										+1	Ausbringung einer Planstelle der BesGr. A11 -Sozialamtänner/-frauen- (Anpassung des Stellenbestandes im Bereich der Gerichtshilfe u.a. zur Kompensation von Mehrbelastungen aufgrund des Opferrechtsreformgesetzes - Opferberichte- und des Landesstrafvollzugsgesetzes -TOA im Vollzug-)
6	A11							5				0	von A10; Hebung von 5 Planstellen der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen-; Abbildung der Hebung über die BesGr. A11 gem. HRL Ziff. 22.7 (zur Personalentwicklung im Rechtspflegerdienst der Staatsanwaltschaften, Umsetzung Beförderungspaket)
7									5				nach A12; Hebung von 5 Planstellen der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen-; Abbildung der Hebung über die BesGr. A11 gem. HRL Ziff. 22.7 (zur Personalentwicklung im Rechtspflegerdienst der Staatsanwaltschaften, Umsetzung Beförderungspaket)
8	A10									5		-5	nach A11; Hebung von 5 Planstellen der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen-; Abbildung der Hebung über die BesGr. A11 gem. HRL Ziff. 22.7 (zur Personalentwicklung im Rechtspflegerdienst der Staatsanwaltschaften, Umsetzung Beförderungspaket)

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
9	A9 LG 1.2	5										+5	Ausbringung von 5 neuen Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (zur Kompensation der gestiegenen Belastung in den Folgediensten der Staatsanwaltschaften u.a. aufgrund der seit 2017 geschaffenen Planstellen für Staatsanwälte/-innen und in Folge des Verfahrensanstieges durch die Reform zur strafrechtlichen Vermögensabschöpfung)
Summe:		11						10	10			+11	

Stellenanzahl

2018 2019

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG 1.1 Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen

3 3

Summe :

3 3

Stellenanzahl

2018 2019

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant

1 1

Summe :

1 1

Stellenanzahl

2018 2019

428 01

Entgeltgruppe

E12

2 2

E11

9 10

E10

1 1

E9

11 11

E8

24 24

E6

109 109

E5

6 6

E4

3 1

Summe :

165 164

Vermerke:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2018	2019
422 01			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
Landesarbeitsgericht			
R6	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1 ¹⁾
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landesarbeitsgericht	4	4
Summe [Landesarbeitsgericht]:		6	6
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
Landesarbeitsgericht			
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1
Summe [Landesarbeitsgericht]:		4	4
Arbeitsgericht			
R2	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts	4	4
R1	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts, Richter/-innen am Arbeitsgericht	18	18 ²⁾
A12	Justizamtsräte/-innen	3	3
A11	Justizamtfrauen/-männer	3	3
A10	Justizoberinspektoren/-innen	5	5
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4
Summe [Arbeitsgericht]:		37	37
Summe :		47	47

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet [Stufe Landesarbeitsgericht].
 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet [Stufe Arbeitsgericht].

		Stellenanzahl	
		2018	2019
428 01			
<i>Entgeltgruppe</i>			
Landesarbeitsgericht			
E11		1	1
E9		3	3
E8		2	2
E6		5	5
Summe [Landesarbeitsgericht]:		11	11
Arbeitsgericht			
E9		2	2
E8		4	4

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E6	23	23
Summe [Arbeitsgericht]:	29	29
Summe :	40	40

Vermerke:

- Eine Stelle der EntgGr. E8 darf nur zur Hälfte aus der EntgGr. E6 besetzt werden. (aus HH 2006)
- 2 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) [Stufe Arbeitsgericht]. (aus HH 2013)
- 1 Stelle E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) [Stufe Landesarbeitsgericht]. (aus HH 2013)

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2019

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 428 01 428 TG	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
09 01	Ministerium	2019	161	-	-	66	3	230
		2018	141	-	-	71	-	212
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2019	1.895	-	868	728	60	3.551
		2018	1.896	-	844	728	60	3.528
09 03	Justizvollzugsanstalten	2019	875	-	112	59	-	1.046
		2018	870	-	97	59	-	1.026
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	2019	104	-	1	45	-	150
		2018	101	-	1	44	-	146
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	2019	103	-	-	75	-	178
		2018	101	-	-	76	-	177
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2019	22	-	-	6	-	28
		2018	22	-	-	6	-	28
09 08	Staatsanwaltschaften	2019	501	-	3	165	-	669
		2018	490	-	3	166	-	659
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	2019	47	-	-	40	-	87
		2018	47	-	-	40	-	87
Summe		2019	3.708	-	984	1.184	63	5.939
		2018	3.668	-	945	1.190	60	5.863

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2019

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2019	Ministerium	09 01
-	-	-	-	-	2018		
-	-	-	-	-	2019	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	09 02
-	-	-	-	-	2018		
-	-	-	-	-	2019	Justizvollzugsanstalten	09 03
-	-	-	-	-	2018		
-	-	-	-	-	2019	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	09 04
-	-	-	-	-	2018		
-	-	-	-	-	2019	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	09 05
-	-	-	-	-	2018		
-	-	-	-	-	2019	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	09 06
-	-	-	-	-	2018		
-	-	-	-	-	2019	Staatsanwaltschaften	09 08
-	-	-	-	-	2018		
-	-	-	-	-	2019	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	09 09
-	-	-	-	-	2018		
-	-	-	-	-	2019		Summe
-	-	-	-	-	2018		

09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Hebungen 2019

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 01	Ministerium				3
	A8	A9 LG 1.2			
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				10 7 4 7 2 1 1 1 2 1 1 2 3 1
	A12	A13 LG 2.1			
	A8	A9 LG 1.2			
	A8	A9 LG 1.2			
	A7	A8			
	A7	A8			
	A7	A8			
			E9	E10	
			E8	E10	
			E8	E9	
			E8	E9	
			E6	E11	
			E6	E10	
			E6	E8	
		E6	E8		
09 03	Justizvollzugsanstalten				2 6 3 3 2
	A12	A13 LG 2.1			
	A10	A11			
	A10	A11			
	A10	A11			
	A10	A11			
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit				1 1
			E9	E12	
			E9	E10	
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit				2
			E9	E10	
09 08	Staatsanwaltschaften				5 5
	A11	A12			
	A10	A11			
Summe	60	60	16	16	76

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Umwandlungen 2019

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01	Ministerium						4 1
			E14 E9	A15 A10			
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit						1
			E6	A11			
Summe	0	0	6	6	0	0	6

09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Umsetzungen Stellenplan 2019

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				
nach 09 01					
	A12	A12			1
Summe	1	1	0	0	1

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01 Ministerium							
422 01							
A16	1	2015	mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/ Prüfstelle-			1	Im Zusammenhang mit der Aufgabewahrnehmung der Prüfbehörde des deutsch-dänischen INTERREG A-Programmes (2014-2020) und des INTERREG B-Ostseeprogrammes (2014 - 2020) sowie der Prüfstelle des INTERREG B-Nordseeprogrammes.
428 01							
E12	1	2015	mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/ Prüfstelle-			1	Im Zusammenhang mit der Aufgabewahrnehmung der Prüfbehörde des deutsch-dänischen INTERREG A-Programmes (2014-2020) und des INTERREG B-Ostseeprogrammes (2014 - 2020) sowie der Prüfstelle des INTERREG B-Nordseeprogrammes.
09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit							
422 01							
R1	6	2016	am 31.12.2019 Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge			6(*)	Die für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und zur Stärkung der Justiz in den HH 2016 und 2017 ausgebrachten Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk "am 31.12.2019" werden insbesondere wegen des gestiegenen Bedarfs im Strafbereich dauerhaft benötigt.
R1	3	2017	am 31.12.2019 Einsparung - soweit zur Stärkung der Justiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich			3(*)	Die für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und zur Stärkung der Justiz in den HH 2016 und 2017 ausgebrachten Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk "am 31.12.2019" werden insbesondere wegen des gestiegenen Bedarfs im Strafbereich dauerhaft benötigt.
A13 LG 2.1	1	2017	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	Erlass FM vom 18. Dezember 2015 (VI 214 - HHV 2016)
A13 LG 2.1	1	2018	am 31.12.2019 im Zusammenhang mit der Übertragung einer ursprünglich flüchtlingsbedingt im Kap. 0904 - Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit / Asylverfahren - ausgebrachten Stelle.			1(*)	Die Planstelle wird beim schl.-holst. Oberlandesgericht für neue Aufgaben im Zusammenhang mit der Verlagerung der Ausbildung der Justizobersekretärwärter/-innen (Anw. LG 1.2) an die Verwaltungsakademie Bordesholm dauerhaft benötigt.

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2018 realisiert und im HH 2019 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2019 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2019 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
A11	3	2016	am 31.12.2019 Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge		3(*)		Die für unbegleitete minderjährige Flücht- linge und zur Stärkung der Justiz in den HH 2016 und 2017 ausgebrachten Plan- stellen und Stellen mit kw-Vermerk "am 31.12.2019" werden insbesondere wegen des gestiegenen Bedarfs im Strafbereich dauerhaft benötigt.
A9 LG 1.2	10	2017	am 31.12.2019 Einsparung - soweit zur Stärkung der Jus- tiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich		10(*)		Die für unbegleitete minderjährige Flücht- linge und zur Stärkung der Justiz in den HH 2016 und 2017 ausgebrachten Plan- stellen und Stellen mit kw-Vermerk "am 31.12.2019" werden insbesondere wegen des gestiegenen Bedarfs im Strafbereich dauerhaft benötigt.
422 03							
Anw. LG 2.1	15	2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers.			15	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers.
Anw. LG 1.2	20	2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers.			20	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers.
428 01							
E9	14	2016	am 31.12.2019 Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge		14(*)		Die für unbegleitete minderjährige Flücht- linge und zur Stärkung der Justiz in den HH 2016 und 2017 ausgebrachten Plan- stellen und Stellen mit kw-Vermerk "am 31.12.2019" werden insbesondere wegen des gestiegenen Bedarfs im Strafbereich dauerhaft benötigt.
E4	10	2018	am 31.12.2025 Einsparung der aus dem Nachtragshaus- halt 2016 als Planstellen der Bes.Gruppe A 6 LG 1.1 im Zusammenhang mit den Großprozessen ausgebrachten Stellen zum genannten Zeitpunkt möglich, soweit in den Justizwachtmeistereien nicht mehr benötigt. Künftig wegfallend als Stelle der Entgelt- gruppe E 4 aus Gründen der Personalbe- wirtschaftung (Verbeamtung der zunächst als Justizhelfer/-innen (Tarifbeschäftigte) erprobten Mitarbeiter/-innen).		10		Die für die Bewältigung der Großpro- zesse im HH 2016 ausgebrachten Stellen werden u.a. i.Z.m. der aufgrund des ges- tiegenen Bedarfs im Strafbereich erfolgten Verstärkung der übrigen Laufbahnen und mit Blick auf weitere Großprozesslagen weiterhin benötigt.
428 04							
Anw. LG 2.2	2	2015	am 01.01.2018 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	2			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
Anw. LG 2.2	13	2016	am 01.01.2019 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)			13	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
Anw. LG 2.2	11	2017	am 01.01.2020 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)			11	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2018 realisiert und im HH 2019 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2019 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2019 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
Anw. LG 2.2	4	2018	am 01.06.2018 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Anrechnung auf Stelleneinsparvorgabe 2018, Real- isierung erst zum genannten Zeitpunkt möglich.	4			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Anrechnung auf Stelleneinsparvorgabe 2018, Real- isierung erst zum genannten Zeitpunkt möglich.
Anw. LG 2.2	5	2018	am 01.08.2018 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Anrechnung auf Stelleneinsparvorgabe 2018, Real- isierung erst zum genannten Zeitpunkt möglich.	5			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Anrechnung auf Stelleneinsparvorgabe 2018, Real- isierung erst zum genannten Zeitpunkt möglich.
Anw. LG 2.2	9	2018	am 01.10.2018 Einsparung i.R. der Stellenmittelfristpla- nung, budgetneutral	9			Einsparung i.R. der Stellenmittelfristpla- nung, budgetneutral
Anw. LG 2.2	9	2018	am 01.12.2018 Einsparung i.R. der Stellenmittelfristpla- nung, budgetneutral	9			Einsparung i.R. der Stellenmittelfristpla- nung, budgetneutral
09 03 Justizvollzugsanstalten							
422 01							
A9 LG 2.1	1	2017	am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren - gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2016			1	Erllass des FM vom 10.05.2016 - VI 214 - H 6900-353 -
A9 LG 1.2	1	2009/2010	gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	für ein freigestelltes Personalratsmitglied der JVA Neumünster
A9 LG 1.2	1	2015	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmit- glieder			1	Erllass des FM vom 04.06.2014 - VI 214 - HHV 2014 -
A9 LG 1.2	4	2016	am 31.12.2021 Voraussichtliches Ende der Großpro- zesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)		4		Der gestiegene Stellenbedarf im Strafbe- reich (ordentliche Gerichtsbarkeit), die personelle Verstärkung der Staatsanwalt- schaften und weitere "Großprozesslagen" führen auch im Justizvollzug zu einem weiterhin höherem Stellenbedarf.
A8	6	2016	am 31.12.2021 Voraussichtliches Ende der Großpro- zesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)		6		Der gestiegene Stellenbedarf im Strafbe- reich (ordentliche Gerichtsbarkeit), die personelle Verstärkung der Staatsanwalt- schaften und weitere "Großprozesslagen" führen auch im Justizvollzug zu einem weiterhin höherem Stellenbedarf.
422 03							
Anw. LG 2.1	4	2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers.			4	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers.

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2018 realisiert und im HH 2019 nachvollzogen

in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2019 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)

in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2019 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
428 01							
E5	1	2004/2005	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.07.2029			1	
09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit							
422 01							
R2	1	2016	am 31.12.2020 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.		1		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2019" auf den "31.12.2020". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen ist angesichts der immer noch hohen Eingangs- und steigenden Bestandszahlen im Bereich Asyl auch über das Jahr 2019 hinaus erforderlich.
R2	1	2017	am 31.12.2020 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich		1		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2019" auf den "31.12.2020". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen ist angesichts der immer noch hohen Eingangs- und steigenden Bestandszahlen im Bereich Asyl auch über das Jahr 2019 hinaus erforderlich.
R1	3	2016	am 31.12.2020 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.		3		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2019" auf den "31.12.2020". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen ist angesichts der immer noch hohen Eingangs- und steigenden Bestandszahlen im Bereich Asyl auch über das Jahr 2019 hinaus erforderlich.
R1	3	2017	am 31.12.2020 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich		3		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2019" auf den "31.12.2020". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen ist angesichts der immer noch hohen Eingangs- und steigenden Bestandszahlen im Bereich Asyl auch über das Jahr 2019 hinaus erforderlich.
A12	1	2017	am 31.12.2020 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich		1		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2019" auf den "31.12.2020". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen ist angesichts der immer noch hohen Eingangs- und steigenden Bestandszahlen im Bereich Asyl auch über das Jahr 2019 hinaus erforderlich.
A9 LG 1.2	2	2016	am 31.12.2020 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich.		2		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2019" auf den "31.12.2020". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen ist angesichts der immer noch hohen Eingangs- und steigenden Bestandszahlen im Bereich Asyl auch über das Jahr 2019 hinaus erforderlich.

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2018 realisiert und im HH 2019 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2019 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2019 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
A6 LG 1.1	1	2017	am 31.12.2020 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich		1		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2019" auf den "31.12.2020". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen ist angesichts der immer noch hohen Eingangs- und steigenden Bestandszahlen im Bereich Asyl auch über das Jahr 2019 hinaus erforderlich.
428 01							
E9	2	2017	am 31.12.2020 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich		2		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2019" auf den "31.12.2020". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen ist angesichts der immer noch hohen Eingangs- und steigenden Bestandszahlen im Bereich Asyl auch über das Jahr 2019 hinaus erforderlich.
09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit							
422 01							
R1	1	2009/2010	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.05.2021 [Stufe Sozialgerichte]		1		Realisierung des kw-Vermerkes erfolgt in Abhängigkeit des Ausscheidens der bis- herigen Stelleninhaberin / des bisherigen Stelleinhabers aus dem aktiven Dienst. Die anhaltend hohe Belastungssituation lässt ein früheren Wegfall der Planstelle nicht zu.
R1	1	2009/2010	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.10.2021 [Stufe Sozialgerichte]		1		Realisierung des kw-Vermerkes erfolgt in Abhängigkeit des Ausscheidens der bis- herigen Stelleninhaberin / des bisherigen Stelleinhabers aus dem aktiven Dienst. Die anhaltend hohe Belastungssituation lässt ein früheren Wegfall der Planstelle nicht zu.
R1	1	2009/2010	am mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.12.2020 [Stufe Sozialgerichte]		1		Realisierung des kw-Vermerkes erfolgt in Abhängigkeit des Ausscheidens der bis- herigen Stelleninhaberin / des bisherigen Stelleinhabers aus dem aktiven Dienst. Die anhaltend hohe Belastungssituation lässt ein früheren Wegfall der Planstelle nicht zu.
428 01							
E6	1	2009/2010	am 01.05.2021 Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frü- hestens zum genannten Zeitpunkt mög- lich -vgl. kw-Vermerke BesGr. R1, Stellenplan Tit. 422 01- [Stufe Sozialgerichte]		1		Realisierung der kw-Vermerke im Bereich der Folgedienste erfolgt in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung (vgl. Wegfall einer Planstelle der BesGr. R 1 spätestens am 01.05.2021, Stellenplan zu Tit. 422 01).

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2018 realisiert und im HH 2019 nachvollzogen

in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2019 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)

in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2019 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
E6	1	2009/2010	am 01.10.2021 Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frü- hestens zum genannten Zeitpunkt mög- lich -vgl. kw-Vermerke BesGr. R1, Stellenplan Tit. 422 01- [Stufe Sozialgerichte]		1		Realisierung der kw-Vermerke im Bereich der Folgedienste erfolgt in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung (vgl. Wegfall einer Planstelle der BesGr. R 1 spätestens am 01.10.2021, Stellenplan zu Tit. 422 01).
E6	1	2009/2010	am 01.12.2020 Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frü- hestens zum genannten Zeitpunkt mög- lich -vgl. kw-Vermerke BesGr. R1, Stellenplan Tit. 422 01- [Stufe Sozialgerichte]		1		Realisierung der kw-Vermerke im Bereich der Folgedienste erfolgt in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung (vgl. Wegfall einer Planstelle der BesGr. R 1 spätestens am 01.12.2020, Stellenplan zu Tit. 422 01).
09 08 Staatsanwaltschaften							
422 01							
A13 LG 2.1	1	2017	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	Erllass des FM vom 18. Dezember 2015 (VI 214 - HHV 2016) i. V. m.
A12	1	2017	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	Erllass des FM vom 18. Dezember 2015 (VI 214 - HHV 2016)
Summe				29	77	72	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2018 realisiert und im HH 2019 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2019 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2019 unverändert weiter ausgebracht

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Neue Stellen 2019

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 01	Ministerium			
	A16		Ausbringung von einer Planstelle der BesGr. A16 -Ministerialräte/-innen (für die Geschäftsführung der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) EU-Fonds)	1
	A14		Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A14 -Oberregierungsräte/-innen- (für die zentrale Verfahrenspflegestelle zur Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz) -i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-	2
	A14		Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. A14 -Oberregierungsräte/-innen- (zur befristeten Mitarbeit im länderübergreifenden Verbundprojekt "Neues Textsystem" für das Fachverfahren "forumStar") -künftig wegfallend am 31.12.2022-	1
	A12		Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A12 -Amtsräte/-innen- (im Zusammenhang mit der Einrichtung der Gemeinsamen IT-Stelle Justiz (GemIT) aufgrund des IT-Justizgesetzes, für die Verfahrenskoordination der Verfahrenspflegestelle SoPart)	2
	A12		Ausbringung von 2 neuen Planstellen der Bes.Gr. A12 -Amtsräte/-innen- wegen Übernahme neuer Aufgaben im Zusammenhang mit der Zusammenführung der Marktüberwachungsaufgaben des technischen Verbraucherschutzes im MJEVG (Kompensation des Stellenaufwuchses durch Einsparung von 2 Stellen für Anw. LG 2.2 - Referendare/-innen- bei Tit. 0902 - 428 04)	2
	A9 LG 1.2		Ausbringung von 3 neuen Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 - Amtsinspektoren/-innen- (für die zentrale Verfahrenspflegestelle zur Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz) -i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-	3
	A9 LG 1.2		Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 - Amtsinspektoren/-innen- (im Zusammenhang mit der Einrichtung der Gemeinsamen IT-Stelle Justiz (GemIT) aufgrund des IT-Justizgesetzes, für die Verfahrensbetreuung in der Verfahrenspflegestelle FOLIA)	2
	A9 LG 1.2		Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. A9 LG 1.2 - Amtsinspektoren/-innen- (im Zusammenhang mit der Einrichtung der Gemeinsamen IT-Stelle Justiz (GemIT) aufgrund des IT-Justizgesetzes, zur Wahrnehmung der Aufgabe "Systemtechnik")	1
			Auszubild.	Ausbringung von 3 neuen Stellen für Auszubildende (Einführung eines digitalen Studienganges zur Gewinnung von Nachwuchskräften im IT-Bereich der Justiz)

Neue Stellen 2019

Kapitel	Beamten und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit			
	Anw. LG 2.2		Ausbringung von 20 Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- zur Sicherstellung ausreichender Kapazitäten bei der Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst und Vermeidung unangemessener Wartezeiten.	20
	Anw. LG 2.1		Ausbringung von 15 neuen Stellen für Anw. LG 2.1 -Rechtspflegeranwärter/-innen- (Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes zur Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung im Rechtspflegedienst der Gerichte und Staatsanwaltschaften, Ausbildungsinitiative der Landesregierung)	15
	Anw. LG 1.2		Ausbringung von 20 neuen Stellen für Anw. LG 1.2 -Justizobersekretärinwärter/-innen- (Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes zur Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung in den Serviceeinheiten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, Ausbildungsinitiative der Landesregierung)	20
		E11	Ausbringung einer neuen Stelle der Entgeltgruppe E11 (für die beim schl.-holst. OLG angesiedelte Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - zur Wahrnehmung der neuen technischen Aufgabe einer Betriebskoordinatorin / eines Betriebskoordinators)	1
	E10	Ausbringung von 2 neuen Stellen der Entgeltgruppe E10 ((für die beim schl.-holst. OLG angesiedelte Verfahrenspflegestelle für das Fachverfahren "forumStar" - zur Wahrnehmung neuer Aufgaben im Bereich des technischen Betriebs)	2	
09 03	Justizvollzugsanstalten			
	A12		Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen-; davon 1 Planstelle künftig wegfallend am 31.12.2023 (für zusätzliche Lehrkräfte in der Justizvollzugsschule in Neumünster im Zusammenhang mit der Ausbildung von Nachwuchskräften für den zukünftigen - in die Ressortverantwortung des MILI fallenden - Betrieb der Abschiebehafeinrichtung in Glückstadt)	2
	A9 LG 1.2		Ausbringung von 3 neuen Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (zusätzlicher Stellenbedarf im Zusammenhang mit der Einführung eines zweiten jährlichen Ausbildungslehrganges für den Allgemeinen Vollzugsdienst an der Justizvollzugsschule in Neumünster sowie zur Unterstützung bei der Koordinierung und Durchführung von verpflichtenden Fortbildungen für die Bediensteten des Justizvollzuges an diesem Standort)	3
	Anw. LG 1.2		Ausbringung von 15 neuen Stellen für Anw. LG 1.2 -Justizhauptsekretärinwärter/-innen- (zur Absicherung des nötigen Stellenbestandes aufgrund der vorgesehenen parallelen Durchführung von 2 Ausbildungslehrgängen für den Laufbahnzweig des Allgemeinen Vollzugsdienstes am Standort der Justizvollzugsschule in Neumünster)	15

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Neue Stellen 2019

Kapitel	Beamten und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit			
	R3		[Stufe Oberverwaltungsgericht] Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. R3 -Vorsitzender Richter/-in am Oberverwaltungsgericht- (Schaffung eines weiteren Senats beim OVG aufgrund der flüchtlingsbedingten Zunahme erstinstanzlicher Verfahren beim VG mit der Folge einer deutlichen Zunahme auch der Eingangs- und Bestandszahlen beim OVG)	1
	R2		[Stufe Oberverwaltungsgericht] Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. R2 -Richter/-in am Oberverwaltungsgericht- (Schaffung eines weiteren Senats beim OVG aufgrund der flüchtlingsbedingten Zunahme erstinstanzlicher Verfahren beim VG mit der Folge einer deutlichen Zunahme auch der Eingangs- und Bestandszahlen beim OVG)	2
		E9	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Ausbringung einer neuen Stelle der Entgeltgruppe E9 -sog. "kleine E9", vgl. Freivermerk- (Berücksichtigung des zusätzlichen Stellenbedarfs im Folgedienst im Zusammenhang mit der Schaffung eines weiteren Senats beim OVG aufgrund der flüchtlingsbedingten Zunahme erstinstanzlicher Verfahren beim VG mit der Folge einer deutlichen Zunahme auch der Eingangs- und Bestandszahlen beim OVG)	1
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit			
	A10		[Stufe Sozialgerichte] Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. A10 -Justizoberinspektoren/-innen- (Anpassung des Stellenbestandes an die Belastungsentwicklung bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern der Sozialgerichtsbarkeit und zur Verringerung der anhaltend hohen Belastungssituation)	1

Neue Stellen 2019

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 08	Staatsanwaltschaften			
	R1		Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. R1 - Staatsanwälte/innen- (Anpassung des Stellenbestandes an die Belastungsentwicklung im staatsanwaltlichen Dienst und zur Verringerung der anhaltend hohen Belastungssituation) -finanziert i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-	2
	A13 LG 2.1		Ausbringung von 2 neuen Planstellen der BesGr. A13 LG 2.1 - Oberamtsanwälte/-innen- (Anpassung des Stellenbestandes an die Belastungsentwicklung im amtsanwaltlichen Dienst und zur Verringerung der anhaltend hohen Belastungssituation) - finanziert i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-	2
	A12		Ausbringung einer neuen Planstelle der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen- (zur Kompensation der komplexen Aufgabenerweiterungen im Rechtspflegerdienst aufgrund der Neufassung des materiellen und prozessualen Rechts der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung)	1
	A11		Ausbringung einer Planstelle der BesGr. A11 -Sozialamt männer/-frauen- (Anpassung des Stellenbestandes im Bereich der Gerichtshilfe u.a. zur Kompensation von Mehrbelastungen aufgrund des Opferrechtsreformgesetzes -Opferberichte- und des Landesstrafvollzugsgesetzes -TOA im Vollzug-)	1
	A9 LG 1.2		Ausbringung von 5 neuen Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 - Justizamtsinspektoren/-innen- (zur Kompensation der gestiegenen Belastung in den Folgediensten der Staatsanwaltschaften u.a. aufgrund der seit 2017 geschaffenen Planstellen für Staatsanwälte/-innen und in Folge des Verfahrensanstieges durch die Reform zur strafrechtlichen Vermögensabschöpfung)	5
		E11	Ausbringung einer neuen Stelle der Entgeltgruppe E11 (Schaffung einer zusätzlichen Stelle für eine Bilanzbuchhalterin oder einen Bilanzbuchhalter insbesondere für Auswertungsarbeiten im Bereich "Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen")	1
Summe	104	8		112

Einsparungen 2019

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit			
	Anw. LG 2.2		Realisierung von 9 kw-Vermerken "kw am 01.10.2018", -Nachvollziehung der im HH 2018 erfolgten Einsparung i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-	9
	Anw. LG 2.2		Realisierung von 9 kw-Vermerken "kw am 01.12.2018", -Nachvollziehung der im HH 2018 erfolgten Einsparung i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-	9
	Anw. LG 2.2		Realisierung von 5 kw-Vermerken "kw am 01.08.2018", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Nachvollziehung der im HH 2018 realisierten Einsparvorgaben-	5
	Anw. LG 2.2		Realisierung von 4 kw-Vermerken "kw am 01.06.2018", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Nachvollziehung der im HH 2018 realisierten Einsparvorgaben-	4
	Anw. LG 2.2		Einsparung von 2 Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- zur Kompensation des Stellenaufwuchses bei Tit. 0901 - 422 01; Ausbringung von 2 neuen Planstellen der Bes.Gr. A12 - Amtsräte/-innen- wegen Übernahme neuer Aufgaben im Zusammenhang mit der Zusammenführung der Marktüberwachungsaufgaben des technischen Verbraucherschutzes im MJEVG	2
	Anw. LG 2.2	E4	Realisierung von 2 kw-Vermerken "kw am 01.01.2018", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	2
		Einsparung von 3 Stellen der Entgeltgruppe E4 zur Realisierung der Einsparvorgaben zum Stellenabbaupfad (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 -Gesamthaushalt-)	3	
09 08	Staatsanwaltschaften			
		E4	Einsparung von 2 Stellen der Entgeltgruppe E4 zur Realisierung der Einsparvorgaben zum Stellenabbaupfad (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 -Gesamthaushalt-)	2
Summe	31	5		36